

10-2017

# nds

DIE ZEITSCHRIFT DER BILDUNGSGEWERKSCHAFT

Zeit für Frieden: Bewegt euch!  
Lesekompetenz fördern  
Argumente gegen Studiengebühren  
JA 13: Fünf Schulformen – ein Ziel  
„Beste Bildung“ für NRW?  
Neue Beurteilungsrichtlinien



**Demokratie lernen.  
Schüler\*innen stärken.**



Mit der GEW NRW ins Kino

## HEXE LILLI RETTET WEIHNACHTEN

Lilli ist genervt: Immer muss sie auf ihren kleinen Bruder Leon Rücksicht nehmen. Dessen Allergie verhindert, dass sie ein Kaninchen als Haustier bekommt. Und als er dann auch noch ihr neues Teleskop zerstört, reicht es ihr endgültig!

In dem Kinoabenteuer HEXE LILLI RETTET WEIHNACHTEN, das auf der erfolgreichen Kinderbuchreihe von KNISTER basiert, zaubert die kleine Hexe trotz der Warnungen ihres kleinen grünen Drachens Hektor Knecht Ruprecht (Jürgen Vogel) aus dem Mittelalter in ihre Welt, damit er Leon eine kleine Lektion erteilt. Der Herbeizauber klappt, aber als sich Ruprecht dann in der heutigen Welt selbstständig macht, um seinen Freund Nikolaus zu suchen, bringt das Lilli jede Menge Ärger ein. Jetzt kann nur noch der echte Nikolaus helfen. Doch wie soll Lilli ihn finden? Während sie sich mit ihrer Klassenkameradin Layla in Ruprechts Zeit zurückzaubert, treibt dieser weiterhin sein Unwesen in Lillis Stadt. Jetzt braucht Lilli ihren ganzen Mut und Verstand, um ihren Fehler wiedergutzumachen und Weihnachten für ihre Familie und alle Menschen ihrer Stadt zu retten.

Die Hauptrollen sind prominent besetzt mit Anja Kling als Lillis Mutter, Maresa Hörbiger als Lillis Oma und Gerti Drassl als Lehrerin Frau Schnabel. Michael Mittermeier verleiht dem Drachen Hektor seine Stimme.

*Vorstellungen für Schulklassen sind ab Kinostart möglich. Themenkomplexe des Vorweihnachtsfilms sind unter anderem Weihnachten, Märchen, Wünsche, Freundschaft, Schule und verantwortliches Handeln.*

### VORSTELLUNG FÜR GEW-MITGLIEDER

**Sonntag, 12. November 2017**

**Köln** Weisshaus Kino, Luxemburger Str. 253, Beginn: 11.00 Uhr

**Essen** Lichtburg, Kettwiger Str. 36, Beginn: 11.00 Uhr

**Offizieller Kinostart** 9. November 2017

**Filmwebsite** [www.hexe-lilli-film.de](http://www.hexe-lilli-film.de)

**Unterrichtsmaterial** [www.gew-nrw.de/kino](http://www.gew-nrw.de/kino)

**Anmeldung und Infos** [www.gew-nrw.de/veranstaltungen](http://www.gew-nrw.de/veranstaltungen)



## Meuterei im Klassenzimmer!

Die Schüler\*innen der 9b drücken sich die Nasen an der Fensterscheibe platt. Verdutzt schauen sie der Menschenmasse hinterher, die sich an ihrem Schulhof vorbei in Richtung Kölner Südstadt bewegt. Bunte Plakate mit der Aufschrift „Bildung für alle ist keine Zauberei“ oder „Reiche Eltern für alle – gegen Selektion im Bildungssystem“ und eingehende Sprechchöre lassen keinen Zweifel an der Vehemenz der hier vorgetragenen Bildungskritik.

### Demokratie zulassen statt nur lehren

Auch wenn vielen Fenstervoyeur\*innen die große Sympathie und Solidarisierung anzumerken ist, schließen sie sich nicht der Demonstration an. Sie dürfen nicht. Die Schulleitungen etlicher Kölner Schulen haben ihren Schüler\*innen die Teilnahme an den bundesweiten Demonstrationen verboten, entscheidende Unterrichtsstunden könnten versäumt werden. Politikstunden zum Beispiel, in denen gelehrt wird, wie wichtig es ist, sich politisch zu engagieren, sich mit dem Ist-Zustand nicht zufrieden zu geben. Dabei wäre es doch nur konsequent, den Schüler\*innen auch den Freiraum zu gewähren, dieses Lernziel in die Praxis umzusetzen. Offenbar gilt die berühmte und in vielen Lehrplänen gehuldigte Urteilskompetenz nur dann als tatsächlich erstrebenswert, wenn sie die Institution Schule als Urteilsgegenstand unangetastet lässt. Doch genau hier setzt die Kritik vieler Schüler\*innen an!

Ganz im Gegenteil zur immer wiederholten Behauptung, „die Jugendlichen von heute“ seien unpolitisch, ist deren Kritik nämlich oft radikaler als vielen lieb ist. Tag für Tag üben Schüler\*innen in den Klassenzimmern bildungspolitische Kritik – sie wird oft nur nicht als solche wahrgenommen, bewusst ignoriert oder, schlimmer noch, als destruktive „bildungsfeindliche“ Einzelmeinung abgetan. Sei es die Beschwerde über das unzumutbare Arbeitspensum während der Klausurphasen, eine willkürliche Notenvergabe oder die Angst vorm Sitzenbleiben – die Schüler\*innen erkennen die Probleme unseres Bildungssystems genau. Ihnen fehlt nur oft der Raum, um diese Kritik so äußern zu können, dass sie mehr Gehör findet als nur das der Sitznachbarin.

### Mitbestimmung auf Augenhöhe: Wir können was bewegen!

Das bundesweite Bündnis „Lernfabriken ... meutern!“ will genau das ändern. In den Basisgruppen vor Ort tauschen Schüler\*innen, Studierende, Lehrer\*innen und Auszubildene konkrete Erfahrungen aus, analysieren Missstände und machen deren Ursachen innerhalb des Bildungssystems sichtbar. Auf den bundesweiten Vernetzungstreffen werden zum einen übergeordnete Ziele besprochen, zum Beispiel die Abschaffung von sozialen Selektionsmechanismen oder mehr Demokratie an Schulen. Zum anderen werden mittelfristige Forderungen aufgestellt – etwa die Abschaffung von Noten oder Erhöhung des prozentualen Stimmrechts der Schüler\*innen in Schulgremien –, um den Druck auf die Politik zu erhöhen.

Entscheidend ist: Bei „Lernfabriken ... meutern!“ arbeiten alle auf Augenhöhe zusammen. Im basisdemokratischen Verfahren wird allen Stimmen, auch der der Schüler\*innen, eine besondere Verantwortung zuteil. Indem die alltäglichen Erfahrungen der Schüler\*innen in den Klassenzimmern sichtbar in konkrete politische Forderungen transformiert werden, wird deutlich: Wir können was bewegen! Flyer und Aufkleber, die die Schüler\*innen selbst verfassen, geben dieses Gefühl in verständlicher Sprache und modernem Design weiter. Aktionsformen wie öffentliches Plakate-Malen im Park oder popcornlastige Filmabende machen ein niedrigschwelliges und adressatengerechtes Angebot, sich der Meuterei anzuschließen. Fotos und Livemitschnitte von Demonstrationen liefern Material für Mobilisierungsvideos, die mit eingängigen Beats und griffigen Slogans auf Facebook gepostet werden. Denn die Hoffnung bleibt: Vielleicht kommt die 9b ja zur nächsten Demo. //



*Katharina Koerfer,  
Lehrerin und Gründerin  
der Kölner Ortsgruppe von  
„Lernfabriken ... meutern!“*

*Redaktionelle Mitarbeit:  
Sarah Haenßgen,  
Schülerin*

[www.lernfabrikenmeutern.de](http://www.lernfabrikenmeutern.de)

## SONDERHEFT



**punktlandung 2017.2:  
Bewegt euch!**

*Material für den Frieden  
Wir müssen reden.*

Seite 18

*Aufwind für die Friedensbewegung  
Zeit für Bewegung!*

Seite 19

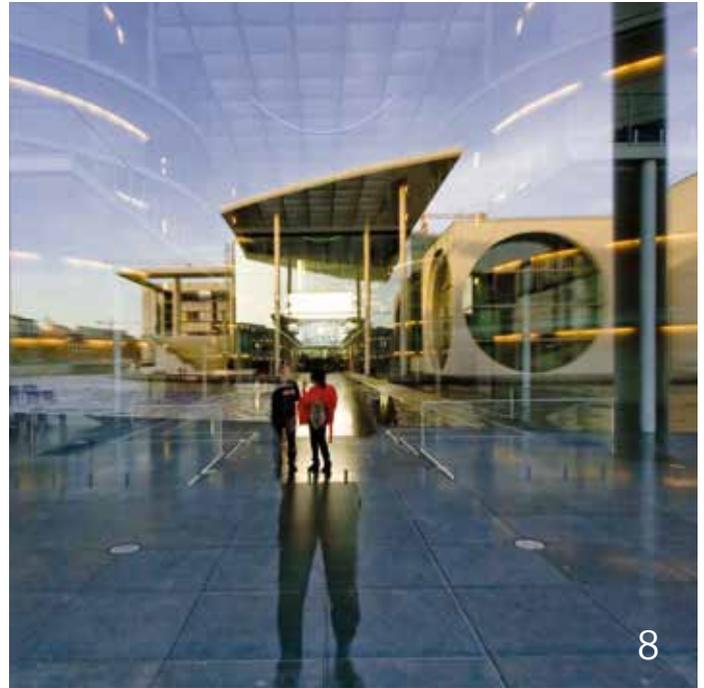
*Friedensarbeit in Studium und Referendariat  
Kritisch fragen, mutig handeln!*

Seite 20

*Hass und Vorurteile abbauen  
Antisemitismus begegnen*

Seite 22

## BILDUNG



**Demokratie lernen. Schüler\*innen stärken.**

*Wo politische Mitbestimmung junger Menschen endet  
Wir können einen Unterschied machen*

Seite 8

*Klassenrat und Jahrgangsvollversammlung in Schulen  
Demokratie lernen und leben*

Seite 10

*Lesekompetenz, Lernfortschritt und Unterrichtsstörungen  
Flüssig lesen und verstehen lernen*

Seite 12

*Eine nostalgische Reform schadet dem Gymnasium  
Vorsicht vor falschen Freund\*innen*

Seite 14

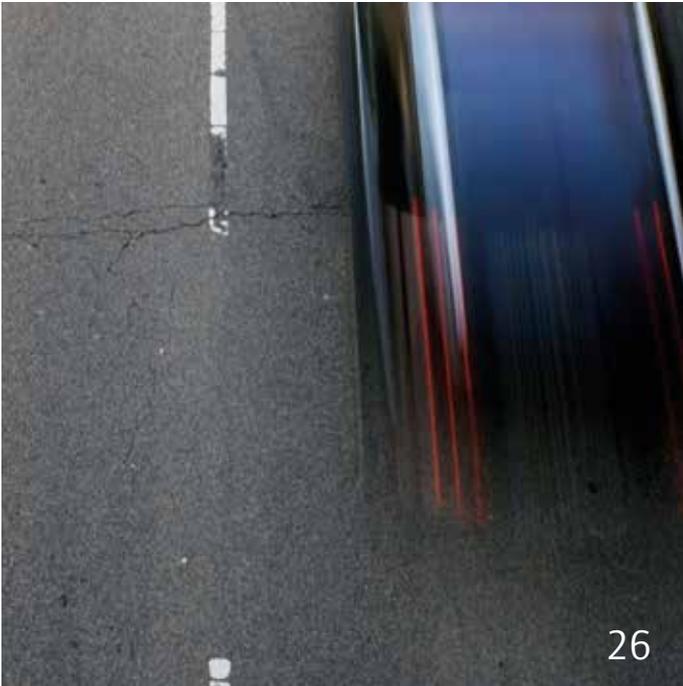
*Argumente gegen Gebühren für Nicht-EU-Studierende  
Die Hochschule als Wirkungsstätte*

Seite 15

*fair childhood unterstützt Projekt in Mali  
Analphabetismus tut weh*

Seite 16

## ARBEITSPLATZ



*Aktionen für faire Bezahlung für alle Lehrkräfte in NRW*  
Fünf Schulformen – ein Ziel

Seite 25

*Kleine Regierungserklärung*  
Auf dem Weg zur „besten Bildung“?

Seite 26

*Neue Beurteilungsrichtlinien*  
Transparent und rechtssicher

Seite 28

*Weiterentwicklung der Schulaufsicht*  
Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Seite 29

*Rettungsprogramm für Kita-Träger in NRW*  
Qualität gibt's nicht zum Nulltarif

Seite 30

*Ruheständler\*innen in der GEW NRW*  
Unterwegs rund um Görlitz

Seite 31

## IMMER IM HEFT

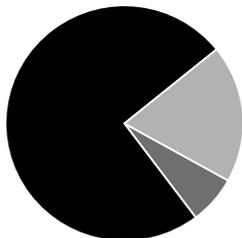
GEW-Kino	Seite 2
Nachrichten	Seite 6
Jubilare	Seite 31
Buchtipps	Seite 32
Weiterbildung	Seite 33
Infothek	Seite 34
Termine	Seite 38
Impressum	Seite 39

Dieser nds liegt die Broschüre „Raus aus dem Grau. Bildungsangebote 2018“ der GEW NRW bei. Sollte sie in Ihrer Ausgabe versehentlich fehlen, geben Sie uns gern Bescheid per E-Mail an [versand@gew-nrw.de](mailto:versand@gew-nrw.de).

## Antisemitische Straftaten in NRW nehmen zu

# 10 %

mehr antisemitische  
Straftaten in 2016  
im Vergleich zu 2015.



### Delikte im Jahr 2016 in NRW

Volksverhetzungen - 202 Straftaten  
Propagandadelikte - 51 Straftaten  
Sachbeschädigungen - 18 Straftaten

Quelle: Ministerium des Innern NRW: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2016

In Schulen und in der Jugendarbeit ist es schon länger spürbar: Antisemitismus nimmt zu. Das belegen auch aktuelle Zahlen aus dem Bericht des Verfassungsschutzes für NRW, der im September 2017 vorgestellt wurde. Demnach ist die Anzahl der antisemitischen Straftaten im vergangenen Jahr um zehn Prozent von 270 auf 297 Straftaten gestiegen. 283, also 95,3 Prozent der antisemitischen Straftaten wurden im Jahr 2016 der politisch motivierten Kriminalität von Rechts zugeordnet. Die Delikte waren wie in den Vorjahren auch überwiegend Volksverhetzungen mit 202 Straftaten, Propagandadelikte mit 51 Straftaten und Sachbeschädigungen mit 18 Straftaten. Zusammengenommen bilden diese Vergehen einen Anteil von 91,2 Prozent aller antisemitischen Straftaten. Dieser Wert ist im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Prozent gestiegen. Die Anzahl der antisemitischen Gewaltdelikte ist hingegen gesunken. In 2016 gab es zwei Straftaten dieser Art, im Jahr 2015 waren es acht. Bundesweit gilt Antisemitismus als wesentliches Element des Islamismus. Als wirksamstes Mittel gegen Vorurteile und Stereotypen gilt persönlicher Kontakt und Kennenlernen. Mehr zum Thema in der punktlandung ab Seite 17. *kue*



### Begreifen zum Eingreifen

#### Multimediareportage



Der mittendrin e.V. hat die Ergebnisse des mehrtägigen Kongresses „Eine Schule für Alle. Inklusion schaffen wir!“ in einer Multimediareportage zusammengefasst. Zu Wort kommen auch Lehrkräfte und Sonderpädagog\*innen. [www.tinyurl.com/inklusion-multimediareportage](http://www.tinyurl.com/inklusion-multimediareportage)

#### Demografiewandel



Der Druck wächst: Bis zum Jahr 2035 wird die Bevölkerung in einigen Bundesländern deutlich schrumpfen, in anderen dagegen kräftig wachsen. Der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird in allen Ländern sinken. [www.tinyurl.com/iwd-demografie-dossier](http://www.tinyurl.com/iwd-demografie-dossier)

#### Verfall der Türkei



Die Bundeszentrale für politische Bildung fasst in einem Dossier zusammen, warum die Türkei unter Erdogan in vielen politischen Bereichen verfällt. [www.tinyurl.com/bpb-tuerkei-dossier](http://www.tinyurl.com/bpb-tuerkei-dossier)

## Gesellschaft

Ob Alter, Religion, Herkunft oder Beruf: Es gibt viele Merkmale, in denen sich die Menschen einer Gesellschaft unterscheiden. Doch wie bestimmen sie individuelle Entwicklung und Zusammenleben? Die Bundeszentrale für politische Bildung hat 24 farbige Arbeitsblätter zum kostenlosen Download entwickelt. Damit nähern sich Schüler\*innen den Grundlagen der Soziologie auf einer persönlichen Ebene. Mehr unter [www.tinyurl.com/bpb-gesellschaft-arbeitsblatt](http://www.tinyurl.com/bpb-gesellschaft-arbeitsblatt) *bpb*

## Wettbewerb

Zum zwölften Mal findet der Jugendwettbewerb des Kumpelvereins „Die Gelbe Hand“ statt. Dazu sind Gewerkschafter\*innen, Berufsschüler\*innen oder Auszubildende aufgerufen, sich am Wettbewerb zu beteiligen und mit kreativen Projekten ein Zeichen für ein solidarisches Miteinander zu setzen. Egal ob als Video, Fotocollage oder Aktion. Wichtig ist das kreative Engagement gegen Ausgrenzung. Mehr unter [www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de) *Kumpelverein*

## JA-13-Aktionen starten in NRW

Der Kampf der GEW um eine bessere Bezahlung der Lehrer\*innen in Grundschulen und in der Sekundarstufe I geht in die nächste Runde. Auch wenn die Landesregierung in der kleinen Regierungserklärung angekündigt hat, „besoldungsrechtliche Konsequenzen aus der Reform des Lehrerausbildungsgesetzes von 2009 zu ziehen“, ist noch vieles ungewiss. Auch in anderen Bundesländern suchen Finanzpolitiker\*innen Schlupflöcher, um doch nicht alle Lehrkräfte gleich bezahlen zu müssen. Erschwerend kommt hinzu, dass das Beamtenrecht von Hierarchien, Laufbahnen mit dem Nachweis formaler Abschlüsse und Prüfungen sowie strengen Regularien geprägt ist. Um weiter Druck zu machen und die Forderungen der GEW politisch durchzusetzen, beginnt im November 2017 der nächste bundesweite Aktionszeitraum zu JA 13. Die GEW NRW beteiligt sich daran mit einer Aktion am 21. November 2017 vor dem Düsseldorfer Landtag. Mehr zu JA 13 und zur kleinen Regierungserklärung des NRW-Schulministeriums ab Seite 25. *bp/gue*

## Schule ohne Rassismus

Die GEW NRW ist neue Partnerin im Trägerverein für das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Alle Akteur\*innen unterzeichneten am 26. September 2017 offiziell in Lünen. Eine Mitgliedschaft kann jede Schule beantragen. Voraussetzung ist, dass mindestens 70 Prozent der Schüler\*innen, Lehrer\*innen und Mitarbeiter\*innen eine Erklärung unterzeichnen und sich für die Ziele des Netzwerks einsetzen. Bereits im Februar 2017 haben die damalige NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann, Christiane Bainski als Leiterin der Landesweiten Koordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren (LaKI), Andreas Meyer-Lauber als Bezirksvorsitzender des DGB-Bildungswerks NRW und Dorothea Schäfer als Vorsitzende der GEW NRW den neuen Kooperationsvertrag beschlossen. Dieser garantiert Ressourcen, die das NRW-Schulministerium zur Verfügung stellt. Er ist gültig bis 2020. Mehr unter [www.tinyurl.com/gew-nrw-kooperationsvertrag](http://www.tinyurl.com/gew-nrw-kooperationsvertrag) *fin*

## Lehramtsstudium immer beliebter

Im Jahr 2016 haben 17.646 Studierende ihr erstes Fachsemester in einem Lehramtsstudium begonnen. Das waren 7,9 Prozent mehr als im Jahr 2015. 9.584 Studienstarter\*innen strebten einen Abschluss als Lehrkraft in der Sekundarstufe II an. 7.715 von ihnen wollten später in allgemeinbildenden Schulen tätig werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl deutlich gestiegen um 11,8 Prozent. 1.869 Studierende im Erstsemester belegten ein Studium für die spätere Arbeit in der Sekundarstufe II an den berufsbildenden Schulen. Das sind 5,6 Prozent mehr als 2015. Den geringsten Zulauf von 2,7 Prozent verbuchten die Studiengänge für die Primarstufe an Grund- und Hauptschulen mit 2.809 Anträgen für das erste Fachsemester. Die Gesamtzahl der Studierenden in Lehramtsstudiengängen lag zum Wintersemester 2016/2017 mit 60.673 Einschreibungen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Der größte Standort für Lehramtsstudiengänge war im Studienjahr 2016 die Universität zu Köln mit 13.441 Studierenden, gefolgt von den Universitäten Duisburg-Essen mit 8.295 und Paderborn mit 7.111 Einschreibungen. *IT.NRW*

## Mehr Geld für Weiterbildung

Der Nachtragshaushalt sieht zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt rund 1,35 Milliarden Euro vor. Für die Finanzierung der Weiterbildung sind davon insgesamt Verbesserungen in Höhe von sechs Millionen Euro vorgesehen. Die Reduzierung der Unterfinanzierung der Weiter- und Familienbildung soll durch die Aufhebung der bisherigen fünfprozentigen Kürzung im Haushaltsgesetz erfolgen. Die GEW NRW begrüßt diese Erhöhung als ersten Schritt der besseren Finanzierung der Weiter- und Familienbildung eindeutig, fordert allerdings für die Finanzierung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung weiterhin ein Prozent des Bildungsetats des Landes NRW, weil diese Summe erforderlich ist. Hiervon ist das Land NRW auch nach der Erhöhung immer noch weit entfernt. **Mehr zum Nachtragshaushalt ab Seite 30.** *abe*

## Sanierungsstau bei Schulgebäuden

Schulgebäude gehören zum Kern kommunaler Infrastruktur. Etwa ein Drittel der kommunalen Gebäudefläche entfällt auf Schulen. Entsprechend umfangreich sind die kommunalen Ausgaben für Bau, Unterhalt und Modernisierung von Schulgebäuden. Jedoch fließen laut Aussagen der Kämmer\*innen aus dem Jahr 2016 nur 20 Prozent der geplanten Investitionen in Schul- und Bildungseinrichtungen. Der kommunale Investitionsrückstand in den 53.500 Kommunen beträgt rund 34 Milliarden Euro. Seit 1995 sinken die Bauausgaben kontinuierlich. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Investitionsschwäche der finanziell angeschlagenen Kommunen trotz verschiedener Konsolidierungs- und Entschuldungsprogramme der Länder nicht nachhaltig gemildert wurde. Angesichts des mangelhaften Bauzustands vieler Schulgebäude bedrohen die ausbleibenden Investitionen die langfristige Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems. Für das Jahr 2018 hat die NRW-Landesregierung eine Erhöhung der Schulpauschale um neun Millionen Euro versprochen, zudem dauerhaft deren Dynamisierung. „Wer beste Bildung will, muss Investitionen der Schulträger besser unterstützen. Neun Millionen können nur der erste Schritt sein“, kommentierte Michael Schulte, Geschäftsführer der GEW NRW, das Vorhaben. **Mehr unter [www.gew-nrw.de/schulsanierung](http://www.gew-nrw.de/schulsanierung)** *kue/KAW*

## Notlösung für Lehrkräftemangel

NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer hat am 14. September 2017 einen Brief an etwa 2.400 Lehrkräfte verschickt, die zu Schuljahresbeginn keine feste Stelle bekommen haben oder als Lehramtsanwärter\*innen zum 31. Oktober 2017 ihr Referendariat beenden. Dahinter steckt der Versuch, Lehrkräfte mit einer Lehramtsausbildung für das Gymnasium beziehungsweise für die Gesamtschule zeitlich befristet für zwei Jahre an die Grundschulen zu holen. Im Gegenzug garantiert sie ihnen im Anschluss die Versetzung auf eine Sekundarstufen-II-Stelle im Umkreis von 35 Kilometern der Grundschule und die Aussicht auf eine Verbeamtung mit Besoldung nach A 13 Z. Bisher sind 488 Stellen an Grundschulen entsprechend ausgeschrieben worden. Darauf haben sich bislang 134 Bewerber\*innen gemeldet. Aus Sicht der GEW NRW ist das Angebot der NRW-Landesregierung eine Maßnahme, um den Lehrkräftemangel kurzfristig abzufedern. Allerdings muss die Landesregierung dringend für eine Verbesserung der Besoldung, der Arbeitsbedingungen und der Ausbildungsmöglichkeiten sorgen. *fin*

## Datenbank für Bildungsprojekte

Der Regionalverband Ruhr (RVR) und die Initiative RuhrFutur haben eine neue Online-Datenbank für Bildungsexpert\*innen und Fachkräfte entwickelt. Alle Bildungsprojekte der Region – etwa 4.000 insgesamt – werden in der Anwendung auf einer Karte gekennzeichnet und kurz vorgestellt. Nutzer\*innen wählen zwischen acht verschiedenen Bildungsbereichen, darunter zum Beispiel MINT, Sprachen und Lesen sowie Bewegung und Gesundheit. Erfasst sind nicht nur Schulen, Kitas und Stiftungen, sondern auch Unternehmen, Kreishandwerkerschaften und Museen, die sich in Bildungsprojekten, Initiativen und Programmen im Ruhrgebiet engagieren. Die Datenbank berücksichtigt die gesamte Bildungsbiografie, von der Kita über die Grund- und die weiterführenden Schulen bis zur Hochschule. **Mehr dazu unter [www.bildungsprojekte.ruhr](http://www.bildungsprojekte.ruhr)** *RuhrFutur/RVR*

## Petition gegen NATO-Ausgaben

Der DGB Köln-Bonn macht mit einer Online-Petition unter dem Hashtag #no2percent darauf aufmerksam, dass Verteidigungsausgaben kein Selbstzweck sind und ausschließlich der Friedenssicherung dienen sollen. Hintergrund ist, dass Amerika seine NATO-Partner aufgefordert hat, sich mit zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts an den Ausgaben für Verteidigung zu beteiligen. Der DGB Köln-Bonn hat sich klar dagegen positioniert, weil die Maßnahme nicht den Frieden sichere, sondern zu einer Rüstungsspirale führe. Bislang haben rund 2.000 Teilnehmer\*innen unterschrieben. Ziel ist, dass sich die Bundesregierung gegen die Zwei-Prozent-Verpflichtung ausspricht und für stärkere Kontrollen der Waffenexporte einsetzt. **Mehr unter [www.tinyurl.com/no2percent](http://www.tinyurl.com/no2percent)** *kue*



Wo politische Mitbestimmung junger Menschen endet

## Wir können einen Unterschied machen

„Ihr interessiert euch doch überhaupt nicht für Politik!“ Immer wieder müssen Schüler\*innen sich Vorwürfe wie diesen anhören. Stimmt das? Wie wichtig ist jungen Menschen heute politische Teilhabe? Und wie gestalten sie sie? Die nds hat bei denjenigen nachgefragt, um die es geht: Schüler\*innen. Franziska Heinisch von der Landesschüler\*innenvertretung (LSV) NRW antwortet.

„Junge Menschen sind heute nicht mehr politisch, desinteressiert, ohne Meinung.“ Häufig hört man solche Sätze über das politische Engagement Jugendlicher in unserem Land. Richtig: Die Zeiten der Schüler\*innenproteste, Schulstreiks und großer Jugendbewegungen sind lange vorbei. Vereine, Organisationen und soziale Initiativen leiden unter Nachwuchsmangel. Zuletzt suchte man unter den Kandidat\*innen für die Bundestagswahl 2017 junge Menschen meist vergeblich. Ist die desinteressierte Jugend mit einem maximalen Horizont bis zum nächsten Smartphone-Bildschirm also traurige Realität?

*„Ich engagiere mich in der LSV, weil ich es wichtig finde, dass Schüler\*innen früh lernen, sich ihre eigene Meinung zu bilden und diese zu stärken. Das will ich unterstützen.“*

Selma Kleinau, LSV NRW

### Jugendliche leisten Beeindruckendes

Unsere Arbeit in der Landesschüler\*innenvertretung (LSV) NRW zeichnet ein anderes Bild. Wir sehen die Schüler\*innen, die sich mit ganzer Kraft einsetzen und ihre Meinung kundtun. Junge Menschen, die auf unterschiedliche Arten für andere eintreten. Sie leiten Schüler\*innenvertretungen, realisieren in Bezirksschüler\*innenvertretungen Projekte oder diskutieren bis spät nachts auf Landesdelegiertenkonferenzen über die Themen, die uns bewegen:

Wie kann Schule allen Schüler\*innen gleiche Chancen bieten? Wie schaffen wir Integration und Inklusion? Bereitet Schule uns heute auf unser Leben vor? Wann steht allen Menschen ein Platz in unserer Gesellschaft zu? Warum ist Bildung als vermeintlich wichtigstes Gut unserer Gesellschaft unterfinanziert?

### Schüler\*innenstimmen zählen nicht

Schulzeitverkürzung oder Inklusion sind zwei Beispiele, bei denen Fragen wie diese aufkommen.

Im Dialog mit verschiedenen Verbänden sowie mit der Politik sprechen wir uns deutlich gegen Schulzeitverkürzung aus. Schüler\*innen benötigen Zeit zum Lernen – ohne G8 (oder G9) im Nacken. Aktuell bleibt neben Schule kaum noch Freizeit. Schulzeitverkürzung hat nicht zuletzt ihren Teil zum allseits bedauerten Nachwuchsmangel in Vereinen und Verbänden beigetragen. Hinweise von der LSV und Vereinen darauf wurden ignoriert.

Für die Umsetzung von Inklusion bietet das mehrgliedrige Schulsystem keine Lösungen an. Wir finden: Schule muss wieder Partizipation möglich machen. Sie muss allen Kindern die gleichen Chancen auf Bildung und individuelles Lernen bieten. Wir können nicht weiter über Inklusion wie ein abgeschlossenes Thema sprechen. Statt Kinder auf Förderschulen abzuschieben, wollen wir ihnen einen Platz dort geben, wo er ihnen zusteht: unter allen anderen Kindern.

Obwohl wir im Namen der 2,6 Millionen Schüler\*innen Nordrhein-Westfalens sprechen, ist ein freundliches Nicken häufig die einzige Reaktion, die wir bekommen. Statt zu handeln, schiebt die Politik Investitionen auf, Probleme beiseite und Entscheidungen vor sich her. Unsere Stimme erhält selten und wenig Gehör, obwohl gerade wir diejenigen sind, die Schule tagtäglich erleben.

*„Ich engagiere mich in der LSV, weil ich möchte, dass Schüler\*innen in der Politik gehört werden – damit wir vor allem den ‚Lebensraum Schule‘ mitgestalten können.“*

Marlene Bucker, LSV NRW

### U18-Wahl

## Wählen gehen als Selbstverständlichkeit

Die Debatten vor Europa-, Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen beschäftigen auch Kinder und Jugendliche. Die Initiative „U18“ beantwortet ihre Fragen und unterstützt ihre politische Meinungsbildung mit symbolischen Wahlen.

Seit 1996 werden die U18-Wahlen immer neun Tage vor offiziellen Wahlterminen abgehalten. Gewählt wird in eigens eingerichteten Wahllokalen, die vorab von den Kindern und Jugendlichen selbst angemeldet werden, etwa in Kinder- und Jugendeinrichtungen, in Schulen, Sportvereinen oder Bibliotheken. Wahlberechtigt sind alle unter 18-Jährigen, die sich in Deutschland aufhalten. Die Ergebnisse werden in eine Software eingegeben und gesammelt veröffentlicht.

In den Wahllokalen diskutieren Kinder und Jugendliche Themen, die ihnen wichtig sind, und nehmen die Parteiprogramme unter die Lupe. Je nach Altersgruppe, Ressourcen und Engagement führen sie Aktionen durch, die auch lokale Politiker\*innen erreichen – so wirkt U18 im Idealfall in beide Richtungen.

U18 zielt auf eine selbstbestimmte Meinungsbildung sowie die Auseinandersetzung mit Politik und demokratischen Prozessen ab. So soll der Wahlgang für Kinder und Jugendliche selbstverständlich werden. Getragen wird die Initiative vom Deutschen Kinderhilfswerk, dem Deutschen Bundesjugendring, den Landesjugendringen, vielen Jugendverbänden und dem Berliner U18-Netzwerk. Anja Heifel, nds-Redaktion



Foto: Fotolia/1hr2010



Fotos: as\_seen, CL./photocase.de

### Mitbestimmung mit Grenzen

Die meisten Schüler\*innen durften bei der Bundestagswahl im September 2017 nicht wählen. Damit fehlt uns das entscheidende Mittel politischer Mitbestimmung. Im Wahlkampf spielten infolgedessen Themen, die Jugendliche betreffen, für die Parteien kaum eine Rolle. Politik geschieht oft über unsere Köpfe hinweg. Die U18-Wahlen oder die Juniorwahl zeigen aber, dass Wahlen für Jugendliche sehr wohl ein Thema sind. Wir fordern daher eine Herabsetzung des Wahlalters, damit jungen Menschen in Zeiten der Überalterung eine gerechte Rolle zur Gestaltung unserer Zukunft zugestanden wird.

Denn Jugendliche haben Haltungen: Schüler\*innen stellen sich entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit und soziale Ungerechtigkeit. Bei den U18-Wahlen zur NRW-Landtagswahl 2017 wurde die AfD nicht einmal in den Landtag gewählt. Wir treten für Vielfalt, Solidarität und Weltoffenheit ein und treten damit den schüler\*innenfeindlichen bildungs- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen einer Partei wie der AfD entgegen.

### Frustration keinen Raum geben

Es ist beeindruckend, wie viele junge Menschen sich einsetzen, obwohl unsere Stimme sooft untergeht. Es ist bemerkenswert, wie viele Wege Schüler\*innen finden, sich zu beteiligen, obwohl uns entscheidende Möglichkeiten nicht zur Verfügung stehen. Wann immer das Gefühl laut wird, wir hätten sowieso keinen Einfluss: Nein! Wir sind Millionen – allein in NRW. Wir wollen unsere Zukunft gestalten. Wir fordern Veränderungen. Wir wollen mitmischen. Wir können einen Unterschied machen. Morgen sind wir diejenigen, die entscheiden. Und wir sind nicht das, was man von uns behauptet. //

*„Ich engagiere mich in der LSV, weil ich es wichtig finde, sich einzusetzen und die eigene Meinung kundzutun, obwohl uns Schüler\*innen häufig wichtige Mittel politischer Mitbestimmung fehlen. Wir sind diejenigen, die morgen die Konsequenzen der Entscheidungen von heute tragen – da möchte ich an diesen Entscheidungen heute schon teilhaben.“*

Franziska Heinisch, LSV NRW



**Jugendwahl U18: Infos zur Initiative und zu Ergebnissen der U18-Bundestagswahl vom 15. September 2017**  
[www.u18.org](http://www.u18.org)



**Juniorwahl: Infos zum Projekt und zu Ergebnissen der Juniorwahl zur Bundestagswahl 2017**  
[www.juniorwahl.de](http://www.juniorwahl.de)



**mdr: U18-Wahl: Wahlergebnis mit Überraschungen (mdr AKTUELL vom 19.09.2017)**  
[www.tinyurl.com/u18-mdr](http://www.tinyurl.com/u18-mdr)



**#jungesnrw: Ergebnisse der U18-Landtagswahl in NRW**  
[www.tinyurl.com/u18-nrw](http://www.tinyurl.com/u18-nrw)



**LSV NRW: Infos und Positionen der Landesschüler\*innenvertretung NRW**  
[www.lsvnrw.de](http://www.lsvnrw.de)



Franziska Heinisch

Mitglied des Landesvorstands der LSV NRW

### Juniorwahlen an Schulen

## Politik in Schule erfahrbar machen

Die Juniorwahl ist das bundesweit größte Schulprojekt zur politischen Bildung. Es bereitet junge Menschen auf die zukünftige politische Partizipation vor und bietet einen Rahmen, um Demokratie zu üben.

Seit 1999 findet die Juniorwahl bundesweit parallel zu Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen statt. Bis heute haben bislang 1,8 Millionen Schüler\*innen an den unterschiedlichen Juniorwahlen teilgenommen.

Zunächst beschäftigen sich die Jugendlichen im Unterricht mit den Themen Wahl und Demokratie. Anschließend dürfen sie selber wählen, in der Regel eine Woche vor dem offiziellen Wahltermin oder schon davor. Das Ergebnis wird am Wahlsonntag um 18.00 Uhr veröffentlicht. Ziel ist es, das Interesse an Politik zu fördern, Begeisterung für politische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement zu wecken sowie Meinungsbildungsprozesse zu fördern und das Urteilsvermögen zu stärken. Insgesamt sollen die Schüler\*innen das demokratische System kennen und schätzen lernen.

Wie viele Stunden die Lehrkräfte für die Vorbereitung und Juniorwahl aufwenden, entscheiden sie selbst. In der Regel beginnt der projektbezogene Unterricht drei bis vier Wochen vor der Wahl in den Fächern Geschichte, Politik und Gemeinschaftskunde. Für jede Juniorwahl erhalten teilnehmende Schulen aktuelle didaktische Begleitmaterialien speziell zur jeweiligen Wahl, die eigene Materialien ergänzen. Zusätzlich organisieren viele Schulen Veranstaltungen zum Thema wie Podiumsdiskussionen mit Wahlkreiskandidat\*innen, Wahlstände und Wandzeitungen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Träger des Projekts ist der gemeinnützige und überparteiliche Verein Kumulus e.V. aus Berlin, der 1998 aus einer Schulklasse heraus gegründet wurde. Seitdem engagiert sich der Verein mit unterschiedlichen Projekten im Bereich der politischen Bildung. *Jessica Küppers, nds-Redaktion*

Klassenrat und Jahrgangsvollversammlung in Schulen

## Demokratie lernen und leben

Mitbestimmung steht auf der Prioritätenliste der Gesamtschule Essen-Holsterhausen ganz oben. Schüler\*innen und Lehrkräfte treffen sich mehrmals im Monat, um aktuelle Themen zu diskutieren und die eigene Meinung zu sagen. Ruheständlerin Barbara Sendlak-Brandt hat von 1992 bis 2012 dort gearbeitet. Sie gehörte zum Gründungsteam und berichtet von den pädagogischen Möglichkeiten der Demokratieverziehung.

Kinder haben Rechte. In der UN-Kinderrechtskonvention sind die Grundrechte aller Kinder festgehalten. Artikel 5 besagt, dass Kinder das Recht haben, bei allen Fragen, die sie betreffen, mitzubestimmen und zu sagen, was sie denken. Artikel 7 besagt, dass Kinder das Recht haben, sich alle Informationen zu beschaffen, die sie brauchen, um ihre eigene Meinung zu verbreiten.

Die städtische Gesamtschule in Essen-Holsterhausen fühlt sich den Kinderrechten und der AGENDA 21, die Bildung als Grundlage für nachhaltiges Handeln festschreibt, in besonderer Weise verpflichtet. Wir, das Gründungskollegium, wollten ein „Haus des Lernens“ gestalten, in dem alle willkommen sind, und schafften mit einem Klassenrat und einer Jahrgangsvollversammlung den Rahmen, um demokratisches Miteinander einzuüben. Somit können die Schüler\*innen der Klassen 5 bis 10 in 240 Stunden pro Jahr mitbestimmen.

### Klassenrat einmal in der Woche

Um die Selbst- und Mitbestimmung in der Schule zu fördern, führten wir den Klassenrat (KLARA) ein. So findet an jedem Freitag in allen Klassen der Sekundarstufe I in der ersten Stunde ein Treffen statt – mit einer festen Struktur:

- ◆ Der KLARA wird gleichberechtigt jeweils von einem Mädchen und einem Jungen geleitet. Jede\*r kommt in alphabetischer Reihenfolge dran.
- ◆ Tagesordnungspunkte werden während der Woche am Schwarzen Brett gesammelt. Die Tagesordnung wird abgestimmt.
- ◆ Unterstützend gibt es eine\*n Zeitwächter\*in, eine\*n Ordnungsruf\*in und eine\*n Protokollant\*in.

- ◆ Zu Beginn jedes KLARA werden die Einhaltung und die Wirksamkeit der Beschlüsse überprüft.

*„Mir ist am Klassenrat wichtig, dass wir über alles reden können und erfahren, was in der Welt los ist.“*

*Anna-Lena, Klasse 10*

Wir haben über alles diskutiert: über Regeln des Umgangs miteinander, Sitzordnung, Gestaltung des Klassenraums, Mensaeessen, Tagesausflüge und Klassenfahrten. Es gab Beschwerden über Kinder, die sich nicht an die Regeln hielten, Beschwerden von Reinigungskräften und vom Hausmeister. Ungerechtigkeiten nicht zu akzeptieren, ist auch Josi (Klasse 8) ganz wichtig: „Im Klassenrat habe ich gelernt, meine Meinung zu sagen, wenn mir etwas nicht passt“, sagt sie. Unterstützung bekommen die Schüler\*innen von Sozialpädagogin Silke Wende. Die Vermittlung von Methoden zur Streitschlichtung ist ein wichtiges Element zur Stärkung der Selbstregulierung bei Konflikten.

### Vollversammlung einmal im Monat

Ein weiterer Baustein im Schulkonzept Demokratieverziehung ist die Jahrgangsvollversammlung. Das Gründungsteam hat eine „assembly“ nach angelsächsischem Vorbild eingeführt, die in jedem Jahrgang einmal im Monat stattfindet:

Für den Ablauf der Vollversammlung sind die Schüler\*innen verantwortlich. Die Sitzung wird rollierend im Wechsel von den Klassen des Jahrgangs moderiert.

Die Abteilungsleitung gibt wichtige Informationen bekannt. Herausragende Leistungen sowie besonderes Engagement werden gewürdigt. Zu den Halbjahreszeugnissen werden Auszeichnungsurkunden verliehen. Die Missachtung der Schulordnung wird getadelt.

Die Lobkultur spielt eine wichtige Rolle und gefällt Marie (Klasse 10) besonders gut an der Vollversammlung: „Es ist schön, das Gefühl zu haben, etwas besonders gut gemacht zu haben“, sagt sie. So loben nicht nur die Lehrer\*innen die Kinder, sondern auch andersherum.

Sogenannte Mutkarten sollen Kinder ermutigen, sich etwas zu trauen und zu besonderen Leistungen anspornen.

Regelmäßig werden „Menschen mit einer Botschaft“ eingeladen, die den Schüler\*innen etwas Besonderes mitzuteilen haben. Es waren viele bei uns zu Gast: der Straßenkinderzirkus ZipZap aus Kapstadt, der Weggefährte Nelson Mandelas Dennis Goldberg aus Südafrika und Sally Perel, der berichtete, wie er als Hitlerjunge den Holocaust überlebte.

### Möglichkeiten der Teilhabe in Schule

Demokratieverziehung findet an der Gesamtschule Essen-Holsterhausen wie an allen anderen Schulen nach Lehrplan im Geschichts- und Politikunterricht statt. Es gibt viele Möglichkeiten, Institutionen und Spielregeln der Demokratie konkret erfahrbar zu machen: Wir besuchten zum Beispiel das Kinder-Teenie-Forum im Rathaus in Essen. Im Rahmen eines Planspiels leiteten die Schüler\*innen dort eine Ratssitzung und reichten einen Antrag für eine Hundewiese ein.

Ein anderes Mal besuchten die Schüler\*innen in einer umfangreichen Gruppenarbeit Jugendfreizeitheime und befragten Kinder und Jugend-

liche nach ihren Wünschen zur Verbesserung des Freizeitangebots. Die Berichte, die sie darüber verfassten, schickten die Schüler\*innen als Anträge an die Bezirksvertretung. Diese hielt daraufhin eine Sitzung in der Schule ab und beschäftigte sich mit den Anträgen. Vor den Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen besuchten Vertreter\*innen der Parteien SPD, CDU, FDP und GRÜNE den Unterricht und berichteten von ihren Plänen und Ideen. Außerdem besuchten die Schüler\*innen den Landtag und machten ein Planspiel zum Gesetzentwurf „Zukunftsperspektiven für junge Menschen schaffen – Wahlrecht ab Geburt“.

Die zehnten Klassen nahmen an einem besonderen Angebot des Instituts für internationale Bildung teil. Sie setzten sich im Workshop unter dem Titel „Europa.Kultur\_Integration\_Migration“ anhand von Filmen mit konkreten Problemen von fünf jungen Menschen in Europa auseinander und erarbeiteten Lösungen.

*„Andere Schulen sollten auch eine Vollversammlung haben, weil man etwas dazulernen kann, was mit dem Leben zu tun hat.“*

*Sophie, Klasse 8*

Einmal im Jahr findet in der Schule eine Klimakonferenz statt, an der drei bis fünf Schüler\*innen aus den Klassen 5 bis 10 teilnehmen. Die Jugendlichen können dabei in Workshops zu nachhaltigem Handeln wie „Klimafreundliches Kochen“ und „Fair Trade – was ist

das?“ mitarbeiten. Die Organisation, Gestaltung und Moderation übernimmt der Klimarat. Dafür treffen sich engagierte Schüler\*innen aller Jahrgangsstufen jeden Dienstagnachmittag in ihrer Freizeit. Ihr Anliegen ist es, bei den Mitschüler\*innen ein Bewusstsein für nachhaltiges Handeln zu schaffen.

Seit 2004 nimmt die Gesamtschule Essen-Holsterhausen regelmäßig am bundesweiten Projekt „Jugend debattiert“ teil. Es steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und gibt Jugendlichen der Sekundarstufen I und II die Möglichkeit, zu aktuellen Streitfragen zu debattieren. Klara Boek, Gewinnerin des Schulwettbewerbes 2008, sagte über „Jugend debattiert“: „Ein Ereignis, welches Sprache, Freundschaft und Konkurrenz verbindet!“ Larissa Schombert, Teilnehmerin des Wettbewerbs und ehemalige Schülerin der Gesamtschule Holsterhausen, erklärt: „Jugend debattiert war eine spannende Zeit, in der ich viele nette Menschen kennenlernte und meine Wortwahl und Sprache präzisierte.“

### **Demokratieerziehung als Schulkonzept**

In der Publikation „Schulkonzept – Demokratie leben und lernen“ heißt es: „Demokratie ist das Ergebnis menschlichen Handelns und menschlicher Erziehung. Sie muss aktiv gestaltet und gelernt werden. Dafür ist jeder einzelne verantwortlich, denn es ist nicht selbstverständlich in einer Demokratie zu leben.“ Die Öffnung der Schule hin zur Kommune und die Pflege von Partnerschaften zu außerschulischen, auch zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen bilde dafür eine wichtige Bedingung. Demokratie bedeute

darüber hinaus, Meinungsverschiedenheiten und Konflikte konstruktiv zu bewältigen. Denn nur so kann Demokratie funktionieren, sowohl im Kleinen in der Schule als auch im Großen in der gesamten Gesellschaft. //

*„Klassenrat und Vollversammlung sind ungemein wertvolle Bestandteile unserer Schulkultur. Denn hier lernen die Schüler\*innen, ihre Meinung zu äußern, ohne andere zu verletzen. Sie erfahren, dass man Dinge verändern kann und nicht ohnmächtig, sondern wichtig ist.“*

*Johannes Melters, verantwortlicher Lehrer für den Bereich Demokratie leben und lernen*



**Gesamtschule Essen-Holsterhausen**  
[www.gesamtschule-essen-holsterhausen.de](http://www.gesamtschule-essen-holsterhausen.de)



**Schulwettbewerb „Jugend debattiert“**  
[www.jugend-debattiert.de](http://www.jugend-debattiert.de)



**Workshop-Format Europa.KIM**  
[www.tinyurl.com/workshop-kim](http://www.tinyurl.com/workshop-kim)



**AGENDA 21**  
[www.tinyurl.com/agenda-21-schule](http://www.tinyurl.com/agenda-21-schule)



**Barbara Sendlak-Brandt**

bis 2012 Lehrerin an der Gesamtschule in Essen-Holsterhausen und Mitglied des Gründungsteams



Lesekompetenz, Lernfortschritt und Unterrichtsstörungen

## Flüssig lesen und verstehen lernen

**Es ist eine Binsenwahrheit: Die unzureichende Lesekompetenz der Schüler\*innen verhindert das erfolgreiche Lernen in der Schule. Und dass dies zu einer Vielzahl von Problemen im Unterricht der Sekundarstufe führt, spüren tagtäglich viele Lehrkräfte. Denn Schüler\*innen, die nicht ausreichend lesen können, vermögen auch nicht dem Unterricht zu folgen. Und da kaum ein Fach ohne Texte auskommt, sind meist sehr viele Kolleg\*innen betroffen.**

Wie sieht das konkret aus? Ich habe im Jahr 2015 eine fünfte Klasse im Fach Deutsch bekommen und nach wenigen Wochen eine erste Diagnose der Lesekompetenz mit Hilfe des Stolperwörter-Lesetests vorgenommen. Ergebnis: Nur fünf Schüler\*innen verfügten über ein Lesekompetenzniveau, wie es für die Eingangsklasse in die Sekundarstufe I vorausgesetzt werden muss. Alle anderen Kinder wiesen – gemessen an der Notwendigkeit in Jahrgangsstufe 5 – eine unzureichende Lesekompetenz auf. Was das für jeden Unterricht in dieser Klasse

bedeutet, ist jeder Lehrkraft klar: Nur wenige Kinder können mit dem Schulbuch arbeiten, dem Unterricht folgen, sich beteiligen und Freude an der Schule entwickeln. Zunehmende Unterrichtsstörungen sind vorprogrammiert.

Nach der zurückliegenden PISA-Studie (2015) befinden sich 16 Prozent der Schüler\*innen auf der Lesekompetenzstufe 1. Weitere 22,7 Prozent befinden sich auf der Stufe 2. Vor diesem Hintergrund betont der Züricher Hochschullehrer Maik Philipp, dass zwei von fünf Jugendlichen jedes Jahr die Schule verlassen und nur minimal beziehungsweise ungenügend auf die schriftbasierten Anforderungen des Alltags vorbereitet sind. Positiv festzuhalten ist übrigens, dass es den deutschen Lehrer\*innen der Sekundarstufe gelungen ist, die Leseleistung ihrer Schüler\*innen insgesamt zu verbessern. Denn seit der ersten PISA-Studie wird eine signifikante Verbesserung der Leseleistung deutlich. Das gilt gleichermaßen für die Spitzenleistungen (Stufe 6) als auch im Bereich der Risikogruppen (Stufe 0, 1 a, 1 b und 2). Dennoch: Trotz feststellbarer Verbesserungen in Deutschland bleibt das Niveau besorgniserregend.

Denn unterstellt man, dass diese 16 Prozent auf Lesekompetenzstufe 1 nicht gleichmäßig über alle Schulformen verteilt auftreten, wird besonders deutlich, wie problematisch diese Diagnose ist: Es wird Schulen und Schulformen geben, in denen vermutlich 25 bis 50 Prozent aller Schüler\*innen bereits Lesekompetenzstufe 2 verfehlen, also praktisch nicht sinnentnehmend lesen können. Wie ist es möglich, dass so viele Schüler\*innen nicht ausreichend lesen können? Die Gründe sind vielfältig. Schulischerseits lassen sich mehrere Ursachen ausmachen:

### **Ursache 1: Lesekompetenz ist nicht sichtbar**

Bereits in der ersten PISA-Studie wurde sichtbar, dass es nahezu allen Lehrkräften große Mühe bereitet, die schwachen Leser\*innen in der Klasse treffsicher zu erkennen. Denn nur elf Prozent der befragten Lehrkräfte haben die eigenen Schüler\*innen zutreffend als „schlechte Leser\*innen“ erkannt. Das heißt: Nur jedes zehnte Kind wird zutreffend diagnostiziert. Das ist nicht verwunderlich, ist die Lesekompetenz selbst doch nicht sichtbar. Sie kann nur verlässlich diagnostiziert werden, wenn in der Schule geeignete Diagnoseinstrumente eingesetzt werden.

### **Ursache 2: Lesestrategie statt Leseflüssigkeit**

Vereinfacht gesagt, geschieht der Aufbau der individuellen Lesekompetenz in drei Phasen: Dem Erwerb der Laut-Buchstaben-Beziehung und dem silbengesteuerten Lesen (1) schließt sich die Phase an, in der die Leseflüssigkeit (2) erworben wird. Erst wenn diese ausreichend ausgeprägt ist, haben die Leser\*innen ausreichende kognitive Reserven, um überhaupt den Textsinn (3) zu konstruieren. Meist wird davon ausgegangen, dass Schüler\*innen am Ende der Grundschule über eine ausreichende Leseflüssigkeit verfügen – ein folgenschwerer Fehlschluss. Er führt dazu, dass ab der Sekundarstufe fast nur noch

Fortbildung des DGB-Bildungswerks NRW e.V.

## Bausteine einer systematischen Lesekompetenzförderung

In der Fortbildung werden unterschiedliche wirksame Möglichkeiten der Lesekompetenzförderung in der Sekundarstufe I vorgestellt und erprobt, zum Beispiel Vielleseverfahren, Lautlese- und kooperative Leseverfahren sowie Lesestrategieverfahren. Ergänzend werden Möglichkeiten der praxistauglichen Diagnose vorgestellt. Vor diesem Hintergrund wird aufgezeigt, wie eine Schule systematisch eine wirksame Lesekompetenzförderung aufbauen kann und so den Anteil kompetenter Leser\*innen vergrößert.

Die Fortbildung richtet sich an Lehrer\*innen der Sekundarstufe I und Schulleitungsmitglieder, die

in ihrem Unterricht und/oder in ihrer Schule eine systematische Lesekompetenzförderung in den Blick nehmen möchten.

**Termin:** 14.03.2018, 9.00–16.00 Uhr  
**Kosten:** 100,- Euro (GEW-Mitglieder)  
 50,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt)  
 150,- Euro (Nichtmitglieder)  
**Ort:** GEW-Landesgeschäftsstelle,  
 Nünningstraße 11, 45141 Essen  
**Referent:** Ludger Brüning

**Infos und Anmeldung:**  
[www.tinyurl.com/fobi-lesekompetenz](http://www.tinyurl.com/fobi-lesekompetenz)

Lesestrategieverfahren wie das Unterstreichen oder das Zusammenfassen eingeführt werden, statt weiterhin die Leseflüssigkeit zu fördern. Kinder, die keine ausreichende Leseflüssigkeit besitzen, können davon aber nicht profitieren. In der oben beschriebenen fünften Klasse würde das für 23 von 28 Kindern zutreffen.

### Ursache 3:

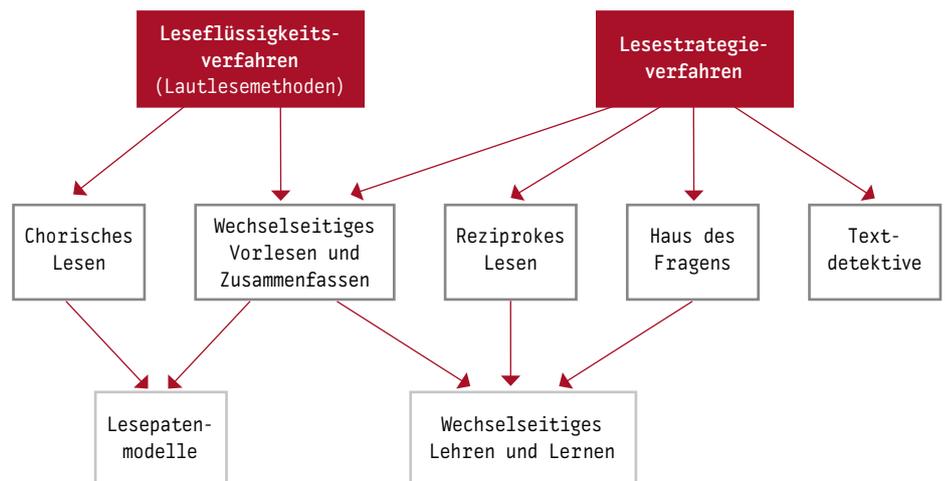
#### Gezielte Lesekompetenzförderung fehlt

Lesen gilt als eine der komplexesten Kulturtechniken überhaupt. Sie zu erwerben, benötigt viel Zeit und tägliches Üben. Dazu sind entsprechende Zeitfenster in der Schule notwendig. Aber mit Blick auf die Risikoschüler\*innengruppe muss betont werden: Entgegen allgemeiner Annahmen lassen sich durch Viellese- und Leseanimationsverfahren wie Leseolympiaden, Antolin, Lesepatenpässe oder Lesenächte allein „keine nachweisbaren Effekte für die Leseleistung und auch keine Steigerung der Lesemotivation bei schwachen kindlichen Leser(inne)n nachweisen“, so Prof. Dr. Cornelia Rosebrock und Dr. Daniel Nix in „Grundlagen der Lesedidaktik und systematischen schulischen Leseförderung“. Das heißt: Schulen, die allein solche Verfahren einsetzen, werden die Lesekompetenz schwacher Schüler\*innen nicht verbessern, sondern nur das Lesen bereits kompetenter Kinder intensivieren.

#### Schulische Interventionsmöglichkeiten

Was können Schulen angesichts dieser Situation tun? Schulen der Sekundarstufe I müssen eine systematische Leseförderung implementieren, die sich an der nachgewiesenen Wirksamkeit einzelner Verfahren orientiert (siehe Abbildung). Ausgangspunkt ist eine verlässliche Eingangsdiagnose. Im gesamten Jahrgang 5 sollte dann zunächst die Leseflüssigkeit gefördert werden. Dazu müssen sogenannte „Lautleseverfahren“ eingeführt und zweimal wöchentlich in jeder Klasse für je 20 bis 35 Minuten umgesetzt werden. In Verbindung mit einer entsprechenden Diagnose wird man so feststellen, was auch empirische Untersuchungen belegen: In rund drei Monaten machen Schüler\*innen einen Lernfortschritt, der sich sonst erst in einem Schuljahr einstellt. In meiner fünften Klasse zeigten bereits nach drei Monaten nur noch acht Schüler\*innen Leistungen, die nicht der Klassenstufe 5 entsprechen. Nach einem halben Jahr gehörten nur noch zwei Schüler\*innen zur Risikogruppe. Fast alle waren also nach wenigen Monaten in der Lage, altersangemessene Texte im Unterricht zu erfassen. Ähnliche Ergebnisse erzielten alle anderen Klassen des gleichen Jahrgangs.

#### Methoden der Lesekompetenzförderung



Grafik: eigene Darstellung

In der sechsten Klasse sollten dann schulweit und konsequent Programme umgesetzt werden, die sich der Lesestrategie widmen, zum Beispiel durch Reziprokes Lesen oder die Textdetektiv-Methode. Gleichzeitig müssen gegebenenfalls für schwache Leser\*innen weiterhin Leseflüchtigkeitsstrainings angeboten werden. Dem können sich in der siebten Klasse vertiefende Programme anschließen, in denen weitere Aspekte der Lesekompetenz gefördert werden, zum Beispiel das Erkennen von Textmustern und das Visualisieren. Eingebettet in eine schulische Lesekultur werden so fast alle Schüler\*innen ausreichend lesen lernen – auch unter schwierigen Bedingungen.

#### Herausforderungen für die Praxis

Meist sind es nicht die methodischen Möglichkeiten, die in der Praxis die eigentliche Herausforderung darstellen, denn sie lassen sich in Fortbildungen oder im Selbststudium recht schnell aneignen. Demgegenüber ist die organisatorische Umsetzung in den Schulen mit großen Herausforderungen verbunden. Hier ist ein entsprechendes Schulleitungshandeln unabdingbar für den Erfolg. Gleichzeitig muss wenigstens in der Fachkonferenz Deutsch – besser noch im Gesamtkollegium – ein Konsens darüber hergestellt werden, die Leseförderung in den Fokus der Klassen 5 und 6 zu stellen.

Kollegien, die sich auf diesen Weg machen, werden häufig merken, dass jedes Fach und jede Lehrkraft für die eigenen Inhalte mehr Unterrichtszeit haben möchte. Vor diesem Hintergrund eine umfassende Leseförderung einzuführen, ruft vielfach Sorgen hervor. Ich unterrichte an der Gesamtschule Haspe in Hagen. Es hat rund zwei Jahre gedauert, bis wir uns innerschulisch darauf verständigen konnten, eine

gezielte Förderung der Leseflüssigkeit in der fünften Klasse praktisch umzusetzen. Und es bleibt eine Daueraufgabe, diese Jahr für Jahr wieder aufs Neue im fünften Jahrgang auf den Weg zu bringen. Kernbestandteil der Verstetigung ist, dass in jedem Jahr die betroffenen Kolleg\*innen in einer entsprechenden Kurzfortbildung auf die Umsetzung vorbereitet werden.

Alle empirischen Untersuchungen und auch einschlägige Erfahrungen beweisen: Wirksame Lesekompetenzförderung ist möglich. Ihre Umsetzung selbst ist eine Herausforderung des gesamten Lehrerkollegiums, der es sich mit Blick auf die anvertrauten Kinder, aber auch auf die eigenen Belastungen im Unterricht stellen sollte. //



Uni Potsdam: Stolperwörter-Lesetest  
(Angabe der Schule und der Kontaktlehrperson für den Download erforderlich)  
[www.tinyurl.com/stolperwoerter](http://www.tinyurl.com/stolperwoerter)



Monika Grau: Lesen beobachten mit dem Stolperwörter-Lesetest. In: Lesekompetenz – Unterrichtserfahrungen im Fachunterricht der Sekundarstufe I (hrsg. vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg)  
[www.tinyurl.com/grau-stolperwoerter](http://www.tinyurl.com/grau-stolperwoerter)



OECD: PISA – Internationale Schulleistungsstudie  
[www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie](http://www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie)



Ludger Brüning

Lehrer\*innenfortbildner und Lehrer an der Gesamtschule Haspe in Hagen



Kommentar: Eine nostalgische Reform schadet dem Gymnasium

## Vorsicht vor falschen Freund\*innen

**Im Koalitionsvertrag trifft die neue Landesregierung die Leitentscheidung, ab dem Schuljahr 2019 / 2020 an den Gymnasien den neunjährigen Bildungsgang (G9) einzuführen. Über seine künftige Ausgestaltung sagt das noch nichts. Die Gefahr ist groß, dass die nostalgische Suche der konservativen Gymnasiallobby nach Alleinstellungsmerkmalen dem Gymnasium massiv schadet. Es gibt andere Wege.**

Inzwischen ist klar, dass einer schlanken Schulgesetznovelle eine Überarbeitung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen folgen soll. Zu einem ersten Meinungsaustausch hat das Schulministerium Vertretungen der Lehrkräfte, kommunale Spitzenverbände, Elternverbände und -initiativen sowie Schüler\*innenvertretungen zu getrennten Gesprächen eingeladen. Einigkeit bestand über den Katalog der zu klärenden Fragen. Die Antworten variierten stark.

### Leitentscheidung oder Dauerstreit?

Die Schulkonferenzen dürfen zunächst einmalig von Herbst 2018 bis Januar 2019 mit Zweidrittelmehrheit entscheiden, bei G8 zu bleiben. Als Folge eines G8-Beschlusses wird der Schulträger einbezogen und es braucht schließlich eine Genehmigung durch die zuständige Bezirksregierung. Öffentliche oder private Schulträger sollen jedoch auch später weiterhin G8-Gymnasien gründen können. Das bestärkt die GEW NRW in ihrer Forderung nach einer klaren Entscheidung für den neunjährigen Bildungsgang für alle Gymnasien – so wie es alle Beteiligten am runden Tisch G8/G9 in der letzten Legislaturperiode gesehen haben. Wenn Philologenverband (PhV) und Rheinische Direktorenvereinigung (RhDV) das Vorgehen der Landesregierung nun gutheißen, haben sie offensichtlich ihre eigenen Voten vergessen. In einem Papier von Dezember 2016 hatte die RhDV noch formuliert: „Aus unserer Sicht ist wichtig und unverzichtbar, dass die Entscheidung zentral für unser Land getroffen wird und nicht jede Schule oder der jeweilige Schulträger selbst entscheiden kann.“

### Zurück in die Zukunft?

Damit das Gymnasium in NRW zukunftsfähig bleibt, braucht es jetzt die richtige Reform. Die Positionen von PhV und RhDV muten jedoch eher wie ein Rückschritt an, wie die nostalgische Sehnsucht nach einer exklusiven Schulform.

Die Argumente, mit denen die konservativen Verbände mehr Möglichkeiten für Schulleitungen fordern, „Kinder, die nicht ans Gymnasium gehören“, beim Übergang in die Sekundarstufe I abweisen zu können, klingen wie der Ruf nach dem ehemals propagierten Prognoseunterricht. Mehr Vertrauen in die Kompetenz der Lehrer\*innen an Grundschulen wäre hier angebracht.

Da es in allen Schulformen bei einer Stundentafel mit 188 Stunden bleiben soll – 180 plus acht Ergänzungsstunden –, fordert die GEW NRW diese Stundenzahl auch für die Schüler\*innen am Gymnasium. Für den PhV sind 180 Stunden genug – also keine zusätzliche Förderung durch Ergänzungsstunden wie an den anderen Schulformen. Schüler\*innen am Gymnasium brauchen sie nicht, so die These.

Die zweite Fremdsprache sollte aus Sicht der GEW NRW erst in Klasse 7 beginnen. Dann könnte auch an den anderen Schulformen die einheitliche Orientierungsstufe wiederhergestellt werden und eine Aufteilung der Schüler\*innen müsste nicht bereits in Klasse 6 erfolgen. PhV und RhDV halten am Beginn der zweiten Fremdsprache in Klasse 6 fest. Wer das nicht schafft, sei eben nicht fürs Gymnasium geeignet.

Für die zentrale Prüfung in Klasse 10 fordert die GEW NRW eine einheitliche Regelung für alle Schüler\*innen. Die zentrale Klausur in der

Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe könnte dann entfallen. Für den PhV brauchen Schüler\*innen des Gymnasiums für den mittleren Schulabschluss diese zentrale Prüfung an der Langzeitschulform Gymnasium nicht. Mit der Versetzung in die gymnasiale Oberstufe solle am Gymnasium auch der mittlere Schulabschluss vergeben werden.

Wer stets betont, G8 und G9 müssten am Halbtagsgymnasium möglich sein, ignoriert Erkenntnisse der vergangenen Jahre. Auch die Gymnasien brauchen einen weiteren systematischen Ausbau des Ganztags. Hier geht es nicht um bloße Betreuung, sondern um Bildungschancen.

Die GEW NRW hält daran fest, dass durch eine flexiblere gymnasiale Oberstufe auch eine individuelle Verkürzung oder Verlängerung der Schulzeit am Gymnasium möglich sein muss. Dazu braucht es keinen eigenständigen Bildungsgang eines Gymnasiums „Typ G8“. Mit dem „Abitur im eigenen Takt“ können vielmehr unterschiedliche Voraussetzungen ausgeglichen und unterschiedliche Lerntempi gewürdigt werden.

### Unfall mit Fahrerflucht?

Die Positionen von PhV und RhDV in diesen Fragen folgen in der Summe einem Leitmotiv: der Suche nach Alleinstellungsmerkmalen für das Gymnasium. Wer so agiert, schadet dem Gymnasium und ignoriert jahrelange Schulentwicklung. Das Gymnasium ist zu wichtig, es dieser Lobby zu überlassen. Andernfalls wird die Reform der gymnasialen Schulzeit erneut ein Unfall mit Fahrerflucht. //



**Dorothea Schäfer**  
Vorsitzende der GEW NRW

## Argumente gegen Gebühren für Nicht-EU-Studierende

# Die Hochschule als Wirkungsstätte

2010 wurden die Studiengebühren in NRW aufgrund der Proteste der Studierendenschaft nach weniger als einer Legislaturperiode wieder abgeschafft. Die neue schwarz-gelbe Landesregierung plant nun, Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger\*innen in Höhe von 1.500,- Euro pro Semester einzuführen. Dagegen hat sich ein breites Bündnis formiert, das nun mit einer an zahlreichen Hochschulen verteilten Broschüre Gegenargumente liefert.

Durch die geplanten Studiengebühren werden die Bildungsmöglichkeiten noch mehr von der sozialen Lage der Elternhäuser abhängig gemacht als jetzt schon. Dass in Folge mit einem erheblichen Rückgang der Zahl internationaler Studierender zu rechnen ist, zeigen die Erfahrungen in Baden-Württemberg, dessen Gebührenmodell für NRW übernommen werden soll.

### Wir pauken, sie profitieren?

Auch wenn nur bestimmte Studierende die Gebühren zahlen müssten, wird Bildung dadurch für alle zur Ware erklärt, für die die Eltern mancher Studierender schon durch ihre Steuern bezahlt haben. Dies legt nahe, dass das Studium darin bestehe, sich das „Rüstzeug“ anzueignen, das hilft, den Anforderungen der Arbeitgeber\*innen zu entsprechen, damit sich die Investition in diese Ware auch gelohnt hat. Wir setzen stattdessen auf eine Hochschule, die gemäß § 3 (6) Hochschulgesetz NRW Wirkungsstätte aller ihrer Mitglieder mit dem Ziel einer „nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt“ ist.

### Bildung wird mehr, wenn man sie teilt

Bildung als Ware zu behandeln bedeutet, sie Menschen vorzuenthalten, die nicht dafür bezahlen (können). Da Bildung aber mehr wird, wenn man sie teilt, heißt das, eine Einschränkung von Entwicklungsmöglichkeiten, Ideen, Verbesserung von Lebensbedingungen, welt-offener Kultur und Weltaneignung in Kauf zu nehmen. Von alledem könnte die Welt jedoch mehr gebrauchen.

### Miteinander lernen statt gegeneinander hetzen

Eine Teilung zwischen EU-Bürger\*innen und Nicht-EU-Bürger\*innen vorzunehmen, bedient – gewollt oder ungewollt – national-egoistische Stimmungen und macht rechte und diskriminierende Argumentationsmuster salonfähig. Eine „vorbehaltlose Weltoffenheit“, so der Senat der Universität zu Köln in seiner Stellungnahme zu den Gebührenplänen der Landesregierung, ist

aber Voraussetzung dafür, dass Hochschulen „Diskussionsforum und plurale Wirkungsstätte für Studierende aus aller Welt“ sind.

Klimawandel, Armut, soziale Ungerechtigkeit und Krieg sind globale Probleme, die wir nur gemeinsam lösen können. Dabei ist der wissenschaftliche Austausch auf internationaler Ebene in Forschung und Lehre zentral. Die Menschheit ist eine – niemand ist verzichtbar!

### Aufräumen mit Vorbehalten und Stammtischparolen

Die Pläne für Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger\*innen stehen seit Juli 2017 im Raum, mindestens ebenso lang halten sich die Mythen, die sich rund um dieses Thema ranken. Höchste Zeit, die gängigsten Irrtümer aufzudecken:

Verbessern die geplanten Studiengebühren die Hochschulfinanzierung? Wohl kaum. Es würden nur sehr wenige diese Gebühren zahlen, weil ein großer Teil der Studierenden aus Nicht-EU-Staaten nicht mehr oder woanders studieren würde. Ein relevanter Beitrag der geplanten Gebühren zur Finanzierung der Hochschulen ist damit nicht zu erwarten.

Wer zum Studieren nach Deutschland kommt, hat doch genug Geld? Das stimmt nicht. Laut der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks würden durch die geplanten Gebühren nicht Studierende aus finanziell stärkeren Eltern-

häusern zur Kasse gebeten, sondern Studierende, die bereits jetzt parallel arbeiten müssen und die aufgrund des Aufenthaltsrechts auch nur in sehr beschränktem Umfang arbeiten dürfen. Junge Menschen aus der amerikanischen Unterschicht könnten es sich beispielsweise in der Regel nicht mehr leisten, nach Deutschland zu kommen, um zum Beispiel Umweltwissenschaften zu studieren. In Zeiten, in denen die US-Regierung den Klimawandel leugnet, wäre das fatal.

Sollen denn die deutschen Steuerzahler\*innen die ganze Welt retten? Nein, viele andere Länder, darunter auch deutlich ärmere als Deutschland, leisten ja auch durch ein gebührenfreies Studium für alle einen Beitrag. Zudem: Warum sollte ein gebührenfreies Studium für alle, das bisher finanzierbar war, künftig nicht mehr möglich sein, wenn Deutschland trotz der letzten Wirtschaftskrise noch nie reicher war als jetzt? Die Frage ist, wofür das Geld ausgegeben wird. //



**Bündnisflyer „Die Hochschule als Wirkungsstätte. Argumente gegen die geplanten Gebühren für Nicht-EU-Studierende“**

[www.tinyurl.com/flyer-gebuehren](http://www.tinyurl.com/flyer-gebuehren)



**Universität zu Köln: Senat der Universität kritisiert Planungen zu Beiträgen für Studierende aus Nicht-EU-Ländern (inkl. Stellungnahme zum Download)**

[www.tinyurl.com/senat-uni-koeln](http://www.tinyurl.com/senat-uni-koeln)



Redaktionelle Überarbeitung des Bündnisflyertextes für diesen Artikel durch Stefan Brackertz, Landesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW NRW





Das Projekt gegen Kinderarbeit in Mali setzt auf die Zusammenarbeit von Schüler\*innen, Lehrer\*innen und akzeptierten Autoritäten, etwa die Dorfchefs oder die Mütterorganisation AME. Fotos: fair childhood



fair childhood unterstützt Projekt in Mali

## Analphabetismus tut weh

**Mali: Die nationale Lehrkräftegewerkschaft für Bildung und Kultur (SNEC) beteiligt sich an der Einrichtung und Weiterentwicklung kinderarbeitsfreier Zonen in verschiedenen Regionen. Seit diesem Sommer fördert die GEW-Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“ dieses Projekt.**

„Alles beginnt mit der Weiterbildung der Lehrkräfte in den Zielregionen“, erklärt Soumeïla H. Maiga, der Koordinator des Gewerkschaftsprojekts. „In den Schulen jedes Dorfes bilden wir die Schulleitung und eine Lehrkraft als Verbindungsperson für das Projekt aus. Mit Hilfe einer Handreichung der Bildungsinternationale lernen sie die Definition von Kinderarbeit kennen, Kommunikationstechniken für die Gespräche zur Sensibilisierung der Eltern und lernen, welche Aktivitäten nötig sind.“ 474 Lehrkräfte wurden im Laufe des SNEC-Projektes schon geschult.

Die Verbindungsperson gründet an ihrer Schule einen „Club gegen Kinderarbeit“ aus gleich vielen Mädchen und Jungen. Die Clubmitglieder führen Aktivitäten zu den Risiken von Kinderarbeit durch, finden in ihrer Nachbarschaft die Kinder, die nicht zur Schule gehen, und erforschen die Gründe dafür. Die Verbindungslehrkraft sucht dann das Gespräch mit den Kindern und/oder ihren Eltern.

### Dorfchefs und Mütter sind wichtige Unterstützer\*innen

In jeder Kommune der Projektregion ruft die SNEC Komitees aus den traditionellen und religiösen Dorfchefs sowie Mitgliedern der Frauen-, Arbeitgeber- und Zivilorganisationen ins Leben. Sie leisten ihren Beitrag zur Sensibilisierung gegen Kinderarbeit und für Schulbildung. Der traditionelle Chef des Dorfs beruft zum Beispiel eine Versammlung ein und erklärt, dass im Dorf von nun an Kinderarbeit nicht mehr akzeptiert werde. „Diese Entscheidung der lokalen, von der

Bevölkerung sehr respektierten Autoritäten hilft uns sehr, jedes Familienmitglied zu überzeugen, all seine Kinder in die Schule zu schicken“, erklärt Verbindungslehrer Noumoutieba Diarra.

Auch die Mütterorganisation Association de Mères d'Élèves (AME) unterstützt die Aktionen zur Sensibilisierung. „Die Mütter haben in Mali eine Schlüsselrolle in der Erziehung, sie können ihre Ehemänner und ihre Kinder von der Bedeutung der Schulbildung überzeugen“, unterstreicht Soumeïla H. Maiga. Madié Bagayogo, AME-Mitglied in Ouroun, erzählt gern von konkreten Beispielen: „Lehrkräfte, die eine feste Arbeit mit garantiertem Einkommen haben, haben in ihrer Kindheit gut gelernt. Mädchen in der Haushaltsarbeit hingegen sind vielfältiger Ausbeutung ausgesetzt. Einige Mädchen aus unserem Dorf zum Beispiel kamen schwanger aus der Stadt zurück und wurden von der Dorfgemeinschaft nicht akzeptiert. Das bringt die Menschen zum Nachdenken und die Kinder kommen in die Schule zurück.“ Die AME hat in einigen Dörfern einen kleinen Unterstützungsfonds geschaffen. Jedes Mitglied zahlt pro Woche umgerechnet 15 Cent ein. Das Geld wird von der Schule genutzt, um ein wenig Schulmaterial anzuschaffen und damit Kindern in Not eine kleine Hilfe zu bieten.

### Erfolge für Schüler\*innen, Lehrer\*innen und die Bildungsgewerkschaft

Mohamed Keïta, Verbindungslehrer der Schule in Yéréfouméla, und die Schüler\*innen des Clubs gegen Kinderarbeit haben dazu beigetragen, dass 2017 schon neun Jungen und 17 Mädchen

ihres Dorfs wieder in die Schule zurückgekehrt sind. Die zwölfjährige Fatoumata erklärt: „Meine große Motivation, im Club mitzumachen ist, dass durch dieses Projekt die Zahl der Analphabeten in unserem Dorf zurückgehen wird. Wer lesen und schreiben kann, kann seine Angelegenheiten selber regeln und ist nicht auf die Hilfe anderer angewiesen. Analphabetismus tut weh!“

Seit 2015 haben 541 Kinder die Rückkehr auf die Schulbank geschafft. An den Projektschulen befindet sich die Abbruchrate im freien Fall und die schulischen Leistungen der Kinder verbessern sich. „Das ermutigt die Lehrkräfte sehr. Sie haben Unterstützungsunterricht entwickelt, insbesondere für Schüler\*innen, die wir reintegrieren“, sagt ein Schulleiter.

Und auch die Bildungsgewerkschaft SNEC gewinnt mit diesem Projekt, berichtet der Projektkoordinator: „Wir haben zahlreiche neue Mitglieder und an Sichtbarkeit und Ansehen in der malischen Gesellschaft gewonnen. Die Teilnahme am Projekt stärkt unsere Lobby für Qualität in der Bildung bei den Behörden. Wir haben erreicht, dass das Thema Kinderarbeit im offiziellen Unterrichtsprogramm der Regierung vorkommt. Dieses Projekt stärkt auch unser Plädoyer für die Integration der kommunalen Lehrkräfte in den öffentlichen Dienst. Bis heute konnten wir das bereits für 800 Lehrkräfte mit deutlich besseren Beschäftigungsbedingungen erreichen.“ //



**Bruni Römer**  
Schriftleiterin der E & W  
der GEW Schleswig-Holstein

## Bewegt euch!



Reden.

Material für Friedensbildung  
in Schule und Unterricht

Handeln.

Studium und Referendariat  
ohne Bundeswehr

Begegnen.

Antisemitischen Hass  
und Vorurteile bekämpfen



# Wir müssen reden.

Der Krieg in Syrien, der Nahostkonflikt, atomares Kräfte-messen – Fragen zu Krieg und Frieden sind allgegenwärtig und oft schwer zu beantworten. Wie lässt sich in Schule und Unterricht trotzdem darüber reden? Diese Materialien können helfen.

## Antisemitismus begegnen

### Antisemitismus und Migration

Antisemitismus macht vor Schulen nicht halt. Im Fokus steht in letzter Zeit die Frage: Ist eine originär muslimische Judenfeindschaft verantwortlich für die Zunahme antisemitischer Einstellungen in Deutschland? Islamwissenschaftler Michael Kiefer zeigt, inwieweit unter Jugendlichen verbreitete antisemitische Narrationen durch den Islam beeinflusst sind und macht deutlich, wie der pädagogische Umgang mit islamisiertem Antisemitismus gelingen kann.

**Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage** (Hrsg.), 2017, 37 Seiten, Download: [www.tinyurl.com/sor-smc-antisemitismus](http://www.tinyurl.com/sor-smc-antisemitismus)

### Das historische Narrativ des Anderen

„Das historische Narrativ des Anderen kennen lernen – Palästinenser und Israelis“ ist das erste israelisch-palästinensische Schulbuch. Es stellt den Nahostkonflikt aus den Perspektiven beider Konfliktparteien dar und ermöglicht so einen differenzierten Zugang zu diesem hochkomplexen Thema.

**Peace Research Institute in the Middle East/ Berghof Conflict Research** (Hrsg.), 2003, 50 Seiten, Download: [www.tinyurl.com/narrativ-des-anderen](http://www.tinyurl.com/narrativ-des-anderen)

### Vielfalt-Mediathek

Die Mediathek von IDA e.V. und DGB Bildungswerk bietet ausgewählte Materialien zu Antisemitismus, seiner Ausprägung in der Migrationsgesellschaft, seiner Entstehung sowie zu Prävention und Intervention in der Bildungsarbeit. [www.tinyurl.com/vielfalt-antisemitismus](http://www.tinyurl.com/vielfalt-antisemitismus)



## Über Frieden lernen: Pädagogische Hilfen

### Pädagogik des Widerstands

Armin Bernhards Ausgangsthese: Friedlosigkeit ist strukturell in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen verankert. Dem setzt der Erziehungswissenschaftler sein Konzept einer kritischen Friedenserziehung entgegen.

**Beltz Juventa**, 2017, 245 Seiten, ISBN 978-3-7799-3628-2, 29,95 Euro

### Jahrbuch Demokratiepädagogik

Band 4 des „Jahrbuchs Demokratiepädagogik“ widmet sich der Friedenspädagogik. Es thematisiert unter anderem den Umgang mit dem extremistischen Salafismus, den Kompromiss als politische Größe sowie die Bedeutung von Erinnerungskulturen und skizziert eine Schulpartnerschaft mit Afrika.

**Wochenschau Verlag**, 2016, 288 Seiten, ISBN 978-3-7344-0277-7, 26,80 Euro

## (Hoch-)Schule ohne Bundeswehr!

### GEW

„Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen“, fordert die Bildungsgewerkschaft und stellt Materialien aus mehreren Landesverbänden zum Thema zur Verfügung. [www.gew.de/schule/bundeswehr/einfluss-der-bundeswehr-an-schulen-zurueckdraengen](http://www.gew.de/schule/bundeswehr/einfluss-der-bundeswehr-an-schulen-zurueckdraengen)

### Informationsstelle Militarisierung

Die IMI pflegt ein umfangreiches Dossier zum Einfluss der Bundeswehr auf Schule und Hochschule und vermittelt zudem Referent\*innen.

[www.imi-online.de/themen/militarisierung-der-gesellschaft](http://www.imi-online.de/themen/militarisierung-der-gesellschaft)

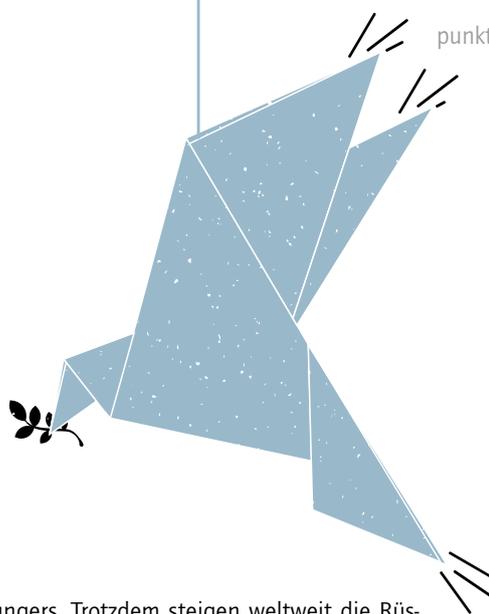
### Bündnis Schule ohne Bundeswehr NRW

„Schule ohne Bundeswehr NRW“ bietet Handlungshilfen und Aktionsbeispiele und informiert über aktuelle Entwicklungen und Veranstaltungen. Zum Bündnis gehört auch die DGB Jugend NRW.

[www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de](http://www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de)

# Zeit für Bewegung!

**Kriege und wirtschaftliche Not zwingen Menschen zur Flucht. Die AfD befeuert Ausgrenzung und Rassismus. Nordkorea und die USA rücken einen Atomkrieg in greifbare Nähe. Mehr denn je braucht es eine aktive, breit aufgestellte Friedensbewegung in Deutschland – und sie ist da.**



Die Fluchtbewegungen der letzten zwei Jahre oder die aggressive Politik Donald Trumps haben viele wachgerüttelt: Menschen, die zuletzt 2003 gegen den Irakkrieg auf die Straße gingen, werden wieder aktiv und eine neue Generation von jüngeren Friedensaktivist\*innen rückt nach. In den letzten Jahren erlebte die Friedensbewegung neuen Zulauf.

## Neue Medien, neue Aktionsformen, neue Themen

Positive Beispiele für diese neue Generation sind die „Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen“ (ICAN), die im Oktober 2017 mit dem Friedensnobelpreis für ihr Engagement gegen Atomwaffen geehrt wurde, sowie das „Jugendnetzwerk für politische Aktionen“ (JunepA), das unter anderem Aktionen gegen Rüstungsunternehmen und die US-Atomwaffen in Büchel durchführt. Das zeigt: Junge Menschen sind durchaus politisch und überaus aktiv. Auch erreicht und informiert die Friedensbewegung nach ersten Anlaufschwierigkeiten inzwischen mehr Menschen mit Hilfe der sozialen Medien, allen voran Facebook und Twitter. Ebenfalls haben sich die Aktionsformen gewandelt und sind vielfältiger geworden. Die eine Großdemo gibt es so nicht mehr. Stattdessen spielen dezentrale Aktionsformen sowie die Arbeit innerhalb von (Druck-)Kampagnen eine immer größere Rolle. Kontinuierliche Kampagnen, wie „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“, regen zum Mitmachen an und tragen zur gesellschaftlichen Verankerung friedenspolitischer Themen bei.

Der neue Aufwind für die Friedensbewegung ist (noch) weit davon entfernt, an die 1980er Jahre anzuknüpfen, als Millionen Menschen für ein Ende des Ost-West-Konflikts demonstrierten. Damals trieb die Angst vor dem Atomkrieg die Menschen auf die Straße. Heutzutage gibt es jedoch nicht mehr das eine große Thema, das einen Großteil der Bürger\*innen in Deutschland mobilisiert. Außerdem konkurrieren viele unterschiedliche politische, soziale und die Umwelt betreffende Themen miteinander, sodass die Aufmerksamkeit der Menschen aufgeteilt ist und sich seltener, wie zum Beispiel zuletzt zum Irakkrieg, die große Masse mobilisieren lässt.

## Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus

Feststeht: Die Menschheit kann sich Krieg und Aufrüstung eigentlich gar nicht leisten, angesichts der vielen globalen Krisen, des Klimawandels und eines ungebremsten

Ressourcenhungers. Trotzdem steigen weltweit die Rüstungsausgaben. 2016 betragen sie über 1,5 Billionen Euro. Auch Deutschland trägt seinen Teil dazu bei und exportiert zum Beispiel Kleinwaffen und weiteres Kriegsgeschütz für zig Milliarden Euro – auch in Konfliktregionen. Besonders brisant ist, dass die Bundesregierung in den kommenden Jahren plant, den Verteidigungshaushalt den NATO-Vorgaben anzupassen. Dementsprechend sollen zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung und Krieg ausgegeben werden. Statt 36 Milliarden würden dann sogar um die 70 Milliarden Euro, oder 20 Prozent des jährlichen Bundeshaushaltes, fürs Militär ausgegeben werden. Dies sollte jeden aufschrecken, denn dieses Geld würde dann für Bildung, Gesundheit und Soziales fehlen und die Rüstungsspirale weiter anheizen.

Die Zivilgesellschaft steht vor großen Herausforderungen, die gleichzeitig eine Chance für einen neuen Aufbruch der Friedensbewegung und damit verbundenen sozialen Wandel sind. Wir als Zivilgesellschaft müssen unsere Politiker\*innen daran erinnern, dass Krieg nicht Mittel zum Zweck sein darf. Der alte Leitspruch „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ ist heute so aktuell wie lange nicht mehr. Für einen nachhaltigen europäischen und weltweiten Frieden braucht es eine breit aufgestellte und präsente Bewegung der Zivilgesellschaft. Frieden, die Abwesenheit von gewaltsamen Konflikten, darf keine Selbstverständlichkeit sein. Ein Leben frei von Krieg, Angst und Gewalt ist ein hohes Gut, das jedem Menschen zusteht und für das wir uns aktiv einsetzen müssen. In Deutschland, Europa und weltweit.

### Philipp Ingenleuf

ist Mitarbeiter des Netzwerks Friedenskooperative und arbeitet seit 2012 unter anderem als Kampagnenkoordinator in der Friedensbewegung.

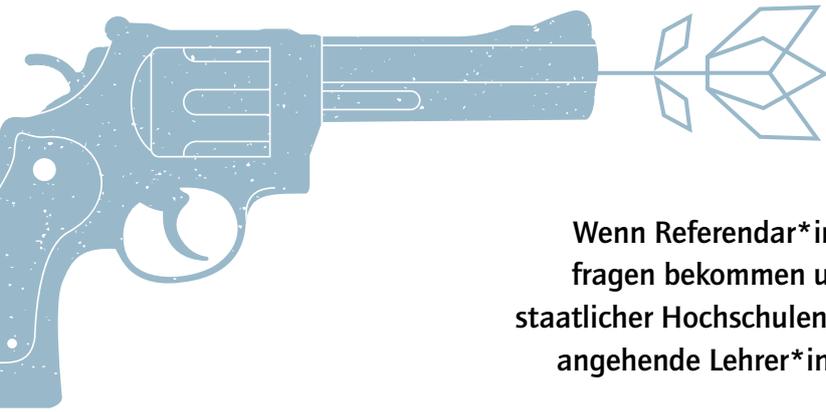
#### pluspunkt

**Netzwerk Friedenskooperative**  
www.friedenskooperative.de

**Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN Deutschland e.V.)**  
www.icanw.de

**Jugendnetzwerk für politische Aktionen (JunepA)**  
www.junepa.blogspot.eu

**Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel**  
www.aufschrei-waffenhandel.de



# Kritisch fragen, mutig handeln!

**Wenn Referendar\*innen von der Bundeswehr Nachhilfe in Friedensfragen bekommen und die Rüstungsindustrie Geld in die Forschung staatlicher Hochschulen steckt, ist Skepsis angebracht. Wie können sich angehende Lehrer\*innen und Studierende für Frieden stark machen?**

Während Stefanie Wedy Sozialwissenschaften, Englisch und Geschichte studierte, verbrachte sie ein Jahr in Israel und ein weiteres halbes Jahr in Südafrika. Man könnte also sagen: Die heute 28-Jährige ist in der Lage, die Welt differenziert zu erfassen. Differenzierter jedenfalls als es das Simulationsspiel POL&IS zulässt, an der die Referendarin mit ihrem SoWi-Fachseminar teilnehmen sollte. „Sie stellt das Weltgeschehen stereotyp und verkürzt dar“, kritisiert Stefanie Wedy. POL&IS steht für „Politik und Internationale Sicherheit“ und wurde in den 1980er Jahren von Politikwissenschaftler Wolfgang Leidhold entwickelt, um Studierenden die Zusammenhänge der Weltpolitik zu vermitteln. 1989 erwarb die Bundeswehr die POL&IS-Lizenz und erweiterte das Spiel um militärische Mittel. Jugendoffizier\*innen der Bundeswehr, die das Spiel in der Öffentlichkeit vertreten und seine Durchführung in Schulklassen oder Seminaren betreuen, entwickeln es ständig weiter.

## Referendar\*innen vor Überwältigung schützen!

Stefanie Wedy hatte wegen des Bundeswehrbezugs Bedenken an der Simulation teilzunehmen, allerdings wurde ihr signalisiert, dass die Veranstaltung für Referendar\*innen ihres Seminars obligatorisch sei. Hier müsse eigentlich der Beutelsbacher Konsens greifen, sagt Michael Schulze von Glaßer von der deutschen Friedensgesellschaft. Der Konsens legt drei Prinzipien für den Politikunterricht fest: Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schüler\*innenorientierung. „Er muss immer dann angewendet werden, wenn Zwang besteht – zum Beispiel an Schulen und Universitäten mit Anwesenheitspflicht“, erklärt Michael Schulze von Glaßer. „Bei POL&IS geschieht genau das, wovor der Beutelsbacher Konsens schützen soll“, macht Stefanie Wedy deutlich. „Die Schüler\*innen werden einseitig überwältigt und die Kontroverse fehlt.“ In ihrem SoWi-Seminar hieß es dazu: Die Bundeswehr sei ein staatlicher Akteur, weswegen einseitige Einflussnahme nicht zu befürchten sei. Schlussendlich nahm Stefanie Wedy aus vielerlei Gründen an der POL&IS-Simulation teil: Grundsätzlich war sie von der Fachkompetenz ihres Fachseminarleiters überzeugt, der vehement hinter dem Spiel stand. Nach Rücksprache mit Referendarkolleg\*innen wollte sie außerdem nicht als einzige aufgrund von inhaltlichen Bedenken absagen. Die Benotung des Seminars, ist ebenfalls nicht unerheblich für die spätere Stellensuche. Michael Schulze von Glaßer bestätigt: „POL&IS wird an einigen Seminaren als obligatorisch verkauft, um am Ende

eine Leistungsbescheinigung erhalten zu können.“ Die GEW NRW befürchtet diese Entwicklung schon länger, besonders weil zahlreiche Landesschulministerien sogenannte Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr unterzeichnet haben – 2008 auch in NRW. Die Abkommen räumen der Bundeswehr weitreichende Möglichkeiten in der politischen Bildung von Schüler\*innen sowie in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrer\*innen und Referendar\*innen ein. Immer wieder werden Fälle bekannt, in den Lehrer\*innen unter Druck gesetzt wurden, wenn sie sich gegen Bundeswehrwerbung an Schulen stellten.

## Militärische Lösungen mit hohem Coolnessfaktor

In Stefanie Wedys Fachseminar wurde nur wenig Kritik zu POL&IS laut. Ihr Vorschlag im Sinne der Ausgewogenheit auch eine\*n Friedensaktivist\*in einzuladen, wurde schnell abgebugelt und im Februar 2017 besuchte das Seminar für drei Tage eine Winterberger Kaserne. „Die POL&IS-Simulation wurde von zwei sehr eloquenten Jugendoffizieren durchgeführt, die fachlich gut geschult waren“, erinnert sich Stefanie Wedy. „Viele Teilnehmer\*innen waren angetan von ihrer Lockerheit, was vielleicht auch eine unkritische Haltung fördert.“ Das unterstreicht auch Michael Schulze von Glaßer: „Das Überwältigungsverbot gibt es nicht umsonst: Oft wird die Wirkung der Jugendoffizier\*innen auf Schüler\*innen unterschätzt. Die Soldat\*innen dürfen höchstens 30 Jahre alt sein und sollen gezielt cool rüberkommen. Nicht jede\*r kann Jugendoffizier\*in werden, das sagt die Bundeswehr selbst.“ Nach jeder Spielrunde bewerten die Jugendoffizier\*innen die Spielzüge der Teilnehmer\*innen und obwohl es ein über 100-seitiges Handbuch gibt, sind die Soldat\*innen bei ihren Bewertungen nicht daran gebunden. Die Teilnehmer\*innen werden zu Spielbeginn einer Region wie Russland, Europa, Arabien, China oder Amerika zugelost. Stefanie Wedy spielte für Arabien. „Allein schon die Vereinfachung eines komplexen Staatengefüges zur ‚Region Arabien‘ ist total realitätsfern“, meint sie. Im Spielverlauf verbreiten fiktive Nachrichtenmeldungen Konflikte. Spielkarten stellen den Teilnehmer\*innen acht Reaktionsszenarien zur Auswahl, von denen fünf gewalttätig sind und den Einsatz von Streitkräften sowie A-, B- oder C-Waffen verlangen. Welches Wissen generieren Schüler\*innen daraus? Michael Schulze von Glaßer fragt weiter: „Warum wird POL&IS von der Bundeswehr angeboten und nicht von der Bundeszentrale für politische Bildung?“

### Verpflichtung für eine friedliche Orientierung

An rund 60 Hochschulen bundesweit existiert heute eine Zivilklausel. „Sie ist die Selbstverpflichtung der Hochschulen in Lehre, Studium und Forschung friedliche und zivile Ziele zu verfolgen“, erklärt Senta Pineau, die als Studentin im Senat der Universität Köln sitzt und 2010 den „Arbeitskreis Zivilklausel“ mitgegründet hat. Im selben Jahr formulierten rund 5.000 Studierende via Urabstimmung ihren politischen Willen für eine strikt zivile Universität und 160 Hochschulbeschäftigte unterstützten in einer Unterschriftenkampagne des Arbeitskreises die Forderung nach einer Zivilklausel. Der Kampf der Aktivist\*innen zahlte sich 2014 endlich aus, als die Hochschulen in NRW sich mit dem neuen Hochschulgesetz einer demokratischen, friedlichen und nachhaltigen Welt verpflichteten und ab 2015 eine Zivilklausel in ihre Grundordnungen aufnahmen. Das war ein wichtiger Schritt: Hochschulen erheben wieder gesellschaftspolitisch, positive Ansprüche, die Bedeutung für den Lauf der Welt haben.

So auch die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen: Ende August 2017 wurde bekannt, dass die Universität im Auftrag von Rheinmetall eine Machbarkeitsstudie für den Bau einer Panzerfabrik in der türkischen Stadt Karasu plant. „Immer wieder hören wir von Verstößen gegen die Zivilklausel, aber es gibt auch immer die Möglichkeit den Kurs zu wechseln“, kommentiert Senta Pineau, was in Aachen geschah. In einer Pressemitteilung der RWTH heißt es schließlich: „Rückblickend war es ein Fehler seitens des Auftragnehmers, (...). Die RWTH fühlt sich nicht nur im Sinne der Gesetzgebung der friedlichen Forschung verpflichtet und betreibt keine Rüstungsforschung. (...) Entsprechend wurde der Auftrag auch vor Abschluss beendet.“ Hier greift der Einsatz der Zivilklauselbewegung und dient als Ermutigung und Orientierungspunkt: „Nicht mehr diejenigen, die Kriegsforschung kritisieren, müssen sich legitimieren, sondern diejenigen, die Kriegsforschung betreiben“, betont Senta Pineau.

### Beiß' nicht die Hand, die dich füttert! Oder doch?

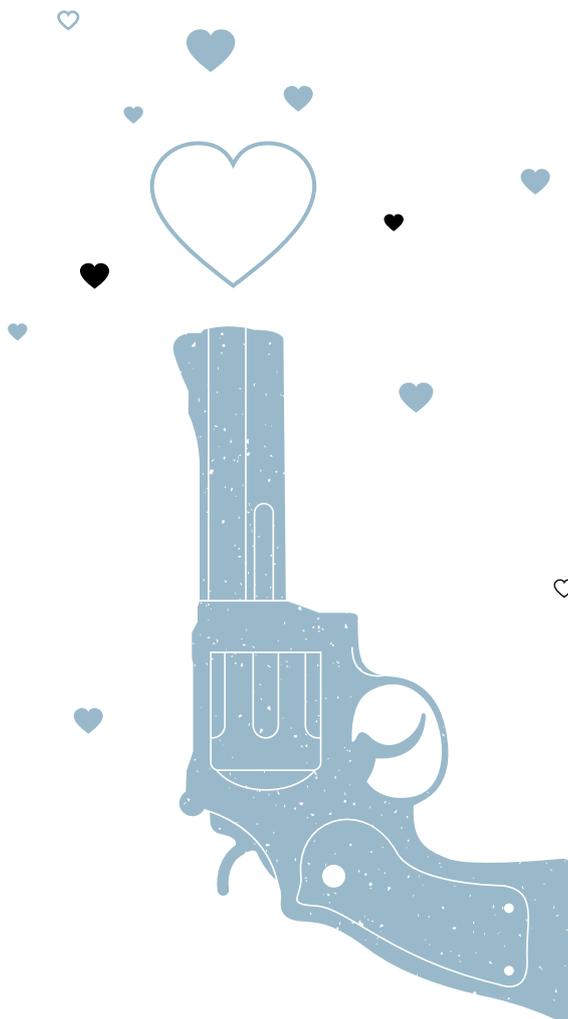
Und das Engagement des Arbeitskreises geht weiter: Die neue Landesregierung in NRW will nicht nur die Zivilklausel aus Hochschulgesetz streichen, sondern plant auch Studiengebühren für ausländische Studierende. Auch das ist eine Frage des Friedens. Deshalb hat der Senat der Universität zu Köln eine prinzipielle Stellungnahme zur geplanten Einführung von Studienbeiträgen für Studierende aus Nicht-EU-Ländern veröffentlicht. Senta Pineau erklärt: „Damit nehmen wir eine Vorreiterrolle für Internationalität und Frieden und gegen nationale Egoismen ein. Wir gehen in einen politischen Konflikt mit der Landesregierung, von der wir eigentlich abhängig sind“, macht sie deutlich.

Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière kündigte einen „ergebnisoffenen Dialog“ bezüglich der Zivilklausel an. Was steckt dahinter? Promotionsstudent Stefan Brackertz, der sich ebenfalls im „Arbeitskreis Zivilklausel“ engagiert, rückt den sogenannten Dual-Use in den Fokus, also Erfindungen und Forschungsergebnisse, die umgewidmet zur Katastrophe führen können: „In den Positionspapieren der Bundesregierung ist Dual-Use eine Strategie, um sowohl Rüstungs- als auch Sicherheitsindustrie zu stärken. Zivilklauseln stehen dem

zynischen Plan im Weg, mehr Profit aus Krieg und Angst zu schlagen, weswegen die Bundesregierung sie abschaffen will.“ Seit Einführung der Zivilklausel im März 2015 an der Uni Köln hat Stefan Brackertz den Eindruck, dass Fachbereiche, die schon immer einen gesellschaftlichen Beitrag geleistet haben, das jetzt noch selbstbewusster tun. Als ein Resultat der Zivilklauselbewegung entstand das Seminar „Physik & Ethik“, das Dozent\*innen gemeinsam mit Studierenden wöchentlich organisierten. In der Physik ist die Auseinandersetzung mit Fragen von Krieg und Frieden historisch bedingt, nun befassten sich zahlreiche Teilnehmer\*innen erneut damit: Ist eine Welt ohne Atomwaffen noch gefährlicher? Was bedeutet langfristig künstliche Intelligenz? Die Diskussionen werden in der Fachschaftszeitung dokumentiert, um sie der Hochschulöffentlichkeit zugänglich zu machen.

Das Engagement der Studierenden ist oft initial und richtungsweisend, aber die Frage nach friedlicher und ziviler Wissenschaft ist unabhängig vom Alter und von der eigenen Rolle innerhalb der Hochschule, weswegen sich viele unterschiedliche Menschen engagieren. „Die verstärkte Diskussion über Sinn und Zweck der Wissenschaft und ihre Indienstnahme für Zerstörung und Krieg führt zu einem höheren Grad an politischem Bewusstsein und Gesellschaftlichkeit“, fasst Senta Pineau zusammen. „Das ist die Voraussetzung für eine wissenschaftliche Tätigkeit in gesellschaftlicher Verantwortung.“

**Roma Hering**  
ist freie Journalistin.



# Antisemitismus begegnen



**Wenn auf Schulhöfen „Jude“ zum Schimpfwort avanciert und Kinder und Jugendliche sich nicht mehr trauen, offen zu ihrem jüdischen Glauben zu stehen, ist es höchste Zeit über Antisemitismus zu reden. Wie können Lehrer\*innen helfen, Hass und Vorurteile abzubauen?**

Antisemitismus ist auch im Jahr 2017 ein akutes Problem. Aktuelle Untersuchungen weisen darauf hin, dass knapp ein Viertel der deutschen Bevölkerung latent antisemitische Einstellungen teilt. Dabei ist Antisemitismus nicht nur ein Problem bestimmter Randgruppen, sondern ebenso eines der gesellschaftlichen Mitte. Kennen aber die, die diesen Einstellungen anhängen, jüdische Menschen eigentlich persönlich? Haben die, die antisemitische Vorurteile pflegen, je Kontakt zu jenen gehabt, über die sie ihr Urteil fällen? Das dürfte unwahrscheinlich sein – der Anteil der Menschen jüdischen Glaubens an der deutschen Bevölkerung beträgt lediglich 0,24 Prozent. Im öffentlichen Leben sind jüdische Religion und jüdische Kultur kaum präsent.

Dabei ist erwiesen, dass eben genau der persönliche Kontakt das beste Mittel ist, Vorurteilen und Stereotypen entgegenzuwirken. Was hilft, sind die Begegnung und das Kennenlernen. Wenn Kinder und Jugendliche überhaupt mit dem Judentum in Kontakt kommen, geschieht dies in den allermeisten Fällen über Bildungseinrichtungen. Dabei sollte die Erinnerung an den Holocaust in Schule und Unterricht selbstverständlich sein. Nur darf die Folge nicht sein, dass Jüd\*innen lediglich als Opfer gesehen und jüdische Geschichte und jüdisches Leben auf die Geschichte der Shoa reduziert werden. Wie können also darüber hinaus in der pädagogischen Arbeit Begegnungen mit jüdischer Religion, jüdischer Kultur und jüdischem Leben möglich gemacht werden? Zahlreiche Projekte in NRW machen das Kennenlernen möglich und unterstützen interessierte Lehrkräfte.

## Alte Synagoge Essen: Eindrucksvolle Kulisse

Die Alte Synagoge in Essen ist ein eindrucksvolles Gebäude – das größte freistehende Synagogengebäude nördlich der Alpen. Bereits die Geschichte des Hauses eröffnet einen

Zugang zu Vergangenheit und Gegenwart jüdischen Lebens in Deutschland. 1913 als „Neue Synagoge“ eingeweiht und während der Novemberpogrome am 9. November 1938 zerstört, wurde das Gebäude anschließend nie wieder als Synagoge genutzt. Die Ruine stand nach Kriegsende zunächst leer und wurde dann unter dem Namen „Haus Industrieform“ zweckfremd genutzt: als Ausstellungsstätte für Industriedesign. Erst in den 1980er Jahren gelang es, den alten Synagogenraum zu rekonstruieren und eine Ausstellung einzurichten. Heute versteht man sich ausdrücklich als kulturelles Begegnungszentrum.

Fünf Ausstellungsbereiche widmen sich unter anderem der jüdischen Tradition, jüdischen Festen und dem jüdischen „Way of Life“. Dabei ist den Ausstellungsmacher\*innen daran gelegen, ungewöhnliche Einblicke in jüdische Lebenswelten zu bieten und jüdische Lebenskultur fernab bestehender Klischees zu präsentieren. Neben der Dauerausstellung und wechselnden Sonderausstellungen gehören Angebote zur jüdischen Kultur zu den Programmschwerpunkten der Alten Synagoge Essen. Auch wenn das Gebäude nicht mehr von der jüdischen Gemeinde genutzt wird, richten sich auch heute noch antisemitische Angriffe gegen die Alte Synagoge, die aus diesem Grund auch unter besonderem polizeilichen Schutz steht.

## Rent a Jew: Mit Humor und ein bisschen Chuzpe

„Deinen ersten vergisst Du nie.“ Mit diesem Motto macht das Projekt „Rent a Jew“ auf sich aufmerksam. Aus der Überzeugung heraus, dass es insbesondere persönliche Begegnungen sind, die nachhaltige Lernerfahrungen ermöglichen, vermittelt die Initiative jüdische Menschen verschiedenen Alters und Hintergrundes für Besuche in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. „Rent a Jew“ will dazu beitragen, miteinander statt übereinander zu reden, Fragen auf beiden Seiten zu beantworten und Vorurteile abzubauen.

Der Name der Initiative ist bewusst provokativ gewählt. Die Initiator\*innen erklären dies so: „Warum ‚Rent a Jew‘? Autos kann man mieten, aber Juden? Das mag zunächst verletzend klingen. Schließlich behaupten Antisemit\*innen seit Hunderten von Jahren, dass Juden weniger wert seien als andere Menschen. Wir sind es leid, solche Zuweisungen zu hören. Und wir glauben, dass Humor gemischt mit ein

### punktgenau

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Antisemitismus-Definition der Bundesregierung, September 2017

bisschen Chuzpe das beste Mittel ist, um alte Klischees und Vorurteile zu widerlegen und zu zeigen, wie absurd sie sind.“ Natürlich fällt keine Mietgebühr an, die Mitglieder arbeiten ehrenamtlich, lediglich über eine Erstattung eventuell entstehender Fahrtkosten freut man sich. Die Initiative vermittelt dabei nicht nur passende Gesprächspartner\*innen, sondern berät auch bei der Themenwahl und hilft bei der Vorbereitung der Besuche.

### Jüdisches Museum Westfalen: Kultur zum Mitmachen

Auch im Jüdischen Museum Westfalen in Dorsten gibt es vielfältige Möglichkeiten, das Judentum kennenzulernen. Der private Trägerverein des 1992 gegründeten Hauses macht es sich zur Aufgabe, die Spuren jüdischen Lebens in Westfalen nachzuzeichnen und sie zu bewahren. Das Museum ist ausdrücklich als „Lernhaus“ angelegt und will zum Verstehen des Judentums, seiner Religion und Kultur beitragen. In der sehenswerten Ausstellung können Besucher\*innen etwas über die Grundbegriffe des Judentums erfahren, jüdischen Lebenswegen in Westfalen nachspüren und sich über den Neubeginn jüdischen Lebens in Westfalen nach der Shoa informieren. Daneben bietet das Museum zahlreiche pädagogische Angebote, die sich um die jüdische Kultur drehen, darunter zum Beispiel auch Tanz- und Kochworkshops. Für Lehrer\*innen führt das Museum maßgeschneiderte Fortbildungsangebote durch, etwa zu Abiturthemen, in denen das Judentum eine Rolle spielt.

### Jüdische Gemeinden: Besuche vor Ort

Vor Ort bieten jüdische Gemeinden und die in zahlreichen Städten NRW aktiven Gesellschaften für jüdisch-christliche Zusammenarbeit pädagogische Angebote an. In Gelsenkirchen etwa heißt die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Judith Neuwald-Tasbach, regelmäßig Schüler\*innengruppen in der Neuen Synagoge willkommen. Sie hält diese Besuche für äußerst geeignet, um Kindern und Jugendlichen einen lokalen Einblick in die jüdische Welt und die Erinnerung an

das Dritte Reich zu geben. Schüler\*innen sollen, so Judith Neuwald-Tasbach, „die Geschichte damaliger jüdischer Jugendlicher aus ihrer Stadt kennenlernen, die irgendwann einfach ‚verschwunden‘ sind, und sich auch Einblick verschaffen in das heutige jüdische Leben. In die jüdische Religion und Kultur, in die Riten und die Speisegesetze, und auch in die Sorgen, die jüdische Menschen heute in Deutschland wieder haben.“ Zu diesen Sorgen gehöre, so erzählt Judith Neuwald-Tasbach weiter, dass jüdische Jugendliche erleben müssten, dass das Schimpfwort „du Jude“ immer häufiger gebraucht werde und sie ausgegrenzt würden, wenn sie ein Käppchen oder einen Davidstern tragen. Manche jüdische Schüler\*innen wollten nicht einmal, dass die Zensur für das Fach Jüdische Religion im Zeugnis erscheint – aus Angst davor, dass die Mitschüler\*innen erfahren, dass sie jüdisch sind. Die jüdischen Gemeinden öffneten sich auch deshalb für den Besuch von Schulen und Interessierten, erklärt die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Gelsenkirchens: „Wir alle haben die Hoffnung, dass es eines Tages ganz normal ist, als Jude in Deutschland zu leben.“ Zusätzlich zu der Möglichkeit, die Neue Synagoge zu besuchen, bietet die Gelsenkirchener Gemeinde ein ▶▶



### Zustimmungen und Ablehnungen von Aussagen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Jahr 2016 (Auszüge)

Ich stimme...	überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
<b>TRADITIONELLER ANTISEMITISMUS</b>				
Jüd*innen haben in Deutschland zu viel Einfluss.	77,8%	13,4%	4,5%	4,3%
Durch ihr Verhalten sind Jüd*innen an ihren Verfolgungen mitschuldig.	81,5%	11,2%	5,2%	2,1%
<b>SEKUNDÄRER UND ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS</b>				
Viele Jüd*innen versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reichs heute ihren Vorteil zu ziehen.	57,2%	17,3%	14,7%	10,9%
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Jüd*innen hat.	38,6%	21,1%	23,2%	17,2%
Was der Staat Israel heute mit den Palästinenser*innen macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Jüd*innen gemacht haben.	53,4%	22,0%	15,3%	9,3%

Quelle: Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause: *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016.*

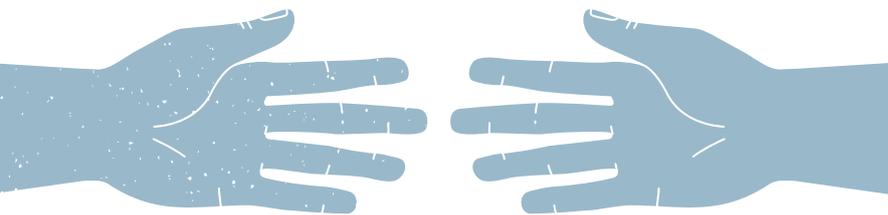
umfangreiches Bildungs- und Kulturprogramm an, welches Einblicke in jüdische Geschichte und Gegenwart bietet. In Kooperation mit der Gesellschaft für jüdisch-christliche Zusammenarbeit werden etwa Stadtführungen veranstaltet, die die Spuren jüdischen Lebens in der Ruhrgebietsstadt sichtbar werden lassen.

#### Gute Vor- und Nachbereitung sind ein Muss

So wertvoll Begegnungsveranstaltungen sind – sie stellen leider kein Allheilmittel gegen Antisemitismus dar und können selbst einige Fallstricke bieten. So kann es auch bei gut gemeinten Projekten dazu kommen, dass andere erst zu anderen gemacht oder Vorurteile unbeabsichtigt verstärkt werden. Um das zu vermeiden ist eine gute Vor- und Nachbereitung pädagogischer Vorhaben in diesem Themenbereich unabdingbar. Methoden hierzu und weitere Empfehlungen für die pädagogische Arbeit bietet die hervorragende Broschüre „Weltbild Antisemitismus – Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ des Bildungszentrums Anne Frank, die zum kostenfreien Download zur Verfügung steht.

#### Florian Beer

ist Mitglied der AG Friedenspädagogik und der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW NRW.



#### pluspunkt

##### Alte Synagoge Essen

[www.alte-synagoge.essen.de](http://www.alte-synagoge.essen.de)

##### Projekt „Rent a Jew“

[www.rentajew.org](http://www.rentajew.org)

##### Jüdisches Museum Westfalen

[www.jmw-dorsten.de](http://www.jmw-dorsten.de)

##### Jüdische Gemeinde Gelsenkirchen

[www.jggelsenkirchen.de/besichtigung](http://www.jggelsenkirchen.de/besichtigung)

##### Gesellschaften für jüdisch-christliche Zusammenarbeit

[www.deutscher-koordinierungsrat.de/liste-gesellschaften](http://www.deutscher-koordinierungsrat.de/liste-gesellschaften)

##### Bildungsstätte Anne Frank: Broschüre „Weltbild Antisemitismus – Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft“

[www.tinyurl.com/bsaf-antisemitismus](http://www.tinyurl.com/bsaf-antisemitismus)

##### Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, BMI: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen

[www.tinyurl.com/bmi-antisemitismus](http://www.tinyurl.com/bmi-antisemitismus)

#### Impressum

##### Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW  
Nünningstraße 11, 45141 Essen

##### punktlandung-Redaktion

Anja Heifel, Sherin Krüger, Jessica Küppers  
fon 0201-2940355  
mail [punktlandung@nds-verlag.de](mailto:punktlandung@nds-verlag.de)

##### punktlandung-Satz und Bildredaktion

Daniela Costa – bureau.de

##### Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH  
Postfach 10 27 52, 45027 Essen  
mail [info@nds-verlag.de](mailto:info@nds-verlag.de)  
web [www.nds-verlag.de](http://www.nds-verlag.de)

##### Titelmotiv der punktlandung:

KateChe / shutterstock.com

##### Motiv Rückseite:

Julia Timm / shutterstock.com



##### Julia Löhr, Jugendbildungsreferentin

fon 0201-2940384

mail [jungegew@gew-nrw.de](mailto:jungegew@gew-nrw.de)

web [www.gew-nrw.de/junge-gew-nrw](http://www.gew-nrw.de/junge-gew-nrw)

Aktionen für faire Bezahlung für alle Lehrkräfte in NRW

## Fünf Schulformen - ein Ziel

Vertreter\*innen aus den GEW-Landesfachgruppen der Sekundarstufe I und der Grundschule bereiten in diesem Jahr gemeinsam „JA-13-Aktionen für faire Besoldung in NRW“ vor. Worum geht es genau? Und wie können Kolleg\*innen mitmachen? Die nds hat mit den Aktiven gesprochen.

**nds:** Warum habt ihr euch zusammengetan und was wollt ihr erreichen?

**Heike Böving, Gesamtschule:** Die Fachgruppe Grundschule hat im November 2016 mit öffentlichen Aktionen darauf aufmerksam gemacht, dass eine gleiche Besoldung aller Lehrkräfte in NRW dringend geboten ist, denn die Ausbildung ist seit 2009 für alle Lehrer\*innen gleich lang und die Anforderungen sind äquivalent. Genau wie an Grundschulen arbeiten auch an Haupt-, Real-, Gesamt-, Gemeinschafts-, Sekundar- und PRIMUS-Schulen überwiegend Kolleg\*innen, die in A 12 oder EG 11 eingruppiert sind. Sie leisten gleichwertige Arbeit wie ihre Kolleg\*innen in anderen Schulformen, die jedoch besser bezahlt werden. Kolleg\*innen, die nach den alten Regelungen eine kürzere Ausbildung absolviert haben, gleichen das mit ihrer langjährigen Erfahrung mehr als aus.

Die GEW NRW fordert: Die ungleiche Bezahlung muss beendet werden! Alle verbeamteten Lehrer\*innen in NRW müssen im Eingangssamt mit A 13Z besoldet werden, Tarifbeschäftigte entsprechend nach EG 13. Deshalb stellen wir in diesem Jahr gemeinsam mit allen fünf Schulformen eine zentrale Aktion auf die Beine.

### Vor Ort mitmachen!

Wir brauchen die Unterstützung unserer Kolleg\*innen aus den Grund-, Haupt-, Real-, Gesamt-, Gemeinschafts-, Sekundar- und PRIMUS-Schulen aus ganz NRW. Kämpft mit uns für gerechte Bezahlung!

#### Düsseldorf (zentrale Aktion)

**Termin:** 21.11.2017, 15.00 Uhr  
**Ort:** Platz des Landtags, 40221 Düsseldorf

#### Bielefeld

**Termin:** 20.11.2017, 15.30 Uhr  
**Ort:** Jahnplatz, 33602 Bielefeld

#### Münster

**Termin:** 23.11.2017, 15.00 Uhr  
**Ort:** Platz an der Stubengasse, 48143 Münster

Mehr Infos: [www.tinyurl.com/aktionswocheja13](http://www.tinyurl.com/aktionswocheja13)

**nds:** NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer hat eine Besoldungsreform angekündigt. Ist Protest trotzdem weiter nötig?

**Susanne Huppke, Grundschule:** Die Ankündigung der Ministerin ist ein positives Signal. Ungeklärt ist aber insbesondere die Frage, wie Kolleg\*innen einbezogen werden, die vor 2009 studiert haben. Wir werden daher am 21. November 2017 in Düsseldorf vor dem Landtag ein markantes Zeichen für eine gleiche Besoldung aller Lehrer\*innen in NRW setzen, indem wir eine „A 13“ aus Menschen formen. Bei der anschließenden Kundgebung spricht die GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. Die GEW NRW ruft alle Kolleg\*innen auf, sich zu beteiligen.

**nds:** Wie können sich Kolleg\*innen beteiligen, die es nicht nach Düsseldorf schaffen?

**Marie-Luise Tebbe, Hauptschule:** Wer nicht persönlich dabei sein kann, kann auch zu Hause ein Selfie machen, mit dem die Forderung nach A 13 für alle Lehrkräfte unterstützt wird. Für alle, die Düsseldorf schlecht erreichen können, planen wir weitere Aktionen am 20. November 2017 in Bielefeld und am 23. November 2017 in Münster. Außerdem ist unsere Unterschriftensammlung „Gleiches Gehalt für ALLE Lehrerinnen und Lehrer“ bei open Petition wieder geöffnet.

**nds:** Warum finden die Aktionen eigentlich im November statt?

**Astrid Tjardes, Grundschule:** Unsere Aktionen finden im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche der GEW statt, die sich am umgekehrten Equal Pay Day orientiert. Von Mitte November bis zum Jahresende arbeiten viele Lehrer\*innen in NRW unbezahlt, legt man die Besoldung nach A 13Z zugrunde – und das jedes Jahr. Wir fordern eine faire Besoldung an 365 Tagen im Jahr!

Die enorme Zahl unbesetzter Stellen an Grundschulen zeigt, dass für junge Kolleg\*innen bei ihrer Berufswahl die späteren Verdienstmöglichkeiten eine große Rolle spielen. Im Lehramt für Gymnasien und Gesamtschulen sind gleichzeitig

mehrere tausend ausgebildete Lehrkräfte unversorgt. Bei gleicher Besoldung und ähnlichen Arbeitsbedingungen hätten wir diese Disparität vermutlich nicht.

**nds:** Ist es Zufall, dass in der Vorbereitungsgruppe ausschließlich Frauen sind?

**Ute Tambornino, Realschule:** Das ist kein Zufall, denn Frauen sind überproportional oft in den schlechter bezahlten Lehrämtern zu finden. Wir haben es mit einer mittelbaren Geschlechterdiskriminierung zu tun. Mit der finanziellen Aufwertung fordern wir gleichzeitig mehr Wertschätzung für die Arbeit, die Kolleg\*innen an den Schulen oft unter schwierigen Bedingungen leisten. //

*Die Fragen für die nds stellte Anja Heifel.*

### Online mitmachen!

Unterstützt unsere Forderung nach gerechter Bezahlung für alle Lehrer\*innen zusätzlich auch online!



#### Selfie-Aktion

1. Mach ein (Gruppen-)Selfie mit deiner persönlichen JA-13-Forderung.
2. Poste dein Foto im Aktionszeitraum ab dem 13.11.2017 in deinem Facebook-Profil und hilf uns, unsere Forderungen zu verbreiten!
3. Wir bündeln alle Fotos in einer bunten JA-13-Galerie. Schick dein Foto auch an uns: [aktion@gew-nrw.de](mailto:aktion@gew-nrw.de)

#### Unterschriftensammlung

Bei openPetition sammelt die GEW Köln Unterschriften unter dem Motto „Gleiches Gehalt für ALLE Lehrerinnen und Lehrer“. Am besten sofort unterschreiben: [www.tinyurl.com/petition-ja13](http://www.tinyurl.com/petition-ja13)

## Kleine Regierungserklärung

**Auf dem Weg zur „besten Bildung“?**

**Neuen Amtsinhaber\*innen oder neuen Landesregierungen werden in aller Regel 100 Tage Schonfrist gewährt. Eine Zeit, um sich einzuarbeiten und erste Erfolge vorzuweisen. Eine Frist, in der die Bewertung zurückhaltend erfolgt. Der 4. Oktober 2017 war insofern doppelt bedeutsam: Die schwarz-gelbe Landesregierung zog vor der Presse erste Bilanz, während Schulministerin Yvonne Gebauer ihre kleine Regierungserklärung im Ausschuss für Schule und Bildung des Landtags vorstellte. Erklärtes Ziel: die „beste Bildung“.**

Die Schulministerin erneuerte und bekräftigte das politische Versprechen, „Aufstieg durch Bildung“ für jedes Kind und unabhängig von seiner Herkunft gewährleisten zu wollen. Wer das will, muss vor allem die Bedingungen in den Schulen verbessern. Daher bedarf es schnell der notwendigen Konkretisierungen, da im Schulausschuss keine unwesentlichen politischen Zusagen erfolgten: Die neue Landesregierung wolle eine Verbesserung der Versorgung mit Lehrer\*innen sowie die Senkung der Relation Schüler\*innen je Stelle und die Bildung kleinerer Klassen und Lerngruppen.

#### **Lehrkräftemangel bekämpfen: Besoldungsreform und Imagekampagne**

Lehrer\*innen werden erfreut hören, dass sie als „tragende Säule eines guten Bildungssystems“ bezeichnet werden. Sie erwarten aber vor allem klare und erfolgversprechende politische Antworten, wie dem dramatischen Lehrkräftemangel begegnet werden soll, der die Arbeitsbedingungen verschlechtert und die Qualität schulischer Arbeit massiv bedroht. Der kleinen Regierungserklärung waren diesbezüglich zwei Ankündigungen zu entnehmen:

Überraschend war die Aussage zur Besoldungsreform: „Wir werden die besoldungsrechtlichen Konsequenzen der Lehrerausbildungsreform des Jahres 2009 ziehen.“ Weder im Koalitionsvertrag noch in der Regierungserklärung von Armin

Laschet war das bislang so gesagt worden. Ohne den Tag vor dem Abend loben zu wollen, muss man hier von einer entscheidenden Kursänderung bisheriger Landespolitik sprechen. SPD und Die GRÜNEN haben sich in ihrer Regierungszeit in dieser Frage als beratungsresistent erwiesen. Für ihre Versprechungen im Wahlkampf und ihre nun vorgelegten Anträge gilt der alte Satz, dass das Leben all diejenigen bestraft, die zu spät kommen. Die Ankündigung der Schulministerin, deren Umsetzung nun zügig folgen sollte, macht allerdings auch klar, dass die Auseinandersetzung um eine gerechte Besoldung weitergehen wird. Ihre Ankündigung kann sich nämlich nur auf die Lehrer\*innen beziehen, die mit Bachelor-/Masterabschluss eingestellt wurden oder werden. Inwiefern Lehrkräfte mit anderer Ausbildung einbezogen werden – wie von der GEW NRW gefordert –, wird sicher ein hart umkämpfter Streitpunkt werden.

Weniger überraschend war die Bekräftigung, dass die neue Landesregierung eine Image- und Werbekampagne für den Lehrer\*innenberuf starten wird. Mit ersten Vorarbeiten wurde bereits begonnen, die europaweite Ausschreibung ist in Vorbereitung. Geht es nach den Vorschlägen des Schulministeriums, so startet die Kampagne im März 2018. Gut wäre es sicher, wenn in der Kampagne deutlich wird, wie die Landesregierung Wertschätzung der Lehrer\*innen definiert.

Von einer Anerkennung und Senkung der zu hohen Arbeitszeit und der zu großen Belastung war in Yvonne Gebauers kleiner Regierungserklärung nicht die Rede. Schulverwaltungsassistent\*innen und Entbürokratisierung allein werden es sicher nicht richten. Die Bekämpfung des Lehrkräftemangels ist ein Paradebeispiel dafür, dass schnell wirksame Maßnahmen ergriffen werden müssen und wohlfeile Wahlprogramme allein den Schulen nicht helfen. Die digitale und schulscharfe Erfassung des Mangels ändert nichts an der Lage, denn die zweifellos notwendigen Kampagnen wirken deutlich zeitversetzt. 100 Tage lang geht es ohne Konkretisierungen, jetzt muss mehr kommen.

#### **Fortbildung der Lehrer\*innen: Weiterentwicklung mit Fragezeichen**

In der ersten Jahreshälfte 2018 will das Schulministerium ein Konzept zur Neujustierung der Lehrer\*innenfortbildung vorlegen. Eine Steigerung der Qualität, eine größere Bedarfsorientierung, bessere Alltagstauglichkeit und Nachhaltigkeit sollen zentrale Kriterien für die Weiterentwicklung sein. Was das für die „Qualitäts- und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule“ in Soest, für die Kompetenzteams, die schulischen Fortbildungsbudgets oder gar die den Lehrer\*innen zur Verfügung gestellten Zeitressourcen bedeutet, blieb unklar. Ein wesentlicher Beitrag zu einer verbesserten Fortbildung wäre es, wenn zum Beispiel die unselige Regelung in der Allgemeinen Dienstordnung endlich gestrichen würde, nach der die Genehmigung von Fortbildung während der Unterrichtszeit in der Regel voraussetzt, „dass eine Vertretung gesichert ist oder der Unterricht vorgezogen oder nachgeholt oder Unterrichtsausfall auf andere Weise vermieden wird“.

### Schulische Inklusion: Quadratur des Kreises

„Qualität statt Tempo“ lautet die Vorgabe – so weit, so gut. Auf die Quadratur des Kreises scheint es jedoch hinauszulaufen, wenn die folgenden Vorgaben aus der kleinen Regierungserklärung umgesetzt werden sollen: Die Wahlmöglichkeit der Eltern soll gewahrt bleiben und kein Förderort zulasten eines anderen benachteiligt werden. Die Ressourcen sollen konzentriert und die Zahl der Standorte des Gemeinsamen Lernens insgesamt reduziert werden. Erste Konkretisierungen – wie die Beschränkung des Gemeinsamen Lernens am Gymnasium auf den zielgleichen Unterricht, die Einrichtung von sonderpädagogischen Fördergruppen an Regelschulen oder von Regelschulgruppen an Förderschulen – verheißen nichts Gutes.

### Integration: Erlass soll Klarheit bringen

Im Sommer 2016 stieß eine Erlassänderung zur Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen auf massive Kritik – auch vonseiten der GEW NRW. Schulministerin Yvonne Gebauer kündigte nun eine Klärung der rechtlichen Grundlagen mit Hilfe eines neuen Erlasses an, der die Handlungssicherheit für alle Akteur\*innen erhöht. Bleibt zu hoffen, dass dies auch die Schulaufsicht einschließt.

### Schulzeitverkürzung: Ein schlankes Gesetz für G9

Wie die Leitentscheidung für G9 schulrechtlich umgesetzt werden soll, wird einem Referentenentwurf für eine Schulgesetzänderung zu entnehmen sein, der noch im November 2017

vorliegen soll. Anfang 2018 ist dann mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu rechnen. Die Umsetzung in den Schulen startet zum Schuljahr 2019/2020 mit zwei Jahrgängen, nämlich den derzeitigen dritten und vierten Klassen. Geplant ist ein schlankes Gesetz ohne Festlegungen zur Stundentafel oder zum Beginn der zweiten Fremdsprache. Etwaige Mehrbelastungen der kommunalen Schulträger sollen in einem begleitenden Verfahren geregelt werden. Blaupause scheint hier das Verfahren bei der Gesetzgebung zum Ausgleich der kommunalen Kosten bei der Inklusion zu sein.

### Unterstützung der Schulträger: Alle Schulen ans Netz

Neun Millionen Euro zusätzlich in einem ersten Schritt im Haushalt 2018 und eine „dauerhafte Dynamisierung“ der Schulpauschale hat die Landesregierung zugesagt. Sie sollen nicht zuletzt einen Beitrag zur Digitalisierung der schulischen Bildung leisten. Das Land verspricht, dass alle Schulen bis 2021 einen leistungsfähigen Anschluss an das World Wide Web erhalten.

### Sozialindex: Schulen im Wettbewerb

Es ging wohl nicht anders: Ein Wettbewerb unter Schulen muss sein in einem freidemokratisch geführten Schulministerium. So sollen also im Jahr 2018 Schulen und Schulträger in den Wettbewerb zur Findung der 30 Talentschulen treten. Hoffnungsvoll stimmt es hingegen, dass die Schulministerin vorgibt, dass die sozialräumliche Situation von Schulen in den Blick genommen werden muss, und sie einen „geschärften Sozialindex“ ankündigt.

### Bilanz nach 100 Tagen: Politik- marketing und die Mühen der Ebenen

In einer Presseerklärung der CDU NRW zur 100-Tage-Bilanz des Ministerpräsidenten Armin Laschet lautet eine Kapitelüberschrift „NRW geht schlauer“. Man sieht sich natürlich auf gutem Weg – Politikmarketing. Da heißt es zum Beispiel: „Wie versprochen, haben wir die Schließung von Förderschulen gestoppt.“ Die kleine Regierungserklärung verdeutlichte, dass die Erkenntnis gewachsen ist, dass der Alltag des Regierungshandelns manche Modifikation von Wahlkampfpositionen erfordert. Förderschulen erhalten oder schließen die Schulträger – nicht die Landespolitik. CDU und FDP stehen nun vor den Mühen der Ebenen. //



GEW NRW: Landesregierung passt Bezahlung der Lehrkräfte an. GEW NRW begrüßt die angekündigte Besoldungsreform  
[www.tinyurl.com/besoldungsanpassung](http://www.tinyurl.com/besoldungsanpassung)



GEW NRW: Was steckt hinter der Besoldungsreform? Was wir wissen, was unklar ist, was wir fordern!  
[www.tinyurl.com/besoldungsreform](http://www.tinyurl.com/besoldungsreform)



GEW NRW: Inklusion muss Aufgabe aller Schulformen bleiben. Vier Verbände legen ein gemeinsames Positionspapier vor  
[www.tinyurl.com/inklusion-positionspapier](http://www.tinyurl.com/inklusion-positionspapier)



Dorothea Schäfer  
Vorsitzende der GEW NRW

## Neue Beurteilungsrichtlinien

# Transparent und rechtssicher

Im September 2017 hat das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW neue Beurteilungsrichtlinien veröffentlicht, die ab 1. Januar 2018 in Kraft treten. In einer durch das MSB NRW einberufenen AG, bestehend aus Vertreter\*innen des Schulministeriums, der Bezirksregierungen, der Hauptpersonalräte und der Schwerbehindertenvertretung, konnten die GEW-Hauptpersonalräte eine Reihe von Verbesserungen für die Beschäftigten erreichen.



Illustration: iStock.com/Anjana2171985

Beurteilungen für Lehrkräfte werden auch nach den neuen Regelungen ausschließlich anlassbezogen erstellt: Die Schulleitung ist zuständig für Beurteilungen während der laufbahnrechtlichen Probezeit, vor einer Übertragung des ersten Beförderungsamtes, vor einer Beurlaubung zum Auslandsschuldienst sowie vor einer Verwendung im Hochschuldienst. Die Schulaufsicht erstellt Beurteilungen vor der Übertragung eines Amtes als Fachleiter\*in in der Lehrerbildung, vor der Übertragung eines Beförderungsamtes, vor der Erteilung eines Dienstzeugnisses, auf Wunsch vor einer Versetzung aus dienstlichen Gründen sowie vor dem Ende der Probezeit im Leitungsamt auf Probe.

Die neuen Beurteilungsrichtlinien beinhalten einige notwendige Anpassungen: Regelungen, die im Laufe der Zeit in einzelnen Erlassen geregelt worden waren, wurden beispielsweise eingearbeitet. Es gab jedoch auch strukturelle Veränderungen: Um die Schulaufsicht und die Schulleitungen zu entlasten und die Vergleichbarkeit der Beurteilungen zu verbessern, erfolgt mit den neuen Richtlinien die Umstellung vom Freitext- auf ein fünfstufiges Punktesystem.

### Beurteilungskriterien neu gewichtet

Die bisherigen Leistungs- und Befähigungskriterien wurden zusammengefasst und neu gewichtet. Die Kriterien wurden für Lehrer\*innen aller Schulformen und möglichst viele Perso-

nengruppen entwickelt, sind auf deren Aufgaben abgestimmt und haben nicht nur die Unterrichtstätigkeit im Fokus, sondern auch die Vielzahl der weiteren Aufgaben im Schulbereich. Die Beurteilung in der Probezeit und bei einer Bewerbung um das erste Beförderungsamte erfolgt demnach nach folgenden Kriterien: Unterricht, Diagnostik und Beurteilung, Erziehung und Beratung, Mitwirkung an der Schul- oder Organisationsentwicklung, Zusammenarbeit sowie soziale Kompetenz. Bei Bewerbungen um eine Funktionsstelle beurteilt die Schulaufsicht zusätzlich folgende Merkmale: Organisation und Verwaltung, Beratung sowie Personalführung und -entwicklung.

Für die Beurteilung in der Probezeit sowie vor dem ersten Beförderungsamte haben die Kriterien Unterricht, Diagnostik und Beurteilung sowie Erziehung und Beratung entscheidendes Gewicht. Bei der Beurteilung für Funktionsstellen sind die Kriterien für Leitung und Koordination sowie das Kriterium Zusammenarbeit. Die bei den einzelnen Beurteilungsmerkmalen vergebenen Noten müssen die Gesamtnote tragen. Die wesentlichen Gründe für die jeweilige Benotung sind in aller Regel darzulegen.

### Weitere Neuerungen im Detail

Der Beurteilungszeitraum wurde einheitlich auf die letzten drei Jahre vor dem Stichtag festgelegt. Nur noch diese drei Jahre müssen lückenlos durch Erkenntnisquellen abgedeckt sein.

Abordnungen und Teilabordnungen – auch außerhalb des Schulbereichs – sind in den Richtlinien geregelt.

Es wurden ausdrückliche Regelungen zu Erkenntnisquellen für die jeweiligen Beurteilungsanlässe entwickelt.

Die Nummer 10 der Richtlinie zur Durchführung der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX) im öffentlichen Dienst im Lande NRW wird zur Anlage der Beurteilungsrichtlinien gemacht.

Für die Beurteilung aus Anlass der Bewerbung um ein Amt als ZfSL- oder Seminarleitung ist bei den zukünftigen Beurteilungen die \*der Ausbildungsdezernent\*in zuständig.

Es gibt eine ausdrückliche Regelung für die Beurteilung der „kleinen“ Koordinator\*innen an den Schulen des längeren Gemeinsamen Lernens.

### Verbesserungen für Beschäftigte

Die GEW-Hauptpersonalräte haben erreicht, dass die neuen Beurteilungsrichtlinien transparenter, vergleichbarer und rechtssicherer gestaltet sind. Den Personalräten muss die Gelegenheit eingeräumt werden, an den zukünftig jährlichen Dienstbesprechungen teilzunehmen, in denen es vor allem um die Einhaltung einheitlicher Beurteilungsmaßstäbe geht.

Eigene Beurteilungsrichtlinien für tarifbeschäftigte Lehrkräfte konnten leider nicht erreicht werden. Daher gelten die neuen Richtlinien auch für sie. Merkmale, die in dem kurzen Beurteilungszeitraum ihrer nur sechsmonatigen Probezeit nicht beobachtet werden können, werden jedoch künftig nicht in die Beurteilung einbezogen. So ist sichergestellt, dass Tarifbeschäftigte nicht benachteiligt werden. //



**MSB NRW: Beurteilungsrichtlinien für Lehrkräfte sowie für Leiterinnen und Leiter an öffentlichen Schulen und Zentren für schulpraktische Lehrerbildung**  
[www.tinyurl.com/richtlinien-beurteilung](http://www.tinyurl.com/richtlinien-beurteilung)



**MSB NRW: Fragen und Antworten zu den ab 1. Januar 2018 geltenden Beurteilungsrichtlinien**  
[www.tinyurl.com/richtlinien-beurteilung-faq](http://www.tinyurl.com/richtlinien-beurteilung-faq)

## Ab wann gelten die neuen Richtlinien?

Bei Beurteilungen aus Anlass der Bewerbung auf eine ausgeschriebene Stelle sind die neuen Richtlinien dann anzuwenden, wenn die Stellenausschreibung nach dem 31. Dezember 2017 erfolgt.

Für die abschließende Beurteilung während der laufbahnrechtlichen Probezeit sind die neuen Richtlinien dann anzuwenden, wenn die Probezeit nach dem 31. März 2018 endet.



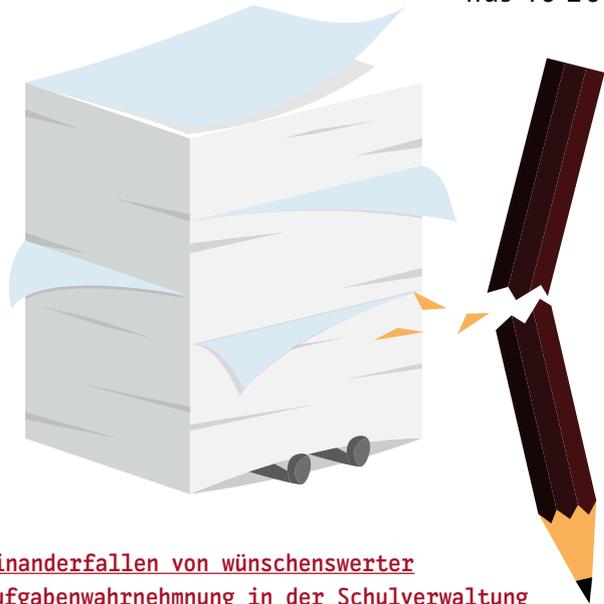
**Cetin Mogultay**

stellvertretender Vorsitzender des HPR Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen, Sekundarschulen und PRIMUS-Schulen beim MSB NRW

## Weiterentwicklung der Schulaufsicht

# Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die letzte Strukturveränderung der Schulaufsicht aus dem Jahr 2007 war fachlich unsinnig und verschlechterte die Arbeitssituation der Beschäftigten in der Schulverwaltung. Zehn Jahre später ist offensichtlich, dass eine Weiterentwicklung der staatlichen Schulaufsicht unvermeidlich ist.



Seit 2007 setzte sich der Trend fort, dass der Schulaufsicht neue und veränderte Aufgaben übertragen wurden, die nur zum Teil konkret formuliert oder sehr allgemein umschrieben werden. Personalressourcen und Aufgabenkatalog stehen dabei in krassem Missverhältnis.

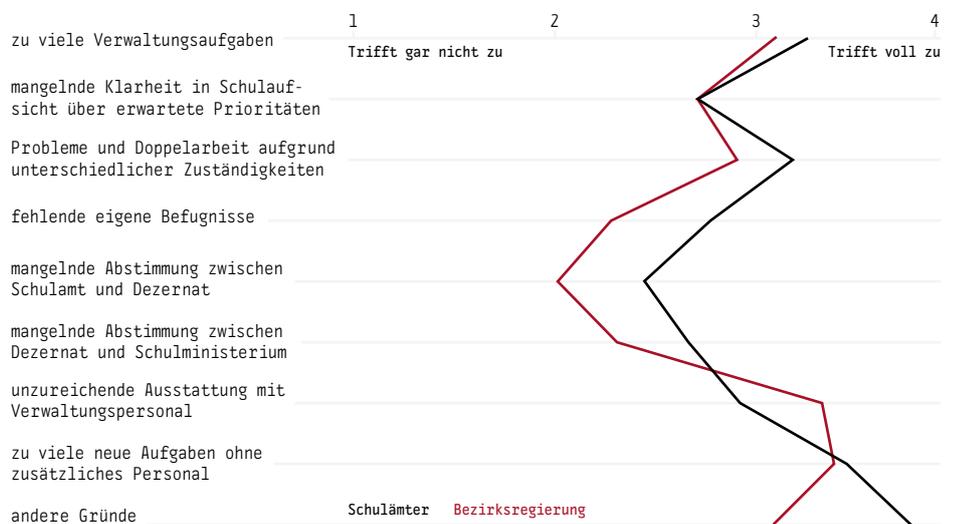
In ihrem vom Finanzministerium in Auftrag gegebenen Gutachten „Weiterentwicklung der Schulverwaltung des Landes NRW“ beschreiben Jörg Bogumil, Reiner M. Fahlbusch und Hans-Jürgen Kuhn sechs Modelle für eine Strukturreform. Sie votieren aus fachlichen und finanziellen Gründen für eine durchgängig zweistufige Schulaufsicht. Das heißt: „Auflösung der unteren Schulaufsicht und Umwandlung in regionale Schulbehörden (Außenstellen) der Bezirksregierungen, die teilweise für mehrere Kreise zuständig sind, Neuordnung der Aufsichtsstrukturen innerhalb der Bezirksregierungen.“ Durchaus strittig.

### Aufgaben klären

Breite Zustimmung fand jedoch die Situationsbeschreibung der Gutachter: Durch die ab 2006 eingeführten Instrumente der Output-Messung – etwa zentrale Prüfungen, Lernstandserhebungen und externe Schulevaluation –, durch die mit dem Schulkonsens von 2011 ausgelösten Schulentwicklungsprozesse und die zusätzlichen Querschnittsaufgaben sei es zu einer erheblichen Erweiterung des Aufgabenspektrums in der Schulaufsicht gekommen. „Dies hat zu einer starken Aufgabenverdichtung und einer subjektiv empfundenen Überforderung des schulfachlichen Personals geführt“, so das Gutachten.

Zur Weiterentwicklung der Schulaufsicht schlagen die für das Gutachten befragten Mitarbeiter\*innen übereinstimmend vor, die Kernaufgaben der Schulaufsicht landeseinheitlich zu klären, um ihr Handeln effektiver zu machen. Die außergewöhnlich hohen Zustimmungswerte von 100 Prozent in der unteren und 98 Prozent in der oberen Schulaufsicht zeigen:

### Gründe für das Auseinanderfallen von wünschenswerter und tatsächlicher Aufgabenwahrnehmung in der Schulverwaltung



Quelle: Jörg Bogumil, Reiner M. Fahlbusch, Hans-Jürgen Kuhn: Weiterentwicklung der Schulverwaltung des Landes NRW

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Handlungsleitend bei einer Reform der Schulaufsicht sollten die Gründe sein, die Mitarbeiter\*innen für die Diskrepanz zwischen wünschenswerter und tatsächlicher Aufgabenwahrnehmung benennen: zu viele Verwaltungsaufgaben, Probleme und Doppelarbeit aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten, unzureichende Ausstattung mit Verwaltungspersonal und – meist genannt – zu viele neue Aufgaben ohne zusätzliches Personal.

### Reform als Sparmodell?

Als das Finanzministerium das Gutachten 2015 in Auftrag gab, war Effizienzsteigerung in der Schulverwaltung das erklärte Ziel. Nebenbedingung: Das Gutachten solle keine Stellenmehrbedarfe in der Verwaltung begründen, die nicht durch Umschichtungen gedeckt werden können, sodass insgesamt keine Mehrkosten entstehen.

2007 war der Abbau von Mitbestimmung heimlicher Lehrplan bei der Trennung von Fach- und Dienstaufsicht der Haupt- und För-

derschulen. Die damalige Landesregierung aus CDU und FDP war an einer Fachdebatte kaum interessiert. Das darf sich nicht wiederholen. Die Schulaufsicht muss im Kontext der Schul- und Bildungsreformen weiterentwickelt werden, der Klärung ihrer Kernaufgaben muss die strukturelle Weiterentwicklung folgen. //



GEW NRW: Fachtagung „Schulaufsicht im Wandel“ (Infos und Anmeldung)  
[www.tinyurl.com/fachtagung-schulaufsicht](http://www.tinyurl.com/fachtagung-schulaufsicht)



Jörg Bogumil, Reiner M. Fahlbusch, Hans-Jürgen Kuhn: Weiterentwicklung der Schulverwaltung des Landes NRW  
[www.tinyurl.com/gutachten-reform](http://www.tinyurl.com/gutachten-reform)



Michael Schulte  
Geschäftsführer der GEW NRW

Rettungsprogramm für Kita-Träger in NRW

## Qualität gibt's nicht zum Nulltarif

500 Millionen Euro will die schwarz-gelbe Landesregierung in die nordrhein-westfälische Kita-Landschaft investieren und damit „die Trägervielfalt in NRW sichern“. Die Summe macht mehr als ein Drittel der insgesamt für den Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellten rund 1,35 Milliarden Euro aus. Der Gesetzentwurf für das Kita-Träger-Rettungsprogramm soll für die Kindergartenjahre 2017/2018 und 2018/2019 gelten. Doch was bleibt für die Kita-Qualität übrig?



Foto: Jens Lumm / photocase.de

500 Millionen Euro, das hört sich erst einmal viel an. Die Frage ist nur, wie das Geld investiert wird und ob es für die anstehenden Aufgaben ausreicht. Das System Kita ist bereits seit Jahren chronisch unterfinanziert. Hinzu kommt, dass das Geld lediglich den Trägern zur Verfügung gestellt werden soll – ein Rettungsprogramm für die Träger. Finanzielle Zuschläge sollen gestaffelt nach Gruppenform und Betreuungszeit gezahlt werden.

### Gute Bildung fängt mit Guter Arbeit an

Die vielen Erzieher\*innen und weiteren sozialpädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen sind allerdings diejenigen Kräfte, die das System am Laufen halten. Sie legen mit täglichem Einsatz und Engagement – oft über ihre Belastungsgrenzen hinaus – die Grundsteine für die Bildungskette der kleinen Menschen in unserer Gesellschaft. Ein richtiger Schritt wäre es deshalb gewesen, viel Geld in die Hand zu nehmen, um nicht immer nur kleine Löcher im System zu stopfen, sondern es grundlegend auf neue Füße zu stellen. Im Koalitionsvertrag finden sich dazu keine konstruktiven Ideen oder

Vorschläge. Was wir in NRW brauchen, ist eine solide Finanzierung, um die Träger in die Lage zu versetzen, einen qualitativ guten Arbeitsplatz für die Beschäftigten und damit auch eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung für die Kinder anzubieten – nicht zuletzt um Chancengleichheit für alle Kinder zu ermöglichen.

In den letzten Jahren lässt sich ein zunehmender Fachkräftemangel in den Kitas beobachten, der in den kommenden Jahren durch einen erhöhten Bedarf an Kita-Plätzen noch weiter steigen wird. Unweigerlich stellt sich hier die Frage nach der Attraktivität des Berufs. Die Fakten sprechen für sich: Für Erzieher\*innen beispielsweise folgt auf eine zumeist fünfjährige Ausbildung ohne Bezahlung ein Berufsalltag, der den Ansprüchen an gute Bildung in einigen Fällen nicht gerecht werden kann, weil die Zeit nicht reicht oder nicht ausreichend Kolleg\*innen vorhanden sind.

### Den Arbeitsplatz Kita attraktiv machen

Um die Attraktivität der Arbeit in der Kita zu steigern, braucht es neben einer besseren tariflichen Eingruppierung und damit einer höheren

Bezahlung der Fachkräfte auch mehr Qualität in den Einrichtungen. Das funktioniert nur mit

- ◆ einem verbesserten Fachkraft-Kind-Schlüssel, der Fortbildungen, Krankheiten und Urlaube der Kolleg\*innen einkalkuliert,
- ◆ einer Freistellung der Kita-Leitung vom Gruppendienst,
- ◆ dem Einsatz multiprofessioneller Teams, zum Beispiel durch den Einsatz von Kindheitspädagog\*innen,
- ◆ kontinuierlichen, vom Arbeitgeber bezahlten Fort- und Weiterbildungen für die Fachkräfte und
- ◆ einer ständigen Fachberatung.

Qualität in Kindertageseinrichtungen gibt es nicht umsonst. Die GEW fordert auch auf Bundesebene ein Kita-Qualitätsgesetz mit bundeseinheitlichen Vorgaben zur Qualität. NRW könnte Vorreiter werden und bereits erste Qualitätsverbesserungen umsetzen, wenn auch die Landesregierung erkennen würde, welchen Stellenwert die frühkindliche Bildung in unserem Land haben sollte. //

### Kitas in NRW

## Chronisch unterfinanziert

Die schlechte finanzielle Ausstattung des Systems Kita ist längst chronisch geworden und sorgt dafür, dass die Trägervielfalt zunehmend schrumpft. Wie konnte es dazu kommen?

Mit dem von Schwarz-Gelb eingeführten Kinderbildungsgesetz (KiBiz) kamen 2008 die sogenannten Kindpauschalen, die die Gruppenpauschalen ersetzen. Die Kindpauschalen installierten eine Finanzierung des Systems über die Anzahl der Kinder in der Kita und eine regelmäßige dynamische finanzielle Zufuhr von jährlich 1,5 Prozent. Die jährliche Steigerung um

lediglich 1,5 Prozent reichte jedoch nicht aus, um laufende Kosten und beispielsweise Tarifsteigerungen zu decken, sodass die Unterfinanzierung im Laufe der Jahre immer dramatischer wurde. 2016 führte Rot-Grün die Erhöhung der Kindpauschalen um insgesamt drei Prozent jährlich ein; ein erster wichtiger Schritt zu einer besseren Finanzierung, aber längst nicht genug! In Folge der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Kitas zogen sich Träger teilweise zurück, weil sie sich eine Unterhaltung der Einrichtungen nicht mehr leisten konnten.



Landesregierung NRW: Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2017  
[www.tinyurl.com/entwurf-nhh2017](http://www.tinyurl.com/entwurf-nhh2017)



Landesregierung NRW: Entwurf für ein Gesetz zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen  
[www.tinyurl.com/kita-traeger-rettung](http://www.tinyurl.com/kita-traeger-rettung)



Joyce Abebrese

Referentin für Kinder- und Jugendhilfe der GEW NRW

Ruheständler\*innen in der GEW NRW

## Unterwegs rund um Görlitz

Anfang September 2017 reiste eine Gruppe der Ruheständler\*innen der GEW NRW ins deutsch-tschechisch-polnische Dreiländereck. Ihr Ziel: die frühere Tuchmacherstadt Görlitz und Umgebung.

Vom damaligen Reichtum der Stadt zeugen die prächtigen mittelalterlichen Bauten in der verwinkelten Altstadt. Mittlerweile sind über 70 Prozent der alten Bauten fachgerecht saniert. Die Stadt wird schöner, aber die Einwohner\*innenzahl nimmt aus Mangel an Arbeitsplätzen ab. Durch einen wunderschönen Park und über eine Brücke der Neiße gelangt man nach Zgorzelec, heute eine selbständige polnische Stadt.

Nach dem beeindruckenden Besuch des Zisterzienserklosters und Begegnungszentrums Marienthal geht es weiter nach Oybin im Zittauer

Gebirge. Die Stadtführung in Zittau endet in der Hillerschen Villa. Gustav Hiller gründete 1888 eine Maschinenfabrik in Zittau – der Grundstein für die VEB-Robur-Werke. Enkelinnen des Gründers haben die Villa der Stadt Zittau überlassen, die dort Projekte für soziale Gerechtigkeit und die Wahrung der Grund- und Menschenrechte im Dreiländereck durchführt.

Im 19. Jahrhundert gab sich der europäische Hochadel im Hirschberger Tal um Jelenia Gora ein Stelldichein. Darum befinden sich auf engstem Raum viele Schlösser, Burgen und Herrenhäuser. Seit Anfang der 1990er Jahre wird dieser wertvolle Bestand durch tragfähige Nutzungskonzepte gesichert. Ein gelungenes Beispiel ist Schloss Lomnitz: Es wurde gründlich saniert, wertvolle Wandmalereien rekonstruiert und neue Decken eingezogen. Seit 2005 gibt es eine Dauerausstellung über die Schlösser im Hirschberger Tal.



Foto: privat

Auf der Rückreise besuchten die Ruheständler\*innen die Gedenkstätte Bautzen. Das „Stasi-Gefängnis“ Bautzen II erlangte traurige Berühmtheit, denn Partei- und Regimekritiker\*innen, Ausreisewillige, Fluchthelfer\*innen, Spion\*innen und abtrünnige Mitarbeiter\*innen des Ministeriums für Staatssicherheit wurden in Bautzen II inhaftiert. Mit diesen Eindrücken von unmenschlichen Haftbedingungen trat die Reisegruppe die Heimreise an.

Annegret Caspers, Vorsitzende des Ausschusses für Ruheständler\*innen der GEW NRW

### Die GEW gratuliert zum Geburtstag

Unsere Glückwünsche im Oktober 2017 gehen an die folgenden Kolleg\*innen:

#### Oktober 2017

**98 Jahre**  
Waltraut Zatloukal, Duisburg

**96 Jahre**  
Alfred Müller, Fröndenberg

**93 Jahre**  
Hella Ballerstein, Bonn  
Rolf Marks, Bochum  
Ingeborg Huesing, Bergkamen

**92 Jahre**  
Ernst Asbrock, Bad Laasphe  
Gretel Zoerner, Dortmund  
Gerhard Krampe, Detmold

**91 Jahre**  
Hannelore Terhorst, Bochum  
Anita Schwarz, Brüggen  
Josef Krings, Duisburg

**90 Jahre**  
Gerhard Wietzorka, Bünde

**89 Jahre**  
Ursula Putsche, Hilden  
Helmut Gerwers, Wegberg

**88 Jahre**  
Dorothee Schulze, Bielefeld  
Elsa Sippel, Essen

**87 Jahre**  
Karlheinz Everding, Essen  
Christa-Marie Lenhardt, Lübbecke  
Karl-Heinz Terhorst, Willich  
Margot Becker, Emsdetten  
Maria-Therese Gassen, Köln

**86 Jahre**  
Hüseyin Tutak, Mönchengladbach  
Anna-Margarete Riedmaier, Bielefeld  
Waltraud Henseler, Wipperfürth  
Hildegard Neugebauer, Oberhausen  
Josef Oberhäuser, Düren  
Marga Prinzhorn, Lemgo

**85 Jahre**  
Marlies Krampe, Bad Sassendorf

**84 Jahre**  
Dirk Hoffmann, Werdohl  
Ingrid Ittel-Fernau, Rösraht

**83 Jahre**  
Marianne Behringer, Bochum  
Irmhilt Seemann, Moers  
Karl-Heinz Olbinski, Holzwickede  
Michael Krüger, Frechen  
Ingeborg Brandt, Hagen

**82 Jahre**  
Gertrud Gündisch, Wiehl  
Volker Lohmeyer, Gladbeck  
Dieter Corinth, Windeck  
Christiane von Gilardi, Datteln  
Annemarie Hammelrath, Duisburg  
Waltraud Esser, Köln  
Hildegard Korte, Essen  
Christel Eckhardt, Bonn  
Antonie Bruckdorfer, München  
Karl-Heinz Sudholt, Hamm  
Ingrid Lipps, Bielefeld  
Gertrud Labie-Zobel, Dortmund

**81 Jahre**  
Heinrich Friedrich, Wuppertal  
Hildegard Zeies, Krefeld  
Beate Jankuhn, Rheinbach  
Franz Josef Glasmacher, Elsdorf  
Stephanie Maassen, Nideggen  
Karin Cordt, Nachrodt-Wiblingwerde  
Franz-J. Leclair, Arnsberg  
Heinz Meyer, Rahden  
Gerhard Pöppelmeier, Lemgo

**80 Jahre**  
Alf Hammelrath, Münster  
Helga Pietsch, Oberhaid  
Guenther Ronczkowski, Brilon  
Walter Zensen, Münchwald  
Ingrid Pressl, Titz  
Guenther Heim, Gangelt  
Norbert Weyer, Mettmann  
Dankwart Bender, Rheinberg  
Anneliese Bartsch, Schwerte  
Gisela Herrmann, Brühl  
Jürgen Schmidt, Bottrop  
Wilhelm Schröder, Herford

**79 Jahre**  
Anita Echtherhoff, Wetter  
Karl-Friedrich Kreutz, Siegen  
Klaus Breinlinger, Wuppertal  
Wolfgang Rosenbach, Lengerich  
Hans-Joachim Spieker, Herten

Peter Neubacher, Burscheid  
Doris Buetow, Minden  
Siegfried Hellig, Castrop-Rauxel  
Eberhard Heide, Bochum  
Winfried Reker, Hagen  
Ulrich Moerters, Moers  
Karl Tenberken, Swisttal  
Karl Keining, Bottrop

**78 Jahre**  
Jutta Haschke, Oberhausen  
Claus Mayr, Bönen  
Reinhard Witt, Neuenrade  
Ursula Hoffmann, Köln  
Reinhard Eisenschmidt, Köln  
Herbert Schmidt, Herne  
Willi Dieckerhoff, Dortmund  
Klaus Jürgen Nolte, Bielefeld  
Marianne Trompeter, Köln  
Heinrich Baumgarten, Hitzacker  
Hans Pohl, Lemgo  
Matthias Hoffmann, Soest  
Inge Piepel, Münster  
Wolfgang Weissshuhn, Aachen  
Hans Rolf, Dortmund  
Bernhard Ulrich, Bielefeld  
Gert Immich, Oberhausen

**77 Jahre**  
Dieter Mevert, Warendorf  
Heide Kupferschmidt, Detmold  
Arthur Frischkopf, Unna  
Renate Mai, Köln  
Ubo Cornelius, Düsseldorf  
Luise Schunk, Bochum  
Christel Horstmeyer, Verl  
Manfred Trebing, Essen  
Barbara Heinz, Dortmund  
Doris Meyer, Bonn  
Dieter Seidel, Bonn  
Heiner Pürschel, Rheinberg  
Gudrun Wildner, Köln  
Ursel Cremer, Köln  
Günter Wengenroth, Ratingen  
Barbara Gladysch, Düsseldorf  
Udo Weiler-Jopp, Bonn  
Dietrich Roos, Billerbeck  
Ursula Frowein, Solingen  
Peter Klimpe, Oberhausen  
Helga Herder-Priebe, Osnabrück  
Siegert Höptner, Düsseldorf

**76 Jahre**  
Gudrun Liedtke, Berlin  
Heinz-W. Grahs, Gelsenkirchen  
Anastasia von Lynccker, Bonn  
Norbert Weiss, Duisburg  
Sabine Weyer, Mettmann  
Dieter Lange, Borgolzhausen  
Helga Gennert, Oberhausen  
Anna Friemond, Köln  
Jürgen Pelz, Datteln  
Inge Bolle, Herne  
Rainer Schoenefeld, Lübbecke  
Volker Harthun, Köln  
Ingrid Weltgen, Bochum  
Holger Harthun, Köln  
Siegfried Wunschel, Bielefeld  
Holger Brinkmann, Lohmar  
Sieglinde Kauper, Bielefeld  
Ursula Göttker, Kamen

**75 Jahre**  
Ludwig Hoerner, Köln  
Margret Oellrich-Wagner, Essen  
Udo Kersting, Gelsenkirchen  
Ursula Istel-Zimmermann, Solingen  
Juergen Birkner, Witten  
Barbara Krüger, Wuppertal  
Edelgard Thiemann, Schalksmühle  
Roland Brozio, Grevenbroich  
Anka Blendin, Köln  
Peter Derks, Krefeld  
Brigitte Grimm, Nottuln  
Hildegard Schulte, Bergisch Gladbach  
Ursula Dittrich, Köln  
Klaus Schmalfuß, Herne  
Verl Homrighausen, Bad Berleburg  
Manfred Dahl, Köln  
Franz Beckersjuergen, Steinfurt  
Klara Zepter, Köln  
Inge Gronemeier, Kürten  
Gerhard Heine, Bielefeld  
Renate Blase, Mülheim

Annegret Caspers,  
Vorsitzende des Ausschusses  
für Ruheständler\*innen der GEW NRW

**Manfred Bönsch**

## Starke Schüler durch starke Pädagogik

Westermann Verlag, 2017, 188 Seiten  
ISBN: 978-3-14-162202-7, 23,95 Euro

Schulen sind neben der Familie mehr denn je die wichtigste Sozialisationsinstanz. Der Autor verdeutlicht, wie eine „starke Pädagogik“ helfen kann, den Bedürfnissen und Bedrängnissen der Lehrkräfte und der Elternhäuser gerecht zu werden, um Kinder und Jugendliche optimal auf ihren verschiedenen (Lern-)Wegen zu begleiten. Neben den verschiedenen Facetten des sozialen Lernens kommt dabei auch der Aspekt der bildungsbewussten Wissensvermittlung nicht zu kurz.



Westermann Verlag

**Bahattin Gemici**

## Stefans Zuckerfest und Alis Weihnachten

Exil Verlag, 2017, 120 Seiten  
ISBN: 978-3938836071, 12,80 Euro

Stefan und Ali sind beste Freunde. Warum sollten sie dann nicht auch das Zuckerfest und Weihnachten zusammen feiern? Feiertage können eine hervorragende Basis für das Kennenlernen anderer Kulturen und Religionen, für den Aufbau von persönlichen Beziehungen und Freundschaft sowie für den Abbau von Ängsten und Vorurteilen sein.

Exil Verlag



**Hella Wenders**

## Schule, Schule – Die Zeit nach Berg Fidel

Kinostart: 21. September 2017

Wer den ersten Dokumentarfilm „Berg Fidel – Eine Schule für alle“ von Hella Wenders gesehen hat, wird unbedingt wissen wollen, was aus den liebenswerten Grundschulkindern David und Jakob, Anita und Samira nach ihrer Trennung am Ende der vierten Klasse geworden ist. Wer den ersten Film nicht gesehen hat, sollte den zweiten „Schule, Schule – Die Zeit nach Berg Fidel“ auf keinen Fall verpassen. Tiefe Ernsthaftigkeit, Kummer, aber auch Humor und kindliche Freude begegnen uns in aufrechten Bildern. Unaufdringliche Kommentare und geeignete szenische Rückblenden vermitteln einen bewegenden Einblick in das Leben der vier heranwachsenden Jugendlichen, deren schulische Entwicklung in der inklusiven Gemeinschaftsgrundschule Berg Fidel begann und die inzwischen sechs Jahre älter sind. Wer wissen will, was in unseren Schulen und unserem Schulsystem falsch läuft, muss den Kindern und Jugendlichen im Film zuhören. Die vier haben alle, unabhängig von ihrer sehr unterschiedlichen Lebens- und Schulsituation, eine große Sehnsucht nach Anerkennung, Freundschaft und sozialer Zugehörigkeit, aber das selektive Schulsystem erzwingt Trennungen, Brüche, Leistungs- und Konkurrenzdenken und erzeugt in starker Abhängigkeit von sozialer Herkunft Gewinner\*innen und Verlierer\*innen. Die Zuweisung zur Sonderschule erweist sich im Vergleich zum gemeinsamen Lernen als besondere soziale Benachteiligung.

Dr. Brigitte Schumann

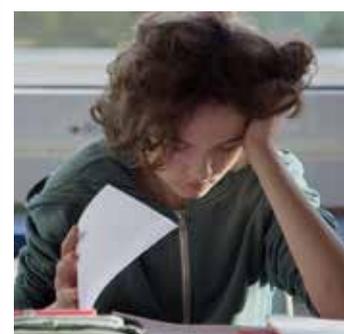
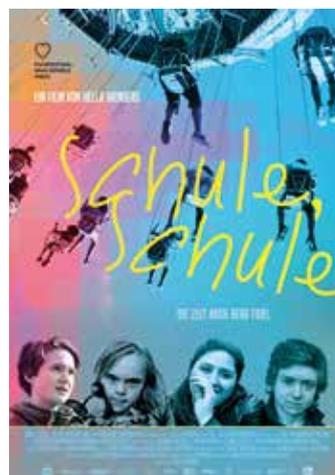


**klicksafe**

## Elternarbeit und Medienkompetenz für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Handreichung, 2017, [www.klicksafe.de](http://www.klicksafe.de)

Medienerziehung spielt in der Schule eine zunehmend große Rolle. Wie kann man Eltern mit Zuwanderungsgeschichte gezielter ansprechen und für das Thema „Medienkompetenz“ sensibilisieren? Dieser Frage widmet sich die neue klicksafe-Handreichung mit zahlreichen Empfehlungen, Praxistipps und Kopiervorlagen in verschiedenen Sprachen, die helfen sollen, möglichst alle Eltern willkommen heißen zu können. Die knapp 100-seitige Publikation dient als konkrete Arbeitshilfe für die medienpädagogische Elternarbeit. **Bestellung und Download unter [www.klicksafe.de](http://www.klicksafe.de) oder [www.lfm-nrw.de](http://www.lfm-nrw.de)**



LfM-Direktor Dr. Tobias Schmid, Serap Güler, NRW-Staatssekretärin für Integration, und klicksafe-Referentin Dilek Atalay (von links) stellten die Handreichung in der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) vor. Foto: klicksafe

## GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNG

### Zeitmanagement und Homeoffice: Arbeitsstrategien für den heimischen Schreibtisch

**Termin:** 02.12.2017, 10.00-16.00 Uhr  
**Tagungsort:** Bochum oder Essen (Genauer Ort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.)  
**Referent:** Uwe Riemer-Becker  
**Teilnahmebeitrag:** 15,- Euro (GEW-Mitglieder)/ 40,- Euro (Nichtmitglieder); Verpflegung inklusive

- ◆ Effektive Planungshilfen: Monats- und Tagesplanung, Terminkalender
- ◆ Die tägliche Routine im Griff: die ALPEN-Methode
- ◆ Aufschieberitis und Hektizismus: Hilfen gegen den inneren Schweinehund
- ◆ Gegen Überforderung: Klarheit vor Perfektionismus
- ◆ Ordnung schaffen - Ordnung halten: Arbeitszimmer, Schreibtisch und Computer
- ◆ Neinsagen: gegen aufgedrängte Arbeiten wehren
- ◆ Überfälle zwischen „Tür und Angel“: Bedenkzeit und Verlässlichkeit

### „Jetzt seid doch mal ruhig!“ - Störungsprävention im Unterricht

**Termin:** 09.12.2017, 10.00-16.00 Uhr  
**Tagungsort:** Bochum oder Essen (Genauer Ort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.)  
**Referentin:** Carolin Sponheuer  
**Teilnahmebeitrag:** 15,- Euro (GEW-Mitglieder)/ 40,- Euro (Nichtmitglieder); Verpflegung inklusive

Inhalte: Ursachen von Unterrichtsstörungen, Reflexion des eigenen Lehrkraftverhaltens, eindeutig kommunizieren, nonverbale Interventionen, Regeln und Rituale, Umgang mit Machtkämpfen, Stringenz im Unterricht und andere Strategien zur Störungsprävention.

#### Anmeldung:

GEW NRW, Bettina Beeftink, Nünningstraße 11, 45141 Essen, Fax: 0201-29403 34, E-Mail: [bettina.beeftink@gew-nrw.de](mailto:bettina.beeftink@gew-nrw.de) (**Wichtig: Bei Anmeldung per E-Mail bitte die vollständige Adresse angeben.**)  
 Circa vier Wochen vor dem jeweiligen Seminar wird eine Anmeldebestätigung verschickt. **Schnellstmögliche Anmeldung erforderlich!**



## LEHRERRÄTE MACHEN SICH FORTBILDUNGEN



Alle Veranstaltungen finden jeweils von 9.00 bis 16.30 Uhr statt. Weitere regionale Angebote werden in den nächsten Ausgaben der nds ausgeschrieben.

#### Anmeldung:

per E-Mail an [svenja.tafel@gew-nrw.de](mailto:svenja.tafel@gew-nrw.de), Web: [www.gew-nrw.de/fortbildungen](http://www.gew-nrw.de/fortbildungen), Fax: 0201-29403 45.  
 Weitere Infos: [www.lehrerrat-online.de](http://www.lehrerrat-online.de)

#### Basisqualifizierungen

- ◆ KV Rhein-Erft-Kreis (in Erftstadt) 27. November 2017
- ◆ KV Heinsberg (in Hückelhoven) 30. November 2017
- ◆ KV Paderborn 7. Dezember 2017
- ◆ KV Kleve (in Uedem) 7. Dezember 2017
- ◆ StV Duisburg 13. Dezember 2017
- ◆ StV Bochum 14. Dezember 2017

#### Basisqualifizierungen Grundschule

- ◆ StV Duisburg 27. November 2017

#### Nr. 2 - Mitbestimmung bei Mehrarbeit

- ◆ StV Essen 21. November 2017
- ◆ StV Düsseldorf 27. November 2017

#### Nr. 3 - Systematisch, rechtssicher und erfolgreich als Lehrerrat arbeiten

- ◆ StV Hagen 29. November 2017

## WEITERBILDUNGSANGEBOTE

### WBG 17-206 Visualisieren als wirksame Strategie der kognitiven Schüler\*innenaktivierung

**Termin:** 06.12.2017, 9.00-16.00 Uhr  
**Tagungsort:** Essen  
**Referent:** Ludger Brüning  
**Teilnahmebeitrag:** 100,- Euro (GEW-Mitglieder)/ 50,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt)/ 150,- Euro (Nichtmitglieder)

Schüler\*innen, die mit grafischen Strukturierungen arbeiten, setzen sich intensiv und motiviert mit den Unterrichtsinhalten auseinander. Die Teilnehmer\*innen lernen zunächst die unterschiedlichen grafischen Formen kennen. Ferner wird die Einführung in den Unterricht in den Blick genommen. Aber auch die unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten werden zur Sprache kommen.

### WBG 18-124 Spiele(n) im Klassenzimmer

**Termine:** 26.01.2018, 16.00-20.00 Uhr bis  
 27.01.2018, 9.00-16.00 Uhr  
**Tagungsort:** Essen  
**Referent:** Norbert Stockert  
**Teilnahmebeitrag:** 90,- Euro (GEW-Mitglieder)/ 50,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt)/ 170,- Euro (Nichtmitglieder)

Spiele bietet umfassende Möglichkeiten, Schüler\*innen zu fördern: im kognitiven, sprachlichen, sozialen, emotionalen und motorischen Bereich. Spielen verbessert das Klassenklima und die Integration.

#### Ziele:

- ◆ Zahlreiche attraktive und praktikable Spielideen
- ◆ Intensive Spielerfahrungen
- ◆ Kompetenzen als Anleiter\*in
- ◆ Motivation zum Spielen mit der Klasse
- ◆ Kompetenzen als Anleiter\*in
- ◆ Bewusstheit über die vielfältigen Fördermöglichkeiten durch Spiel und die Bedeutung von Spiel als Bildungsträger

### WBG 18-169 Film ab!

**Termin:** 26.01.2018, 16.00-21.00 Uhr bis  
 27.01.2018, 9.00-16.30 Uhr  
**Tagungsort:** Hattingen  
**Referentinnen:** Melanie Ryll, Monika Dahl  
**Teilnahmebeitrag:** 160,- Euro (GEW-Mitglieder)/ 100,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt)/ 240,- Euro (Nichtmitglieder) (inkl. Übernachtung im EZ, Vollpension, Seminarmaterial)

#### Inhalte des Videoworkshops:

- ◆ Kurzfilme und Trickfilme (Kita, Hort, Deutsch-/ Fremdsprachenunterricht, Projektwoche/ Literaturkurs, Video-AG)
- ◆ Erklärvideos mit der Legetechnik: Schüler\*innen halten Kurzreferate per Video (alle Fächer)
- ◆ Musikvideos (Musik-/ Deutschunterricht)
- ◆ Am Computer selber schneiden, nachbearbeiten und auf DVD brennen
- ◆ Filme auf die Schulhomepage/ Youtube/ Facebook stellen und rechtliche Grundlagen zu den Themen Internet und Social Media

#### Anmeldung:

DGB-Bildungswerk NRW e.V., c/o GEW NRW, Nünningstraße 11, 45141 Essen  
 Tel.: 0201-29403 26, Fax: 0201-29403 17, Web: [www.gew-nrw.de/fortbildungen](http://www.gew-nrw.de/fortbildungen)  
 E-Mail: [weiterbildung@gew-nrw.de](mailto:weiterbildung@gew-nrw.de)

Für die Planung und Durchführung ist das DGB-Bildungswerk NRW e.V. verantwortlich.



# Wissenswertes

# für Angestellte und

## Streikrecht für Beamt\*innen

### Gerichtliche Auseinandersetzung geht weiter

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt am 17. Januar 2018 vier Verfassungsbeschwerden gegen das Streikverbot für Beamt\*innen. Die beschwerdeführenden Lehrer\*innen sind beziehungsweise waren als Beamt\*innen an Schulen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein tätig und werden vom GEW-Rechtsschutz unterstützt.

Die Kolleg\*innen hatten während ihrer Dienstzeit an Protestveranstaltungen und Streikmaßnahmen der GEW teilgenommen. Diese Teilnahme war durch die zuständigen Disziplinarbehörden disziplinarrechtlich geahndet worden. Die Begründung: Die Streikteilnahme stelle einen Verstoß gegen grundlegende beamtenrechtliche Pflichten dar. Insbesondere dürften Beamt\*innen nicht ohne Genehmigung dem Dienst fernbleiben. In den Ausgangsverfahren vor den zuständigen Verwaltungs- und Obergerichtswegen hatten sich die Kolleg\*innen in den vergangenen Jahren erfolglos gegen die jeweils ergangenen Disziplinarverfügungen gewendet und schließlich Verfassungsbeschwerden eingereicht.

Für die GEW ist das Beamt\*innenstreikrecht eine Frage des Prinzips: Wie das Völkerrecht und das internationale Arbeitsrecht geht die Bildungsgewerkschaft davon aus, dass es ein Menschenrecht auf Kollektivverhandlungen gibt. Dieses Menschenrecht umfasst auch das Recht auf Streik als letztes Mittel. Sollte das Bundesverfassungsgericht diese Auffassung nicht teilen, wäre der Weg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte der nächste Schritt. Mehr Infos unter [www.gew.de/tarif/streik/beamtenstreik](http://www.gew.de/tarif/streik/beamtenstreik) und [www.tinyurl.com/gew-nrw-beamtinnenstreik](http://www.tinyurl.com/gew-nrw-beamtinnenstreik).

*Bundesverfassungsgericht / Anja Heifell*

## Jubiläumsgeld für Angestellte

### Vorbereitungsdienst gilt als Dienstzeit

Unter § 34 Absatz 1 Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) wurde die Zeit des Vorbereitungsdienstes als Dienstzeit anerkannt und bei der Berechnung der Zeit für die Zahlung des Jubiläumsgeldes mitberechnet. Dieser Anspruch von Tarifbeschäftigten ist abgesichert durch § 14 des Tarifvertrags zur Überleitung der Beschäftigten der Länder in den TV-L und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-Länder). Die Regelung gilt leider nicht mehr für diejenigen Beschäftigten, die nach der Umstellung des Tarifrechts vom BAT auf den TV-L eingestellt worden sind, also ab dem 1. November 2006.

*Joyce Abebresa*

## Landesbeamtengesetz und -gleichstellungsgesetz

### Aktuelle Gesetzesänderungen

Mit Verkündung im Gesetzblatt 29/2017 vom 27. September 2017 ist das im Landtag beschlossene Änderungsgesetz zum Landesbeamtengesetz und zum Landesgleichstellungsgesetz in Kraft getreten. Daraus folgt:

- ◆ Es gibt keine Frauenquote bei Beförderungen.
- ◆ Ab sofort gelten wieder die „alten“ Regelungen zur Beförderung mit Ausnahme der Anpassung auf die neue Laufbahnverordnung (Ämtergruppen-Bezug).

*Ute Lorenz*



Illustration: Designed by Freepik

## Abifeier

### Jobcenter trägt die Kosten

Das Jobcenter hat die Kosten für die Abitur-Abschlussfeier eines bedürftigen Schülers zu übernehmen (in diesem Fall 100 Euro). Nach dem Willen des Gesetzes sollen Jugendliche nicht von schulischen Gemeinschaftsveranstaltungen wie Klassenfahrten ausgeschlossen werden. Ähnlich ist auch eine Abitur-Abschlussfeier zu bewerten. (Sozialgericht für das Saarland: S 12 AS 421/14) *Quelle: DGB, einblick 7/2017*

## Elterngeld

### Bei Fehlgeburt nicht weniger Geld

Wenn Eltern nach der Geburt für ihr Kind da sein wollen und deshalb ihre berufliche Arbeit unterbrechen oder einschränken, haben sie Anspruch auf Elterngeld. Für die Berechnung des Elterngeldes nach der Geburt eines Kindes macht es keinen Unterschied, ob eine frühere Schwangerschaft mit einer Lebend- oder einer Fehlgeburt geendet hatte, wenn die Schwangere im Anschluss an jene Schwangerschaft arbeitsunfähig an einer Depression erkrankt war.

Der Fall: Die Frau erlitt im Herbst 2011 zum wiederholten Mal eine Fehlgeburt. Daraufhin erkrankte sie an einer Depression und konnte ihrer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen. Erst ein Dreivierteljahr später, als die Frau erneut schwanger war, konnte sie ihre Arbeit wieder aufnehmen. Nach der Geburt des Kindes wurde ihr Elterngeld gewährt. Berechnet wurde es nach dem Einkommen der Frau in den zwölf Monaten vor der Geburt des Kindes. In diesem Zeitraum hatte die Mutter aber aufgrund ihrer Erkrankung größtenteils kein Erwerbseinkommen erzielt. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die Frau kann die Zahlung eines höheren Elterngeldes verlangen. Bei dessen Berechnung ist im Wesentlichen das Einkommen vor ihrer depressiven Erkrankung entscheidend. Diese ist als schwangerschaftsbedingte Erkrankung im Sinne des Gesetzes zu werten. Daher sind die Krankheitsmonate bei der Bemessung des vorgeburtlichen Erwerbseinkommens nicht zu berücksichtigen. Unerheblich ist dabei, ob die krankheitsauslösende Schwangerschaft mit der Geburt eines Kindes endete, für das Elterngeld bezogen wurde. Denn die entscheidende Vorschrift des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes dient dem Nachteilsausgleich Schwangerer. Das besondere gesundheitliche Risiko einer Schwangerschaft soll nicht dazu führen, dass Mütter ein geringeres Elterngeld erhalten. (Bundessozialgericht: B 10 EG 9/15 R)

*Quelle: DGB, einblick 9/2017*

# Beamt\*innen rund um den Arbeitsplatz

## Höhergruppierung und Stufenverlust

### Überleitung tarifbeschäftigter Schulleitungen

Werden tarifbeschäftigte Schulleiter\*innen höhergruppiert, kann es zu einem Stufenverlust kommen, was zumindest vorübergehend wegen der erst später zu erreichenden neuen Stufe 6 zu einem Einkommensverlust führen könnte. Die GEW NRW hat diese Problematik mit dem Schulministerium erörtert und um eine Regelung zur Vermeidung des Stufenverlustes gebeten. Mit einem Schreiben vom 31. August 2017 legt das Ministerium dar, dass es wegen der Positionen des Arbeitgeberverbandes des Landes NRW keine Abhilfe schaffen kann.

Lediglich folgende Möglichkeit räumt das Ministerium ein: „Im Vorfeld der Übertragung einer höher bewerteten Tätigkeit könnte überlegt werden, diese zunächst vorübergehend ‚zur Erprobung‘ vorzusehen, unter Gewährung einer Zulage nach § 14 TV-L. Während dieser Zeit läuft die Stufenlaufzeit in der niedrigeren Entgeltgruppe weiter. Wenn dort dann die nächste Stufe erreicht ist, wäre der Zeitpunkt für die Übertragung der höher bewerteten Tätigkeit auf Dauer gekommen.“

### Höher bewertete Tätigkeit „zur Erprobung“ beantragen

Im Einzelfall kann dies bei der zuständigen Bezirksregierung unter Hinweis auf das Schreiben des Schulministeriums beantragt werden. Allerdings wird die Rückgängigmachung einer bereits erfolgten Höhergruppierung seitens des Ministeriums nicht unterstützt. Ansonsten bliebe dann nur noch der Klageweg. Hierzu hatten wir bereits in dem MID AuB 2017.20 weiterführende Hinweise gegeben und dass zunächst der Ausgang des Berufungsverfahrens abgewartet werden und zur Anspruchssicherung innerhalb von sechs Monaten schriftlich bei der Schulaufsichtsbehörde die Mitnahme der bis zur Höhergruppierung erreichten Stufe geltend gemacht werden sollte.

### Tarifbeschäftigte Schulleitungen an Grund- und Hauptschulen

Für tarifbeschäftigte Schulleitungen an Grund- und Hauptschulen bliebe aufgrund des Verlustes der Stufenlaufzeit sowie des Entfalls der Amtszulage und der Verringerung der Sonderzahlung von dem Gewinn kein nennenswerter Betrag mehr übrig. Auch hier zeigt das Ministerium zwar Verständnis für unsere Position, will aber aus den dort dargelegten Gründen keine Abhilfe schaffen. Die GEW NRW strebt für diese Fälle ein Musterverfahren an und plant, den Betroffenen ein Musterschreiben für die Geltendmachung des Anspruchs auf stufengleiche Eingruppierung unter [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) bereitzustellen.

*Dr. Mario Sandfort*



## DIE WISSENSECKE

### Start ins Referendariat

## Mitbestimmung von Anfang an

Am 1. November 2017 starten die Referendar\*innen in NRW in den Schuldienst. Der Schritt vom Studium in die Schulpraxis bringt eine Menge neuer Aufgaben mit sich – und gleichzeitig unzählige personal- und dienstrechtliche Regelungen, die nicht immer leicht zu durchschauen sind. Gut, dass die Mitbestimmungsprofis den neuen Kolleg\*innen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

### Welche Funktion hat der Personalrat?

Im öffentlichen Dienst, also in den Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Betrieben, wie auch in den Schulen und Hochschulen, werden nach dem Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) Personalräte gebildet. Die Personalräte vertreten die konkreten Interessen und Belange aller Kolleg\*innen, und zwar sowohl gemeinschaftlich als auch als persönliches Individualinteresse gegenüber der Dienststelle oder deren Leitung. Im Schulbereich sind Schulen und Studienseminare keine Dienststellen, wohl aber das Schulamt oder die Bezirksregierung. Im öffentlichen Schuldienst gibt es Personalräte für alle Schulformen. Grundsätzlich können sich Lehramtsanwärter\*innen immer dann an den Personalrat wenden, wenn sie ein personal- oder dienstrechtliches Problem haben, also zum Beispiel bei Seminarwechsel, Abbruch der Ausbildung, Fragen des Mutterschutzes oder Elternzeit, aber auch bei sonstigen Problemen im Zusammenhang mit der Ausbildung.

### Welche Aufgaben haben Seminarsprecher\*innen?

Wie in allen Bereichen werden auch im Referendariat Vertreter\*innen gewählt, die sich als Sprecher\*innen für die Interessen der Lehramtsanwärter\*innen einsetzen. Die Seminarsprecher\*innen und ihre Stellvertreter\*innen werden in der Regel innerhalb der ersten sechs Wochen nach Beginn des Vorbereitungsdienstes gewählt und erfüllen im Rahmen der Ausbildung eine wichtige Funktion: Sie agieren als Mittler\*innen zwischen Lehramtsanwärter\*innen und Seminarleitung und haben die Aufgabe, im Gespräch mit Seminarausbilder\*innen und Seminarleiter\*innen sowie in der Seminarkonferenz Wünsche und Anregungen der Lehramtsanwärter\*innen vorzutragen und sich für die Klärung offener Fragen einzusetzen. Außerdem haben Seminarsprecher\*innen die Möglichkeit, durch die Zusammenarbeit mit der Leitung des Zentrums für schulpraktische Lehrerbildung Konzepte der Lehrer\*innenausbildung mitzubestimmen und sich für die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen einzusetzen. *Julia Löhr*

Noch mehr Fragen und Antworten rund um den Start ins Referendariat gibt es unter [www.gew-nrw.de/referendariat](http://www.gew-nrw.de/referendariat)

Kontakte zu Ansprechpartner\*innen der GEW NRW in den Personalräten sind abrufbar unter [www.tinyurl.com/gew-nrw-pr](http://www.tinyurl.com/gew-nrw-pr)

## Konfessionell-kooperativer Religionsunterricht

### Schulministerium ändert Erlass

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW veröffentlicht unter dem Titel „Religionsunterricht an Schulen: Konfessionelle Kooperation im Religionsunterricht“ einen Erlass, der Religionsunterricht mit gemeinsamen Lerngruppen evangelischer und katholischer Schüler\*innen ermöglicht. Er setzt die Verabredung mit den christlichen Kirchen (mit Ausnahme des Erzbistums Köln) um. Der Erlass vom 15. August 2017 ändert den Erlass „Religionsunterricht an Schulen“ vom 20. Juni 2003.

MSB NRW: Erlass

Webcode: 235827

### FAQ-Liste des Bistums Essen

Das Bistum Essen stellt eine FAQ-Liste zum konfessionell-kooperativen Religionsunterricht zur Verfügung. Darin erfolgen zum Beispiel Klarstellungen zum Verfahren und zu den notwendigen Vorleistungen der Schulen, etwa zur Vorlage eines fachdidaktischen und fachmethodischen Konzepts.

Bistum Essen: FAQ-Liste

Webcode: 235843

### Vereinbarung

Zur Grundlegung des konfessionell-kooperativen Religionsunterrichtes haben die evangelischen Landeskirchen in NRW und die katholischen Bistümer (mit Ausnahme des Erzbistums Köln) eine Vereinbarung unterzeichnet, darunter zum Beispiel das Bistum Essen.

Bistum Essen: Vereinbarung

Webcode: 235842

## Verstoß gegen die Ersatzschulfinanzierung?

Der Schulausschuss im Landtag hat den Bericht des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB) NRW „Verstoß gegen die Ersatzschulfinanzierung? Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung nach der Offenlegung der Missstände an einer Düsseldorfer Schule durch Westpol?“ diskutiert. Darin macht das MSB NRW deutlich, warum die Missachtung des Sonderungsverbots häufig schwierig zu belegen ist: „Für den Anwendungsbereich des Sonderungsverbots heißt dies wiederum, dass nur den Erziehungsberechtigten oder den volljährigen Schülerinnen und Schülern pflichtweise abverlangte Geldleistungen, die in einem zwangsläufigen Konnex zum Schulbesuch stehen, in diesem Zusammenhang zu betrachten sind. Nur solche Leistungen werden als Schulgeld bezeichnet (vgl. OVG NRW 5 A 2634/82). Hiervon zu unterscheiden sind Beiträge zur Aufbringung der Eigenleistung, die ersatzschulfinanzrechtlich dadurch definiert sind, dass sie mit eben dieser Zweckbestimmung und auf freiwilliger Basis geleistet werden. Diese Beiträge zur Aufbringung der Eigenleistung unterliegen nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung nicht dem Sonderungsverbot. Auch freiwillige Leistungen der Eltern bzw. Schülerinnen und Schüler zum Beispiel an Fördervereine sind kein Schulgeld.“

MSB NRW: Bericht

Webcode: 235849

## Rückstellung bei Einschulung neu geregelt

Die Landesregierung hat im Koalitionsvertrag angekündigt: „Um für die Kinder an Grundschulen einen bestmöglichen Einstieg in die Schullaufbahn sicherzustellen, streben wir einen verbesserten Übergang von der KiTa zur Grundschule an. Der Entwicklungsstand gleichaltriger Kinder unterscheidet sich oftmals. Die Form der Rückstellung soll sich daher an der Entwicklung des Kindes orientieren und ist neu zu regeln.“ Nun gibt das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW durch den Erlass vom 5. Oktober 2017 vor, dass künftig neben schulärztlicher Expertise auch Stellungnahmen von Fachärzt\*innen und Therapeut\*innen berücksichtigt werden können, die von Eltern vorgelegt werden. Darin müssen „erhebliche Anhaltspunkte“ genannt werden, warum das Kind aus gesundheitlichen Gründen später eingeschult werden sollte. Auch „präventive Gesichtspunkte“ können eine Rolle spielen. Die Entscheidung trifft die Schulleitung.

MSB NRW: Erlass

Webcode: 235874

## Gymnasium: Scheitern in der Erprobungsstufe

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW nimmt Stellung zum „Scheitern‘ in der Erprobungsstufe des Gymnasiums 2016“. Die Zahlen zeigten, dass der relative Anteil der Schulformwechsler\*innen aus der Erprobungsstufe des Gymnasiums heraus über einen mehr als zehnjährigen Zeitraum hinweg verhältnismäßig stabil geblieben sei – trotz der insgesamt angestiegenen Übertrittsquote in die Sekundarstufe I des Gymnasiums. Das spreche für die Haltekraft und Förderleistung der Schulform Gymnasium, so die Bewertung des MSB NRW. Einleitend weist das Ministerium den Begriff des Scheiterns zurück. In einem begabungsgerecht gegliederten Schulsystem seien im Verlauf der Schüler\*innenlaufbahnen individuelle und/oder systemische Mechanismen erforderlich, die spätere Korrekturen an Bildungsgangzuweisungen ermöglichen, die sich entweder von Anfang an oder im Verlauf des Bildungsgangs als unzutreffend erweisen.

MSB NRW: Stellungnahme

Webcode: 235847

## GuteSchule 2020 wird fortgeführt

In einem kurzen Schreiben zu GuteSchule 2020, dem Förderprogramm für die kommunale Schulinfrastruktur, kündigt die Landesregierung an: „Die Landesregierung hat entschieden, das Programm fortzusetzen.“ Dem Text ist zudem zu entnehmen, dass bis zum 15. September 2017 123,9 Millionen Euro abgerufen wurden.

Landesregierung NRW: Schreiben zu „GuteSchule 2020“

Webcode: 235850



Die geschützten Dokumente sind per Webcode unter [www.gew-nrw.de/online-archiv](http://www.gew-nrw.de/online-archiv) abrufbar. Um auf das Online-Archiv zugreifen zu können, müssen Sie unter [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) eingeloggt sein. Vor dem ersten Log-in ist eine Registrierung erforderlich.

## Kennen Sie schon den Reiseservice der GEW NRW?

Die GdP-Service-GmbH NRW ist das Reisebüro der GEW NRW.

Wir bieten den GEW-Mitgliedern sowie deren Angehörigen die Möglichkeit, Reisen zu günstigen Preisen mit unserem bewährten Service zu buchen. Wir arbeiten mit nahezu allen namhaften Reiseveranstaltern in Deutschland zusammen (z. B. Studiosus, GeBeCo/Dr.Tigges – Wikinger – TUI – Meiers-Weltreisen – Thomas Cook – Jahn – ITS – alltours – AIDA – DERTOUR – Nickotours – FTI – Schauinslandreisen – Costa), sodass wir Ihnen eine breite Produktpalette anbieten können.

Sie haben spezielle Vorstellungen oder Wünsche? Wir unterstützen Sie bei der Umsetzung Ihrer Urlaubswünsche.

Informieren Sie sich bitte auch über unsere Sonderreisen im Internet.

**Hotline:**  
**(0211) 29101-44/45/63 + 64**

**Noch Fragen?**  
**Unser Reisebüro ist von Montag bis Freitag, 9.00-18.00 Uhr telefonisch, persönlich bis 17.00 Uhr erreichbar.**

## Aktuelle Angebote Ihres Reisebüros



### DERTOUR\* Wandern und Wellness

#### Bad Herrenalb/Schwarzwald Parkhotel Luise\*\*\* (QKA21002 FH)

Komplett renoviertes Komforthotel, das im Sommer 2017 wiedereröffnet wurde. Neben der geschmackvollen Einrichtung und dem großzügigen Wellnessbereich punktet das Haus vor allem mit seiner ruhigen und doch zentrumsnahen Panoramalage.

Das Hotel verfügt über 140 geräumige Zimmer mit Blick auf den Wald oder ins Tal, mit Bad oder Dusche/WC, Fön, Radio, Telefon, TV, WLAN, Balkon oder Terrasse. Im luxuriösen Wellnessbereich befindet sich ein Hallenbad, Sauna sowie Dampfbad.

Reisetermin: 28.03.–04.04.2018, Eigenreise

Reisepreis p. Person/DZ/HP

**ab 818,00 Euro**

#### St. Engelmar-Rettenbach/ Bayerischer Wald Hotel Gut Schmellerhof\*\*\*\* (QLG15002 FH)

Das traditionsreiche, familiär geführte Hotel mit stilvoller und gemütlicher Atmosphäre bietet 53 mit viel Liebe zum Detail eingerichtete Zimmer mit Bad, Fön, Bademantel, Radio, Telefon, TV, Minibar, Safe, Sitzgruppe und Balkon. Ein À-la-carte-Restaurant, Gewölberestaurant, eine Kaminbar, ein Hallenbad, Whirlpool und Dampfbad gehören zu den Annehmlichkeiten des Hauses.

Reisetermin: 30.03.–06.04.2018, Eigenreise

Reisepreis p. Person/DZ/HP

**ab 496,00 Euro**

#### Grainau/Zugspitze/Oberbayern Sentido Zugspitze Berghotel Hammersbach\*\*\*\* (MUC33009FH)

In Grainau, in Nähe der Zugspitzbahn, liegt das Wellnesshotel im eleganten Landhausstil, bestehend aus einem Haupt- und zwei Nebengebäuden. Vier Restaurants, Sonnenterrassen, Kaminbar, ein Wintergarten mit Bar und die Wellnessoase mit Saunalandschaft, Hallenbad, Whirlpool, Dampfbad, fünf Saunen, einer Solegrotte und Ruheinsel gestalten den Urlaub abwechslungsreich.

Reisetermin: 27.03.–03.04.2018, Eigenreise

Reisepreis p. Person/DZ/HP

**ab 564,00 Euro**

Zwischenverkauf vorbehalten  
GdP-Service-GmbH NRW  
Gudastraße 9 • 40625 Düsseldorf  
Tel. 0211/29101-44/45/63/64  
Fax 0211/29101-15  
www.gdp-reiseservice.de

### Reise-Tipps aus den Katalogen der Reiseveranstalter

### DERTOUR\* Romantik-Städtereisen

#### Quedlinburg/Acron Hotel (ZHQ01001 ST, DIXG)

Erleben Sie den historischen Stadtkern der UNESCO-Welterbestadt mit mehr als 1.200 Fachwerkhäusern, dem Schlossberg und die Stiftskirche mit ihrem weltbekannten Domschatz. Ihr Hotel liegt nahe der historischen Altstadt.

Leistungen:

- 3 Übernachtungen inklusive Frühstücksbuffet
- 3-Gänge-Abendessen im „Schlosskrug“ ohne Getränke
- geführter Nachtwächter-Rundgang oder Stadtführung
- Fahrt mit der „Quedlinburger Bimmelbahn“ durch die Altstadt
- HATIX-Ticket (kostenfreie Busfahrten im gesamten Harzkreis)

Reisetermine: 23.–26.12.2017, 30.12.–02.01.2018

Eigenreise

Reisepreis p. Person/DZ

**ab 166,00 Euro**

#### Bamberg/Villa Geyerswörth (ZCD01007 ST, DIXG)

Im „fränkischen Rom“ sind 1.000 Jahre Geschichte in einem städtebauhistorischen Gesamtkunstwerk vereint, das die UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt hat.

Das stilvolle Privathotel im Herzen der Altstadt bietet ein Restaurant, Bar, Fitnessbereich mit Sauna, Lift und Garage.

Leistungen:

- 3 Übernachtungen inklusive Frühstücksbuffet
- 4-Gänge-Menü im Hotelrestaurant ohne Getränke
- ein Willkommensgeschenk pro Zimmer
- je 1 Flasche Champagner und Wasser auf dem Zimmer
- Stadtführung
- Bademantel und Slipper im Zimmer

Reisetermine: 23.–26.12.2017, 30.12.2017–02.01.2018

Eigenreise

Reisepreis p. Person/DZ

**ab 293,00 Euro**

#### Celle/Hotel Celler Hof (HAJ50015 ST, DIXG)

Die alte herzogliche Residenzstadt zählt zu den Schmuckstücken niedersächsischer Städte. Das Privathotel Celler Hof liegt im Stadtkern, gegenüber dem Renaissance-Rathaus und dem Herzogschloss, nahe dem Celler Schloss, dem Barocktheater und der Stadtkirche. Es verfügt über eine Bar, Sauna und Garage.

Leistungen:

- 3 Übernachtungen inklusive Frühstücksbuffet
- Begrüßungsgetränk
- ein 3-Gänge-Menü ohne Getränke
- geführter Rundgang durch die alte Residenz, alternativ durch das Herzogschloss
- ein kleines Überraschungsgeschenk

Reisetermin: 30.12.2017–02.01.2018, Eigenreise

Reisepreis p. Person/DZ

**ab 208,00 Euro**

## Landesdelegierten- versammlungen der GEW NRW

Alle Delegierten aus dem vergangenen Jahr sind auch in 2017 herzlich zu den Landesdelegiertenversammlungen (LDV) der Fachgruppen Ausschüsse der GEW NRW eingeladen. Sie erhalten eine schriftliche Einladung des entsprechenden Fachgruppenausschusses (FGA) mit allen Details und dem Programm ihrer LDV. **Mehr Infos nach Log-in unter [www.gew-nrw.de/intern](http://www.gew-nrw.de/intern)**

### LDV-Termine

- ◆ Gymnasium:  
13.11.2017, Dortmund
- ◆ Grundschule:  
14.11.2017, Schwerte
- ◆ Berufskolleg:  
14.11.2017, Dortmund
- ◆ Schulaufsicht/Schulverwaltung:  
18.11.2017, Bochum
- ◆ Sekundarschule:  
29.11.2017, Dortmund
- ◆ Sonderpädagogische Berufe:  
30.11.2017, Dortmund
- ◆ Realschule:  
01.12.2017, Dortmund
- Gesamtschule:  
11.12.2017, Dortmund
- ◆ Hauptschule:  
13.12.2017, Dortmund
- ◆ Erwachsenenbildung:  
bis Redaktionsschluss noch nicht terminiert

*Anm. d. Red.: Entschuldigung! Der in der nds 9-2017 angegebene 08.12.2017 für die LDV des FGA Realschule war leider falsch.*

## Filme für die Bildungsarbeit

Zum neunten Mal werden im Museum Ludwig in Köln die Filme mit dem Eine-Welt-Filmpreis ausgezeichnet, die in besonderer Weise für die Bildungsarbeit geeignet sind. Die Preisträger sind zwei Filme zum Thema Landraub – oft Grund für wirtschaftlichen Niedergang von Familien und Flucht – sowie ein Film, der aus Handyvideos von Geflüchteten besteht: „Das grüne Gold“ von Joakim Demmer, „MIRR – Das Feld“ von Mehdi Sahebi und „#My Escape“ von Elke Sasses.

**Termin:** 10.11.2017, 19.00 Uhr  
**Ort:** Filmforum im Museum Ludwig,  
Bischofsgartenstraße 1,  
50667 Köln

Das vollständige Programm gibt es unter [www.fernsehworkshop.de](http://www.fernsehworkshop.de)

## Exkursion der Fachgruppe Sekundarschule der GEW NRW

Ständig planen, erstellen und evaluieren Lehrkräfte neue Konzepte an Schulen. Ganz nebenbei meistern sie den normalen Schulalltag mit Unterricht, Korrekturen und Gesprächen aller Art. Oft kommt es ihnen so vor, als müssten sie Schule ganz neu erfinden. Und oft fragen sie sich: Ist das eigentlich überall so? Wie machen das andere Sekundarschulen? Diese Fragen rund um die Arbeit und den Aufbau an einer Sekundarschule werden bei der Schulexkursion beantwortet, zu der die Fachgruppe Sekundarschule der GEW NRW einlädt.

Die Exkursion bietet GEW-Kolleg\*innen die Möglichkeit, sich eine ganz normale Sekundarschule mit Teilstandort anzuschauen, um die Arbeit an der eigenen Schule reflektieren zu können. Dazu öffnet die Sekundarschule Anröchte/Erwitte ihre Türen. Auf dem Programm stehen eine Begrüßung durch die Schulleitung, eine Führung durch das Schulgebäude, Hospitationen in unterschiedlichen Klassen, die Vorstellung des Schulkonzepts sowie Diskussion und Meinungsaustausch.

**Termin:** 15.11.2017, 10.00–14.30 Uhr  
**Ort:** Sekundarschule Anröchte/  
Erwitte, Im Hagen 3,  
59609 Anröchte  
**Kosten:** Für den Imbiss wird vor Ort ein  
kleiner Betrag fällig.

Teilnehmer\*innen melden sich an bis zum 10.11.2017 unter Nennung ihrer Sekundarschule per E-Mail an [Stephan.Kosmahl@web.de](mailto:Stephan.Kosmahl@web.de)

## Ökonomisierung der Bildung

Prof. Dr. Tim Engartner, Sozialwissenschaftler an der Goethe-Universität Frankfurt, hält auf Einladung der jungen GEW Münsterland einen Vortrag zu seinem gleichnamigen Buch „Staat im Ausverkauf“. Insbesondere die Privatisierungsprozesse innerhalb der Schullandschaft und unseres Bildungssystems stehen an diesem Abend im Vordergrund. Die Veranstaltung beleuchtet kritisch die derzeitigen Entwicklungsprozesse.

**Termin:** 16.11.2017, 18.15 Uhr  
**Ort:** Hörsaal S1 im Schloss,  
Schlossplatz 2,  
48143 Münster  
**Kosten:** kostenlos

Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Infos gibt es per E-Mail an [hib-muenster@gew-nrw.de](mailto:hib-muenster@gew-nrw.de)

## Demo und Petition: Nein zu Studiengebühren

Der DGB NRW lädt ein zur Demonstration gegen Gebühren für internationale Studierende! Gemeinsam mit Studierendenorganisationen und Gewerkschaften – darunter die junge GEW NRW – fordern die Teilnehmer\*innen der Demo, weiterhin allen Menschen den Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Nach der Auftaktkundgebung zieht die Demo durch die Innenstadt zum Landtag. **Mehr Infos unter [www.tinyurl.com/demo-studiengebuehren](http://www.tinyurl.com/demo-studiengebuehren)**

**Termin:** 21.11.2017, 11.00 Uhr  
**Ort:** DGB-Haus, Friedrich-Ebert-Straße  
34–38, 40210 Düsseldorf

Unterstützend hat das Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren die Onlinepetition „Keine Studiengebühren in NRW“ gestartet, die die Landtagsabgeordneten aller Parteien auffordert, sich für ein allgemein gebührenfreies Studium einzusetzen und sich gegen die Diskriminierung internationaler Studierender zu stellen. [www.tinyurl.com/petition-studiengebuehren](http://www.tinyurl.com/petition-studiengebuehren)

## Fachtagung: Kinder- und Jugendliteratur und ihre Didaktik

Zum 125-jährigen Bestehen der Zeitschrift Jugendschriftenwarte (JSW) veranstaltet die Redaktion von kjl&m in Kooperation mit der GEW sowie der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW eine Fachtagung, die gleichsam dem historischen Ereignis wie auch seiner Langzeitwirkung bis hinein in die aktuellen Diskurse der (Kinder- und Jugend-)Literaturwissenschaft und -didaktik nachspürt. Der Fokus richtet sich besonders auf Grenzbereiche und Grenzüberschreitungen der Kinder- und Jugendliteratur (Selbstverständnis, Themenspektren, Struktur, Medialität) und ihrer Didaktik.

**Termin:** 02.03.2018, 14.00 Uhr –  
03.03.2018, 16.00 Uhr  
**Ort:** GEW Hamburg, Curiohaus,  
Rothenbaumchaussee 15,  
20148 Hamburg  
**Kosten:** 15,- Euro (GEW- und AJuM-  
Mitglieder, Studierende,  
Referendar\*innen, Auszubildende)/  
40,- Euro (Nichtmitglieder)

Teilnehmer\*innen melden sich unter [www.tinyurl.com/ajum-fachtagung](http://www.tinyurl.com/ajum-fachtagung) an. Das vollständige Programm gibt es unter [www.tinyurl.com/ajum-fachtagung-infos](http://www.tinyurl.com/ajum-fachtagung-infos)

## Fortbildung zu Verbraucher\*innenbildung

Schulabgänger\*innen müssen eine Vielzahl finanzieller Entscheidungen treffen, ob es um Girokonto, Altersvorsorge oder Versicherungen geht. Dafür brauchen sie Hilfestellungen. Deshalb lädt die Verbraucherzentrale als anbieter-unabhängige Bildungspartnerin Lehrkräfte ein zur Fortbildung „Umgang mit dem ersten eigenen Geld – Girokonten und Zahlungsverkehr“. Die Fortbildung richtet sich an Lehrer\*innen, die in der Sekundarstufe I ab Klasse 9 und in Berufsschulklassen unterrichten.

In der Fortbildung geht es darum, wie die Themen Girokonten und Zahlungsverkehr in den gesamten Themenkomplex der Verbraucher\*innenbildung eingebunden werden können. Die Teilnehmer\*innen lernen Material zum Einsatz im Unterricht kennen und erfahren, wie sie ihre Schüler\*innen an dieses Themenfeld heranführen können. Neben Fachinformationen von der Verbraucherzentrale gibt es viel Raum zum Ausprobieren.

**Termin:** 22.11.2017, 14.00–17.00 Uhr  
**Ort:** Verbraucherzentrale NRW, Mintropstraße 27, 40215 Düsseldorf  
**Kosten:** Die Fortbildung ist für Lehrkräfte kostenlos.

Teilnehmer\*innen melden sich per E-Mail an [bildung@verbraucherzentrale.nrw](mailto:bildung@verbraucherzentrale.nrw) an.

**verbraucherzentrale**

# Bildung ermöglichen!

**Mach mit! Unterstütze die GEW-Stiftung fair childhood für Bildung statt Kinderarbeit.**

Spendenkonto *fair childhood*: Bank für Sozialwirtschaft  
**IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE**  
 Unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

**fair childhood**  
 GEW-Stiftung  
 Bildung statt Kinderarbeit

[www.fair-childhood.de](http://www.fair-childhood.de)

Foto: Susanne Hemmerling

**Der Reise-Ratgeber** 

Planen und organisieren Sie ihre nächste Klassenfahrt mit unseren vielfältigen Themen unter [www.ratgeber.schulfahrt.de](http://www.ratgeber.schulfahrt.de).

Von der Reiseplanung, Reisevorbereitung und Durchführung bis hin zur Reisenachbereitung stehen wir Ihnen mit unserer langjährigen Erfahrung hilfreich zur Seite.

Schulfahrt Touristik SFT GmbH · Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde  
 Ihr Reiseveranstalter · Telefon: 0 35 04/64 33-0 · [www.schulfahrt.de](http://www.schulfahrt.de)  
**Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17**

**Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**  
 Vorteile: Vorkurs für den öffentl. Dienst  
 Umschuldung: Raten bis 50% senken  
 Baufinanzierungen echt günstig  
**0800 - 1000 500** Free Call  
 Wer vergleicht, kommt zu uns.  
 Seit über 40 Jahren.

**Deutschlands günstiger Autokredit**  
 effektiver Jahreszins **2,77%**  
 5.000 € bis 50.000 €  
 Laufzeit 48 bis 120 Monate  
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €  
[www.Autokredit.center](http://www.Autokredit.center)

**AK FINANZ**  
 Kapitalvermittlungs-Gesellschaft  
 E3, 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Tel: (0621) 178160-0  
 Info@AK-Finanz.de  
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker**  
 Günstiges Darlehen resp. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,99%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldenbeitrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, keine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

neue deutsche schule – ISSN 0720-9673  
 Begründet von Erwin Klatt

**Herausgeber**  
 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
 Landesverband Nordrhein-Westfalen  
 Nünningstraße 11, 45141 Essen

**nds-Redaktion**  
 Anja Heifel (Tel. 0201-2940355), Sherin Krüger, Jessica Küppers, Fritz Junkers (verantwortlich), Stefan Brackertz, Sabine Flögel, Melanie Meier  
 Bildredaktion und Satz: Daniela Costa, bureau.de  
 E-Mail: [redaktion@nds-verlag.de](mailto:redaktion@nds-verlag.de)

**GEW-Landesgeschäftsstelle und Kassenverwaltung**  
 Nünningstraße 11, 45141 Essen  
 Tel. 0201-2940301, Fax 0201-2940351  
 E-Mail: [info@gew-nrw.de](mailto:info@gew-nrw.de)

Referat Rechtsschutz Tel. 0201-2940341

**Redaktion und Verlag**  
 Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH  
 Nünningstraße 11, 45141 Essen  
 Tel. 0201-2940306, Fax 0201-2940314  
 Geschäftsführer: Hartmut Reich  
 E-Mail: [info@nds-verlag.de](mailto:info@nds-verlag.de)

**Herstellung**  
 Basis-Druck GmbH  
 Springwall 4, 47051 Duisburg

**nds-Anzeigen**  
 PIC Crossmedia GmbH  
 Hitdorfer Straße 10, 40764 Langenfeld  
 Tel. 02173-985986, Fax 02173-985987  
 E-Mail: [anzeigen@pic-crossmedia.de](mailto:anzeigen@pic-crossmedia.de)

Die neue deutsche schule erscheint monatlich.

Gültig ist Anzeigenpreisliste Nr. 53 (Januar 2017).

Für Mitglieder der GEW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die Zeitschrift beim Verlag zum jährlichen Abonnementpreis von 35,- Euro (einschl. Porto) bestellen. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Essen.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

nds-Titelfoto: kallejipp / photocase.de; Fotos im Inhaltsverzeichnis: \_gennadi, zettberlin, Timmitom / photocase.de

**nds-Zeitschrift [www.nds-zeitschrift.de](http://www.nds-zeitschrift.de)**  
**NDs-Verlag [www.nds-verlag.de](http://www.nds-verlag.de)**  
**GEW NRW [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de)**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen,  
Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt

10-2017



# Der Nachwuchs ist da!

Jetzt Referendar\*innen werben und attraktive Prämien sichern.

## JETZT NEUE KOLLEG\*INNEN FÜR DIE GEW NRW GEWINNEN!

Zum 1. November 2017 sind über 5.000 neue Referendar\*innen in den Schuldienst in NRW gestartet. An jeder Schule können unsere Mitglieder dazu beitragen, dass die Bildungsgewerkschaft weiter wächst.

[WWW.GEW-NRW.DE/MITGLIEDER-WERBEN](http://WWW.GEW-NRW.DE/MITGLIEDER-WERBEN)

## PRÄMIE ABSAHNEN UND EXTRA-GEWINNCHANCE SICHERN!

Bei allen Werber\*innen bedanken wir uns wie immer mit einer tollen Prämie. Zusätzlich verlosen wir unter allen Werber\*innen bis zum 31.12.2017 einen Extra-Preis!

- 1. PREIS** ein E-Bike für Damen oder Herren vom Fahrradladen BALANCE in Bochum
- 2. PREIS** ein drahtloser 2-Wege-Lautsprecher SONOS PLAY:1
- 3. PREIS** eine BahnCard 50 für Fahrten in der 2. Klasse

